M 3477 FX



Mit Register!

Nr. 108 DM 5,00

impressum blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16, (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau. Telefon: 0761 - 74003. Bürozeiten. Mo-Fr. 10 - 12 und 15 - 18 Uhr.

Zusammengestellt von: Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Birgit Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Ulrich Braun, Florence Buchmann, Iris Cramer, Georg Cremer, Benedikt Fehr, Walter Hättig, Horst Hüncker, Uli Kieser, Werner Kobe, Winfried Koch, Claudia Koenig, Volker Krempin, Michael Krischer, Elisabeth Lauck, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Nevendu Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Matthias Rommel, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler.

Bei Einsendungen von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz: Composer-Satz-Service, Bonn, Telefon: 0228/ 28 26 19
Druck: SOAK Hannover, Tel.0511/17618

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Vertriebs GmbH, Postfach 1165, 6304 Lollar, Telefon: 06406/5127

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,–. Ermäßigtes Jahresabonnement (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Zivil- und Wehrdienstleistende; nur direkt über den Verlag: DM 30,–

Schweiz: SFR 40,– (bzw. 30,–)
Österreich: ÖS 300,– (bzw. 230,–)
Übriges Ausland: DM 44,– (bzw. DM 34,–)
Luftpostabonnements:
Europa DM 52,– (bzw. DM 42,–)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: DM 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: DM 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: DM 76,– (bzw. DM 66,–)

Einzelpreis: DM 5,– / SFR 5,– / ÖS 37,–

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe: 26. April 1983

Einem Teil der Auflage liegen Beilagen des Peter Hammer/Jugenddienst Verlages sowie der Gesellschaft für bedrohte Völker bei.

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

NACHRICHTEN UND BERICHTE



Brasilien/Paraguay

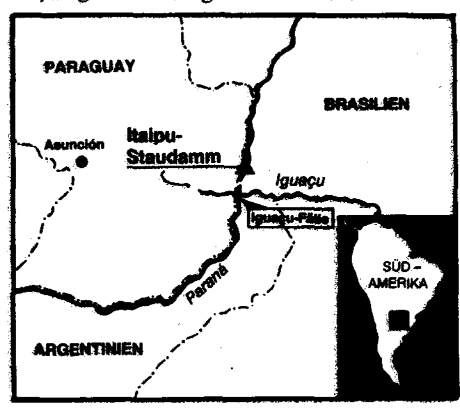
Der Itaipú-Stausee: Prestigeobjekt am Rio Paraná

Am 13. Oktober 1982 wurden die Dammschleusen des riesenhaften Itaipu-Stausees auf der Grenze zwischen Brasilien und Paraguay im Rio Parana geschlossen. Als unübersehbares Zeichen dafür, das der erste Bauabschnitt dieses Gemeinschaftsprojektes von Brasilien und Paraguay – die Errichtung der Staumauer – damit abgeschlossen wurde füllte sich in den folgenden 18 Tagen hinter dem 5 km langen Wall ein Stausee von ca. 1400 km^2 Fläche und ca. 200 km Länge und ließ die Existenzgrundlage von 40.000 Menschen, fruchtbares Ackerland und kleine Dörfer sowie ein Stück sehenswerte Natur im Wasser ertrinken. Eine Wassermasse, entsprechend dem Rauminhalt eines Würfels von 30 km Kantenlänge, das ist Wasser auf die Mühlen brasilianischer Technokraten. „Da bricht nichts," ließen sie angesichts der Einwände gegen die Erdbebensicherheit des Dammes verlauten und berichteten stolz über ihr ausgeklügeltes seismographisches System zur Erfassung kleinster Bodenerschütterungen. Falls doch etwas bricht, wird den Bürgern von Buenos Aires das Wasser bis zum Hals stehen, denn ca. 1,50 m hoch würde der nordöstliche Teil von Paraguay und Argentinien überflutet werden.

Steckbrief eines Giganten

Die internationale Presse wußte großartiges und gigantisches von diesem Kraftwerk zu berichten. Es wird 1988 aus 18 Generatoren à 700 MW eine Leistung von 12.600 MW Strom erzeugen können, vorausgesetzt allerdings, daß die Brasilianer die Kosten von derzeit 20 Mrd US-Dollar bezahlen können. Wie sie dies bei einer ebenfalls gigantischen Auslandsverschuldung von 90 Mrd US-Dollar bewältigen wollen, bleibt offen. Bauherr des Kraftwerks ist die eigens zu diesem Zweck gegründete ITAIPU–BINACIONAL, an der der brasilianische und der paraguayische Staat mit jeweils 50 % beteiligt sind. Der Chef dieser Gesellschaft, der brasilianische General Costa Calvacanti, nebenbei aussichtenreicher Kandidat für das Präsidentenamt, nennt zwar Finanzierungsanteile von 52,3 % für die bras. Elektrizitätsholding ELETROBAS und 14,3 % für den brasilianischen Anlagen-Finanzierungsfond FINAME und weitere nationale Banken, jedoch geben diese brasilianischen Kreditgeber lediglich Geld weiter, was sie sich im Ausland zusammengeliehen haben. Allein die Auslandsschuld der ELETROBAS macht mit 6,5 Mrd US-Dollar gut 7 % der brasilianischen Auslandsschulden aus.

Deutsche Kreditgeber beteiligten sich lebhaft an der Finanzierung. Allein bis Ende 1979 hatten die Kreditanstalt f. Wiederaufbau 153 Mio US-Dollar, die Deutsche Bank 300 Mio US-Dollar, die Deutsche Bank Cie, Luxemburg 250 Mio US-Dollar allein oder im Rahmen großer Bankenkonsortien an Krediten gewährt. Die Banken rissen sich um Itaipu, ein offensichtlich überaus lukratives Finanzgeschäft. Das für die elektromechanische Ausführung des Kraftwerks zuständige Firmenkonsortium setzt sich vorwiegend aus Elektro-Multis und deren brasilianischen Ablegern zusammen. 12 der 18 Turbinen werden von der deutschen J.M. Voith GmbH, Heidenheim, und der brasilianischen Tochter Voith S.A., Jaragua, sowie von der Firma BSI S.A., Guarulhos geliefert, die restlichen Turbinen fertigt die Fa. Mecania Pesada, Sao Paulo (zu 73,5 % in Besitz von Creusot-Loire, franz., MAN, dt. und Westinghouse, us-amerik.). Die Lieferung von Generatoren teilen sich die brasilianischen Töchter von Brown-Boveri und Siemens. Siemens erhielt ebenfalls den Bauauftrag für die 900 km lange Übertragungsleitung nach Sao Paulo. Von offizieller Seite wird zwar auf einen Nationalisierungsgrad von ca. 85 % beim Bau der Turbinen und Generatoren hingewiesen, jedoch beschränkt sich der brasilianische Charakter der beteiligten Multis, die alle Mitglieder des Internationalen Elektrokartells in Genf sind, wohl auf den Zusatz „do Brasil" hinter den Firmennamen. Der bras. Elektroindustrielle K.R. Mirow beschreibt in seinen Büchern „Die Diktatur der Kartelle" und „Das Atomgeschäft mit Brasilien" detailliert, wie es dem internationalen Elektrokartell mit finanzieller und politischer Macht gelang, den brasilianischen Energie-Markt unter seine Kontrolle zu bringen. Der Herrschaftsbereich der Multis reicht vom Bau von Großanlagen bis zur Herstellung von Ausrüstungen wie Schaltanlagen, Motoren etc. Es ist also kein Wunder, das die Kosten von Itaipu von ursprünglich 5 Mrd US-Dollar auf mittlerweile 20 Mrd US-Dollar klettern. Die Absprachen der Anbieter ließen jede Chance der nationalen Industrie bedeutungslos werden, und die brasilianischen Technokraten wurden geschickt an der Nase herumgeführt. War 1975 noch der Strom aus dem wahnwitzigen Atomprogramm, an dem Siemens über die KWU lukrativ beteiligt ist, angeblich billiger als Wasserkraft-

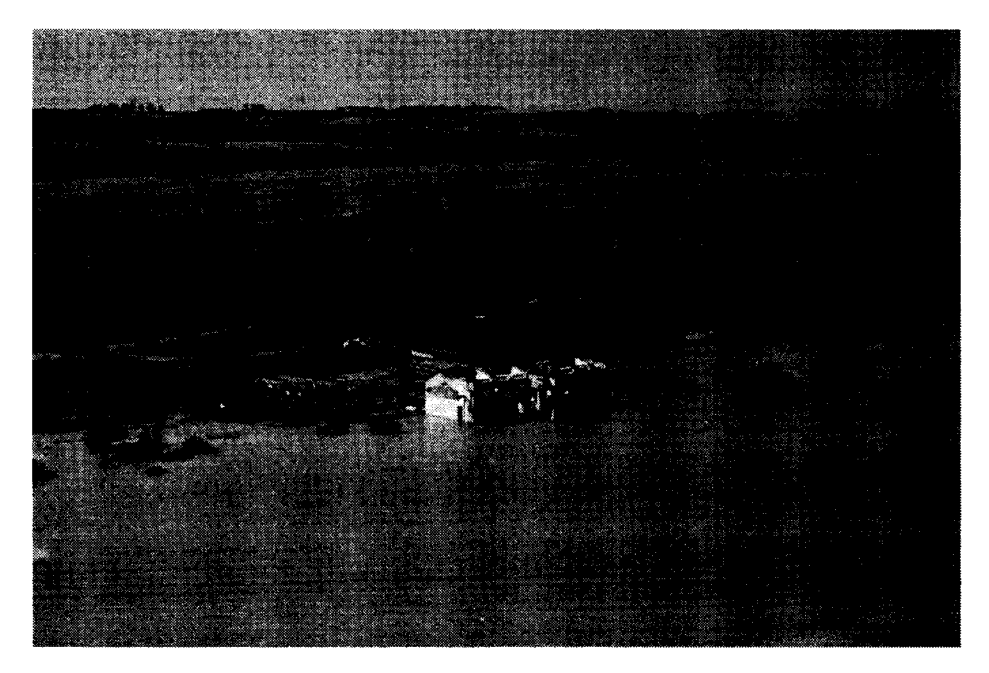


strom, ist jetzt plötzlich der Strom aus Itaipu (900 km von der Industriezone Sao Paulo entfernt) trotz der hohen Investitionen und einer Fernleitung mit ca. 1600 US-Dollar pro KW installierter Leistung halb so teuer wie der mittlerweile durch die jahrelange Mißwirtschaft bei ca. 3000 US-Dollar pro KW install. Leistung angelangte Atomstrom. Zum Vergleich: die durchschnittlichen Kosten für Wasserkraft in Brasilien betragen ca. 900 US-Dollar/KW installierter Leistung.

Wer braucht den Strom von Itaipu?

Die ehrgeizigen brasilianischen Ausbaupläne sehen eine Vervierfachung des Stromangebots bis zum Jahr 2000 vor. Dieser Kraftakt wird sich wohl kaum lohnen, denn die Planungen für Itaipu und andere Großprojekte stammen aus einer Zeit, in der die Planer annahmen, Brasiliens Strombedarf werde kontinuierlich um ca. 10 % pro Jahr steigen. 1981 legte der Stromverbrauch (nach Nachrichten für Außenhandel vom 13.4.82) nur 1 % zu, eine unmittelbare Folge des einschneidenden wirtschaftlichen Rückgangs der bras. Industrie, die ca. 50 % des Stroms verbraucht. 1982 bestand ein Stromleistungsüberhang von ca. 2000 MW (KWU v. April 82), (Stromerzeugungskapazität Brasiliens Ende 82 ca. 32.000 MW). Dieser Überhang wird sich nach Fertigstellung der gegenwärtig im Bau befindlichen Kraftwerke bis Ende der 80er Jahre wohl noch deutlich erhöhen, denn es ist nicht abzusehen, daß angesichts weltweiter Rezession Brasiliens Stromverbrauch ein zukünftiges Wachstum von ca. 10 % jährlich erreichen wird. Stark in Frage zu stellen sind die staatlichen Hochrechnungen auch vor dem Hintergrund, wer von den 150 Mio Brasilianern des Jahres 1990 oder den 220 Mio des Jahres 2000 überhaupt noch in der Lage sein wird, Strom oder mit Strom produzierte Güter zu kaufen und zu bezahlen. Es wird also auch in Zukunft mehr als genug Strom vor allem für die Industrie geben. Die beiden größten Kraftwerksprojekte werden ja in der Absicht errichtet, Strom für die Industrie zu liefern: Itaipu wird in das Industriegebiet Sao Paulo liefern, der 8000 MW Stausee Tucurui in Para soll Energie zur Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in diesem Gebiet bereitstellen. Brasilien betreibt in zunehmendem Maße den Ausverkauf seiner Agrarprodukte und seiner Bodenschätze, um seine immense Auslandsschuld abzutragen. Gleichzeitig öffnet es zur Erschließung seines Reichtums ausländischem Kapital Tür und Tor und investiert Milliardensummen in Großprojekte, die wiederum eine immense Verschuldung und verstärkte Abhängigkeit nach sich ziehen.

Im landwirtschaftlichen Bereich bedeutet die zunehmende Konzentration von Landbesitz in den Händen des internationalen Agro-Business die Industrialisierung der landwirtschaftlichen Produktion, d.h. großer Flächenverbrauch durch Plantagenwirtschaft und Monokultur (Zuckerrohr- und Alkoholprogramm), Mechanisierung der Produktion, dadurch „Freistellung" von Arbeitskräften, Verdrängung von Menschen aus ihren angestammten Siedlungsgebieten und Vernichtung der Produktionsfaktoren einer sich selbst versorgenden landwirtschaftlichen Struktur. In den Einzugsgebieten der großen Stauseen vollzieht sich dieser Prozess besonders schnell, denn dort werden die Menschen ja buchstäblich von ihrem Land weggeschwemmt. Die 40.000 von der Überflutung ihrer Äcker betroffenen Menschen erhielten, wenn überhaupt, einen Entschädigungspreis, der um 28 % unterhalb des Hektarpreises liegt, der durchschnittlich für landwirtschaftliche Nutzfläche im Bundesstaat Parana gezahlt werden muß. Die Strategie der BINACIONAL ist die, daß sie auf diese Art, die Bauern zwingt, in weit entlegenen Gebieten zu siedeln, in denen der Bodenpreis wesentlich geringer ist. Diese Politik entspricht der der Siedlungs- und Agrarreformbehörde INCRA, die die landlosen Bauern in die Entwicklungspole am Amazonas verfrachtet, um sie dort für die Erschließung des Amazonasraumes zu verwenden. Das Land um die Stauseen fällt dann, sofern das nicht schon vorher der Fall war, in die Hände der Großgrundbesitzer. Die örtliche Landarbeitergewerkschaft von Itaipu, CONTAG, gibt an, das in der näheren Umgebung des Stausees nicht weniger als 3,4 Mio Hektar fruchtbaren Bodens als Großgrundbesitz brachliegen.



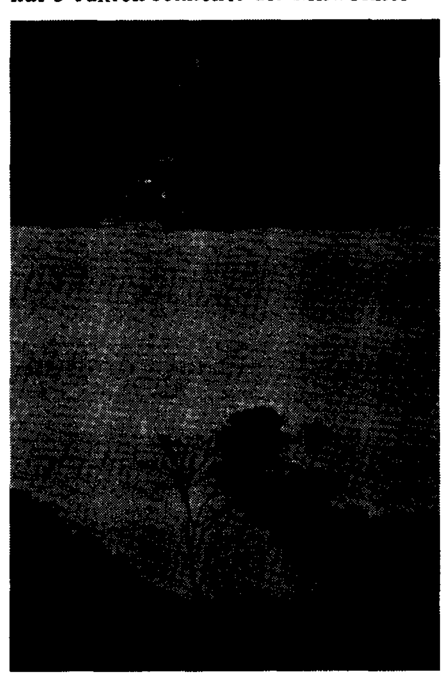
Im Bereich der brasilianischen Industrie wurde ein großer Teil der nationalen Unternehmen vom ausländischen Kapital geschluckt. Es entstand eine Konzentration von Produktionsfaktoren in ausländischen Händen, die zusammen mit von Großmachtsträumen geplagten Technokraten der Politischen- und Einkommenselite des Landes die maßlose Inangriffnahme von Großprojekten vorantreibt. Es versteht sich von selbst, daß in diesen Kreisen ebensowenig wie in den Chefetagen der europäischen und us-amerikanischen Großunternehmen auf die Probleme und Bedürfnisse der Menschen Brasiliens oder auf ökologisch-globale Zusammenhänge (Urwaldrodung) Gedanken verschwendet werden. Eine an nationalen Interessen ausgerichtete Energiepolitik wäre durchaus ökologisch vertretbar. Der brasilianische Physiker Cerqeira-Leite entwickelte die Vorstellung, kleinere Stauseen und Wasserfälle zur Stromerzeugung auszunützen und dazu von brasilianischen Firmen in Serie hergestellte Stromgeneratoren zu produzieren. Diese vielen kleinen Kraftwerke könnten durchaus günstiger produzieren als z.B. Itaipu. Leite hält den Aufbau einer solchen Industrie in Brasilien innerhalb weniger Jahre für möglich. Es ist unmittelbar einsichtig, daß durch eine dem tatsächlichen regionalen Verbrauch durch viele dezentrale Einheiten angepaßte Energieversorgung die Probleme der Landwegnahme und Beeinflussung der Natur minimiert werden würden. Brasiliens Planer verfahren jedoch genau entgegengesetzt.

Um keine finanzielle Bauchlandung zu erleben, verpflichtete ITAIPU-BINACIONAL die Elektrizitätsgesellschaft von Sao Paulo, CESP, ca. 50 % der gesamten Stromproduktion von Itaipu abzunehmen. Schon 1982 gab es ein überhöhtes Angebot an Strom in dieser Region. Der hohe fremdfinanzierte Anteil der Kosten erlaubt es nicht, den Bau von Itaipu drastisch zu verlangsamen oder die Produktion der nächsten Jahre zu drosseln, denn die Folge wäre ein imenses Ansteigen des Schuldendienstes. Folglich mußte die CESP kleinere Anlagen im Raum

Sao Paulo drosseln und die Planung weiterer kleinerer Kraftwerke aufgeben, um das Stromüberangebot in Grenzen zu halten. Aufgrund der Abnahme des Itaipu-Stromes hätte sich allein für die CESP bei voller Beibehaltung ihrer weiteren Ausbaupläne ein Strom-Überangebot von ca. 43 % im Jahre 1989 ergeben.

Mehr Strom – weniger Arbeitsplätze?

Bei keinem der gegenwärtig realisierten Großprojekte ist eine sinnvolle Förderung der nationalen Industrie oder Rücksichtnahme auf nationale Interessen (das kann sein: Der Schutz von Minderheiten (Indianer), Schutz von Naturgebieten gegen Zerstörung, Schaffung von Arbeits- u. Lebensmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen, usw.) zu erkennen.
Im Industriegebiet von Sao Paulo schafft das reichliche Energieangebot vor allem für die Autohersteller die Möglichkeit, eine weitestgehende Mechanisierung ihrer Betriebe vorzunehmen. VW DO BRASIL will erklärtermaßen 1984 Industrieroboter im Niedriglohnland Brasilien einsetzen und begründet diesen Schritt damit, bei arbeitsintensiver Produktion nicht mit japanischen und us-amerikanischen Herstellern konkurrieren zu können. Wenn sich der Trend zu Robotern, die billiger als die ohnehin schon ausgebeuteten Arbeiter produzieren, durchsetzt, wird Brasilien in dieser Region einen sozialen Dammbruch erleben.
Die Arbeitsbedingungen an Brasiliens Prestigebaustelle Itaipu sind ebenfalls schlecht. Im Oktober 78 war mit 30.000 Menschen an der Baustelle und 10.000 an den Infrastrukturarbeiten die höchste Zahl der Beschäftigten erreicht. Die seit 1974 in das Gebiet von Itaipu strömenden auf Arbeit hoffenden Menschen ließen die Infrastruktur der kleinen Städte zusammenbrechen. In nur 5 Jahren schnellte die Einwohnerzahl von Foz do Iguacu von 27.000 auf über 150.000 Menschen im Jahr 1979 hoch. Es bildeten sich Slums. Die von der BINACIONAL durchgeführten Erschließungsarbeiten in Form von Schulen, Krankenhäusern und Arbeiterunterkünften waren schon in der Planung zu knapp bemessen und hinken um Jahre mit der Fertigstellung hinter dem Bedarf hinterher. Die Mietpreise explodierten!

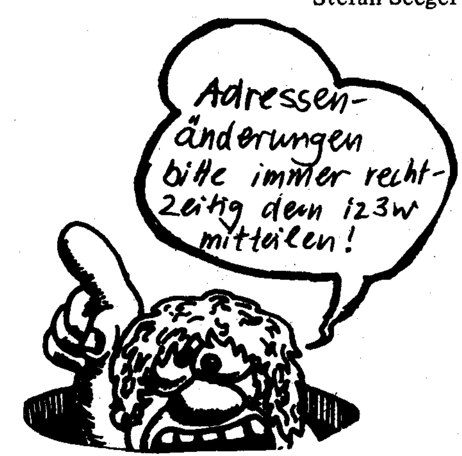


Gegenwärtig arbeiten an der Baustelle nur noch 14.000 Brasilianer und 9.000 Paraguayer.
„Das hier ist kein Werk für den Menschen. Der Mensch wird klein, zu klein; ein Teilchen ohne Bedeutung." Dieser Stoßseufzer des Hilfsarbeiters Jose Inacio Neves (Oestado de Sao Paulo, 24.9.81) ist charakterisierend für Itaipu. Wenn er Glück hat, wird er nicht zu denen gehören, die bis Ende 1983 entlassen werden. Es werden wohl 10.000 Menschen sein, die dann nach mindestens 11 Arbeitsstunden täglich und vielen Überstunden sich wieder in das Heer der Arbeitslosen einreihen. Bei nur 2 Arbeitsschichten haben sie rund um die Uhr gearbeitet – von 7 bis 16 Uhr und von 19 bis 6 Uhr. Die Zeit dazwischen wird mit Überstunden gefüllt. Zitat eines Aufsichtsbeamten des Arbeitsministeriums: „Es sind die Dammarbeiter selbst, die Überstunden wollen, um den Lohn aufzubessern."
Vom Arbeitseifer der Nordestinos profitierte die Zeitplanung von ITAIPU-BINACIONAL. 1987 werden in Itaipu lediglich 1.000 Menschen arbeiten. Für die Verantwortlichen des Baufirmen-Konsortiums von Itaipu, UNICON, ist mit der Masse der Arbeitslosen eine Gelegenheit gegeben, um Druck in der Hoffnung auf neue Arbeitsplätze auszuüben. Das Amazonasgebiet mit seinen Großprojekten (Carajas, Tucurui usw.) schwebt ihnen als künftige Beschäftigung für unqualifizierte Arbeitskräfte vor. Die Barrageiros (Talsperren-Bauarbeiter) werden zu Boias Frias (Tagelöhnern, Wanderarbeitern im landw. Bereich) des Industriebaus.

Die Beteiligung Paraguays

Das kleine Paraguay, Partner Brasiliens beim Itaipu-Kraftwerk, hatte zu Beginn der Verhandlungen seine Schwierigkeiten. Der Grund war der, daß das paraguayische Stromnetz mit 50 Hertz, das brasilianische dagegen mit 60 Hertz Frequenz arbeitet. Da der 3 Mio-Menschen-Staat Paraguay ohnehin mit einem 50-%igen Anteil der Stromerzeugung Itaipu's überreichlich bedient wäre (derzeit wird das gesamte Staatsgebiet von einem Kraftwerk mit ca. 200 MW Leistung mit Strom versorgt!), erschien als einfachste und billigste Lösung der Umbau des paraguayischen Netzes auf 60 Hertz, für den die Brasilianer die Kosten tragen wollten, und die Ausrüstung von Itaipu mit 60 Hertz-Generatoren. Paraguay soll seinen 50 %igen Anteil der Baukosten sowieso mit Stromlieferungen an Brasilien bezahlen. Doch die Paraguayer blieben hartnäckig und bestanden darauf, daß 9 der 18 Generatoren Strom mit 50 Hertz liefern sollen. Die Brasilianer akzeptierten schließlich, die erste Lösung hätte wohl zu sehr nach Großmacht-Gebärde gegenüber einem lateinamerikanischen „Bruderland" ausgesehen. Die Elektro-Multis witterten die Gunst der Stunde und verkauften den Brasilianern zu einem Preis von ca. 2 Mrd. DM eine Umspannanlage, die den Strom aus den paraguayischen Generatoren in Gleichstrom und dann wieder in Wechselstrom mit 60 Hertz für Brasiliens Netz verwandeln wird. Die kleine Maus Paraguay kreißte und gebar einen Stromberg, der weder ihr gehört noch nach Abzahlung der Kosten an Brasilien jemals auch nur zu einem Bruchteil im Lande Verwendung finden könnte. Paraguay wird also vermutlich der Welt größter Stromexporteur werden, es wird aber eine Ware exportieren, die ihm nicht gehört und keinen Gewinn einbringen wird. Auch am Bau der Staumauer waren paraguayische Firmen nur zu 10 % beteiligt.
Seit 1974, dem Jahr des Baubeginns in Itaipu, hat sich die brasilianische Bevölkerung in den Provinzen Paraguays um ca. 40.000 Menschen auf über 200.000 erhöht. Viele von ihnen stammen aus den Überschwemmungsgebieten von Itaipu. Völlig auf sich gestellt und ohne jede Hilfe paraguayischer oder brasilianischer Behörden war es unvermeidlich, daß diese Invasion für viele nur scheinbar einen Ausweg brachte. Oft kauften sich Kleinbauern in Gebiete eines brasilianischen Großgrundbesitzers ein. So geschehen mit den brasilianischen Bauern von Santa Rosa, Porto Sauce und Santa Tereza in Paraguay. (O Estado de S. Paulo 4.7.81) Die ca. 300 Kleinpächter bekamen ihre Pachtverträge nach einigen Jahren nicht erneuert und wurden daraufhin erneut vertrieben.
Itaipu ist kein Einzelfall sondern Glied einer Kette von verhängnisvollen Großprojekten und einer zu Allem entschlossenen Administration, die systematisch den Staatsbankrott betreibt und die Menschen dieses Landes zu einer willenlosen Manövriermasse ihrer Politik erniedrigen und umformen will.

Stefan Seeger



Israel

Treffer ohne Wirkung

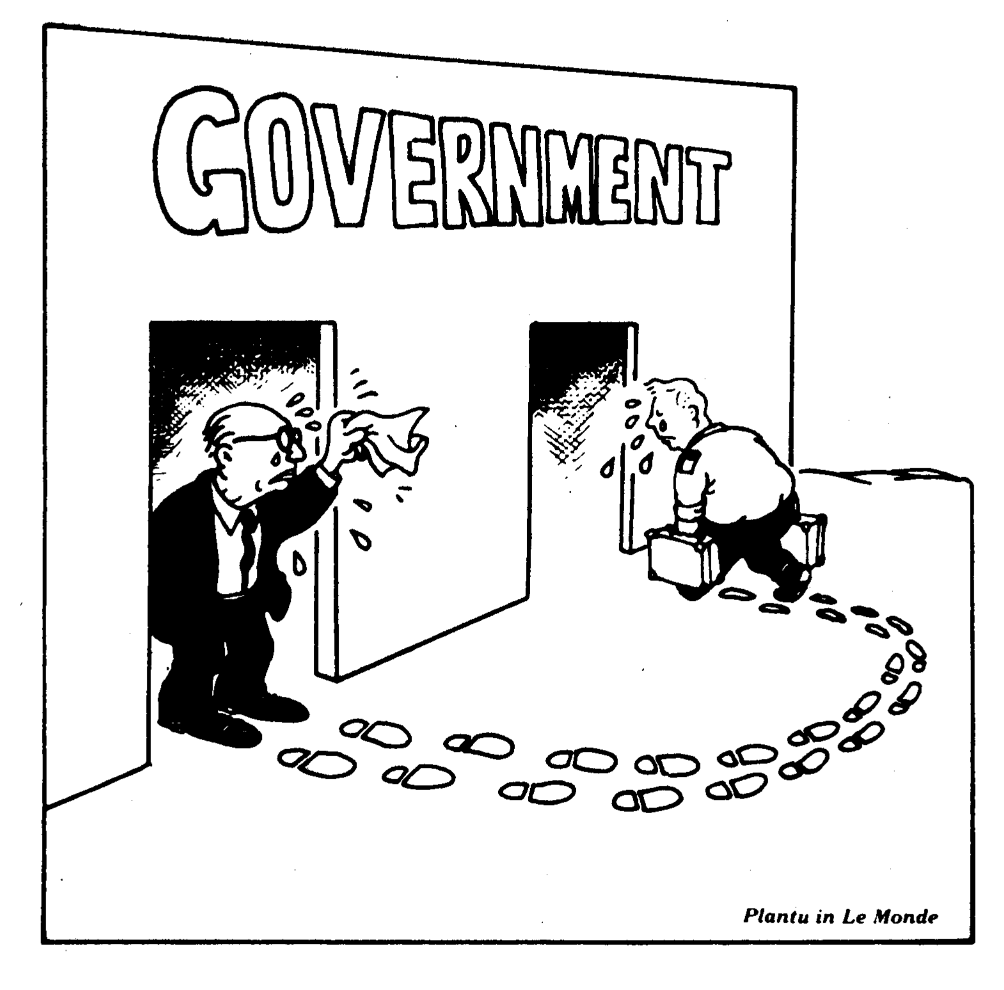
Der Bericht der Untersuchungskommission zu den Massakern in Sabra und Schatila

Israels Außenminister Yitzchak Schamir wurde zwar nicht müde, die „freundschaftliche Atmosphäre" während seines Besuches in der Bundesrepublik vom 6. bis 8. Februar zu loben, doch Übereinstimmung in der Einschätzung der politischen Situation der nahöstlichen Region konnte er in den Gesprächen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher nicht erzielen. Genscher kritisierte öffentlich die israelische Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten als ein Hindernis auf dem Weg zum Frieden und unterstützte das palästinensische Recht auf Selbstbestimmung. Außerdem lobte er die Friedensvorschläge des amerikanischen Präsidenten Reagan vom 1. September 1982 (vgl. dazu iz3w Nr. 107) und würdigte die „positiven Elemente" im Friedensplan, der von der arabischen Gipfelkonferenz in Fez verabschiedet wurde (vgl. dazu iz3w a.a.O.). Schamir brachte die gegenteilige Beurteilung der israelischen Regierung zum Ausdruck: Ablehnung des Reagan-Plans und eines palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung; in der Charta von Fez gäbe es überhaupt keine positiven Elemente. Zur Siedlungspolitik meinte er: „Es ist dieses eine normale Aktivität, die von jeher und auch jetzt . . . ein integraler Teil unseres Lebens im Lande ist" (vgl. „israel & palästina", Nr. 2/83). Der „freundschaftlichen Atmosphäre" tat auch die überstürzte Abreise des israelischen Außenministers keinen Abbruch: In Jerusalem wurde am 8. Februar 1983 der Bericht der Untersuchungskommission zu den Massakern in den palästinensischen Lagern Sabra und Schatila – sog. Kahan-Bericht – veröffentlicht, der auch Yitzchak Schamir nicht ungeschoren ließ.

Nach wochenlangen Befragungen und Untersuchungen kam die Kommission in dem mit großer Spannung erwarteten Bericht zu dem Ergebnis, daß einige Regierungsmitglieder und hohe Militärs für die Massaker mitverantwortlich seien (vgl. dazu ausführlich Jerusalem Post, International Edition vom 13.–19.2.83; taz 9.2.83). Zwar wird ausdrücklich festgestellt, daß „alle Anzeichen darauf hindeuten, daß das Massaker von den Falangisten verübt worden ist" und „keiner der Zeugen im Gebiet der Lager, in dem das Massaker verübt wurde, irgendwelche anderen Militärkräfte als die Falangisten gesehen" habe, doch trage Israel aus zwei Gründen eine indirekte Verantwortung: „Die Entscheidung über das Eindringen der Falangisten in die Flüchtlingslager wurde ohne Erwägung der Gefahr getroffen, daß die Falangisten ein Massaker und Pogrome gegen die Bewohner der Lager verüben würden, und ohne Prüfung der Möglichkeiten, dieser Gefahr vorzubeugen, deren Wahrscheinlichkeit diejenigen, die die Entscheidung trafen oder ausführten, hätten erkennen müssen. Ebenso geht aus dem Ablauf der Ereignisse klar hervor, daß mit Beginn des Eintreffens von Berichten über die Handlungen der Falangisten in den Lagern diesen Berichten nicht ausreichende Beachtung geschenkt, die korrekten Schlußfolgerungen nicht gezogen und keine energischen und sofortigen Maßnahmen ergriffen wurden, die Falangisten zu bremsen und ihre Aktionen zu beenden. Dies beschreibt und begrenzt die indirekte Verantwortung Israels."

Der Bericht kritisiert die mangelnde Kooperation zwischen den verschiedenen Ministerien und macht neun Politiker und Militärs in unterschiedlichem Grad persönlich verantwortlich. So wird festgestellt, daß Ministerpräsident Begin an den unmittelbaren politischen Entscheidungen, die Falangisten in die Lager eindringen zu lassen, zwar nicht beteiligt war, aber „andererseits sehen wir (die Kommission) keinen Grund, den Ministerpräsidenten von der Verantwortung dafür freizusprechen, daß er während der Kabinettsitzung keinerlei Interesse an den Aktionen der Falangisten gezeigt hat . . . Das fehlende Engagement des Ministerpräsidenten in der ganzen Angelegenheit verleiht ihm ein gewisses Maß an Verantwortung."

Am schärfsten wird mit Verteidigungsminister Scharon ins Gericht gegangen: „Es ist unmöglich, die vom Verteidigungsminister gezeigte Mißachtung der Gefahr eines Massakers zu rechtfertigen. Außerdem muß dem Minister die Verantwortung dafür zugeschrieben werden, daß er als Bedingung für das Eindringen der Falangisten in die Lager nicht angemessene Schritte zur Verhinderung oder Minderung eines Massakers befohlen hat."



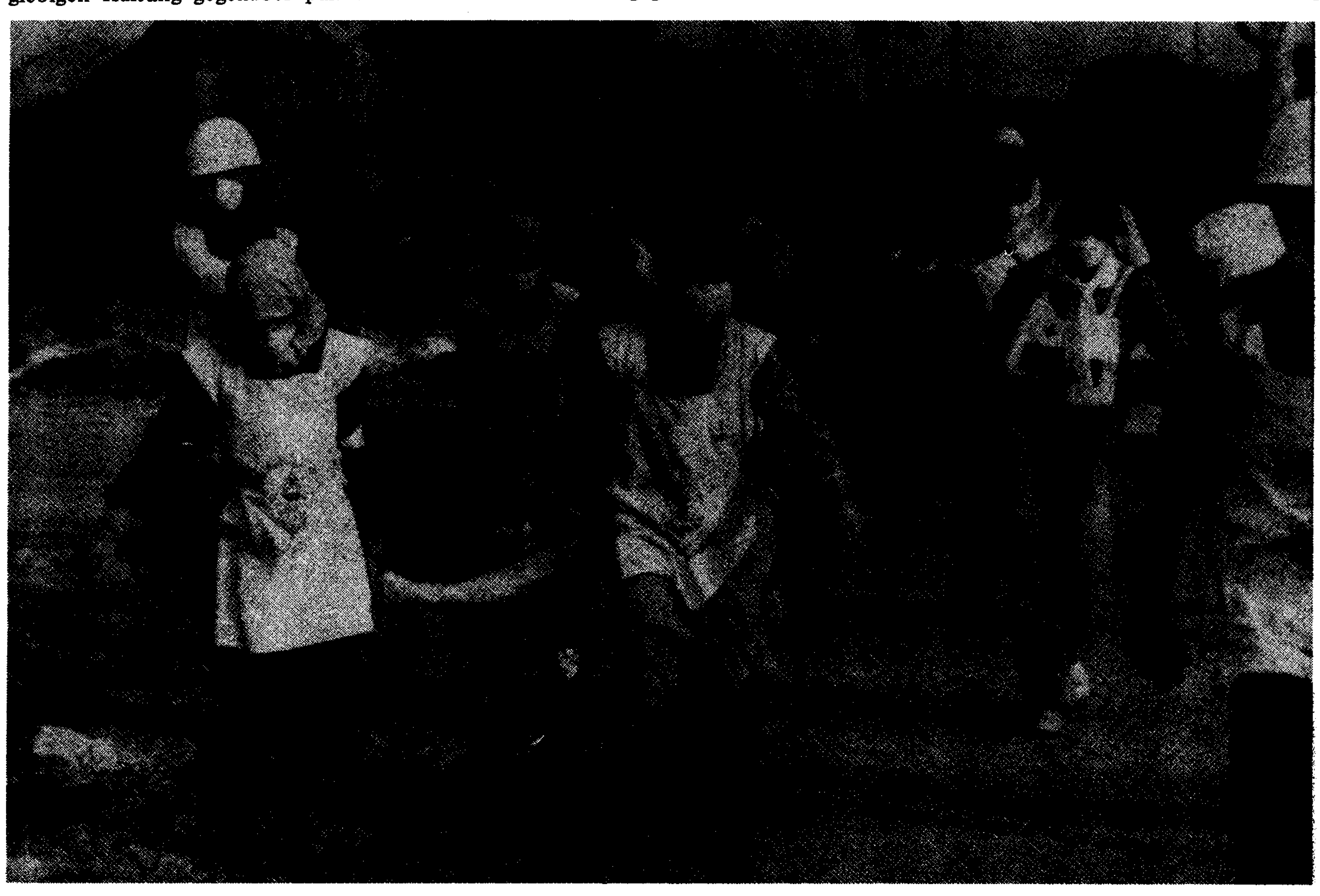
Plantu in Le Monde

In den abschließenden Empfehlungen der Kahan-Kommission wird Scharon zum Rücktritt aufgefordert oder Begin die Entlassung des Verteidigungsministers angeraten. Auch hohen Militärs wie dem Generalstabschef Raphael Eytan und den in Beirut kommandierenden Offizieren wird persönliche Verantwortung zugeschrieben, die Konsequenzen erfordere.
Die Ergebnisse und Empfehlungen des Untersuchungsberichts lösten in Israel heftige Diskussionen aus, besonders als Verteidigungsminister Scharon sich weigerte, freiwillig zurückzutreten. Drei Tage brauchte des israelische Kabinett, um Scharon von der Notwendigkeit des Rücktritts zu überzeugen und um die Empfehlungen der Kommission wenigstens formal zu akzeptieren. Doch der Rücktritt Scharons geriet zur Farce: so trat er zwar als Verteidigungsminister zurück, wurde jedoch sogleich als Minister ohne Geschäftsbereich wieder in das Kabinett berufen. Innerhalb des Kabinetts wurde der alte neue Minister mit den Aufgabenbereichen „Sicherheit, Siedlungen und Libanon" betraut – alter Wein in neuen Schläuchen, denn auf diese Weise kann Scharon praktisch seine bisher innegehabten Funktionen weiter ausüben; sein entscheidender Einfluß auf die israelische Politik bleibt bestehen.
Zum Nachfolger wurde inzwischen Mosche Arens, der Botschafter Israels in Washington, berufen. Er ist seit Jahren bekannt als Gegner des Camp-David-Abkommens und Verfechter einer unnachgiebigen Haltung gegenüber palästinensisch-arabischen Ansprüchen. Ihm wird lediglich nachgesagt, daß er seine politischen Vorstellungen „diplomatischer" vertrete als der oft als „bullig" und „aggressiv" beschriebene Scharon (vgl. Frankfurter Rundschau, 15.2.83).
Schon zur Einberufung der Untersuchungskommission ließ sich die Regierung Begin im September 1982 nur durch den starken internationalen Druck und die außerparlamentarische Opposition gegen den Libanon-Krieg bewegen. Auch nach der Veröffentlichung des Berichts kam es zu großen Demonstrationen in Tel Aviv und Jerusalem, in denen der Rücktritt oder die Entlassung Scharons gefordert wurden, zumal sich die parlamentarische Opposition – bestehend im wesentlichen aus dem Arbeiterblock – nicht auf ein gemeinsames Vorgehen einigen konnte. So konnte Begin durch geschicktes Taktieren die Gefahr eines Auseinanderbrechens der Regierungskoalition verhindern, und niemand rechnet nunmehr noch mit Neuwahlen in diesem Jahr.
Bei den Demonstrationen gegen Scharon warfen jüdische Extremisten eine Granate in die Menge, durch deren Detonation ein prominentes Mitglied der israelischen Friedensbewegung, Emil Grünzweig, getötet wurde. Dieser Akt markiert nicht nur eine wachsende Polarisierung zwischen den politischen Lagern in Israel, sondern auch eine zunehmende Gewalttätigkeit der extremistischen Kräfte gegen politische Gegner. Auch in der besetzten Westbank haben in den letzten Wochen gewaltsame Aktionen gegen die arabische Bevölkerung zugenommen. Verantwortlich gemacht dafür wird die Gruppe „Kach" des faschistischen Rabbi Kahane, die Anfang März auch eine wilde Siedlung bei Hebron zu errichten versuchten, was jedoch auf Anordnung (!) des neuen Verteidigungsministers Arens durch israelisches Militär verhindert wurde.

In welcher Weise die israelische Besatzungsmacht die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten unterdrückt, wurde in einem Prozeß vor dem Militärgericht in Tel Aviv offenbar.

Auf Initiative der Friedenskräfte in Israel mußten sich ein Offizier und sechs Soldaten vor dem Militärgericht wegen Mißhandlung von Palästinensern in der Westbank verantworten. Der Generalstabschef Raphael Eytan sagte als Zeuge aus, daß er die Militärverwaltung angewiesen habe, „mit harter Hand gegen palästinensische Unruhestifter" vorzugehen, „weil das bei den Arabern richtig wirkt." Außerdem habe er Anweisung gegeben, „Internierungslager" einzurichten, Verdächtige „wiederholt festzunehmen" und auch Eltern von verdächtigen Jugendlichen für die Taten ihrer Kinder zu bestrafen. Gleichzeitig verurteilte Eytan die Mißhandlung von Zivilisten. Der Prozeß in Tel Aviv ist nur einer von mehreren, in denen israelische Offiziere und Soldaten wegen der Mißhandlung von palästinensischen Häftlingen mit Gefängnisstrafen bestraft wurden. (vgl. FR, 15.2.1982).

ing



AUSLÄNDER IN DER BRD

Ausländer(-verdrängungs-)politik

Die Empfehlungen der „Kommission Ausländerpolitik"

Im Februar 1983 legten die Ausschüsse der „Kommission Ausländerpolitik", die unter Federführung des Bundesinnenministeriums gearbeitet haben, ihre Stellungnahme zur zukünftigen Gestaltung des Ausländerrechts vor. In den Ausschüssen vertreten waren neben der Bundesregierung u.a. die einzelnen Bundesländer, der Deutsche Städtetag und die Bundesanstalt für Arbeit.
Die nunmehr der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Vorschläge und Empfehlungen sind, wie nachfolgend aufgezeigt werden soll, erschreckend. Sollten auch nur Teile davon in Gesetzen oder Richtlinien ihren Niederschlag finden, wäre eine neue Qualität an inhumaner Politik gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern erreicht.
Ausgangspunkt der Kommission ist, daß „die Grenzen der Aufnahmefähigkeit für Ausländer" und „die Grenzen der Belastbarkeit" erreicht seien und daß aus diesem Grund „wirksame Maßnahmen zur Begrenzung des Ausländeranteils" getroffen werden müssen.
Die auf dieser Basis gemachten Vorschläge, die in einem neuen Ausländerrecht ihren Niederschlag finden sollen, zielen auf die Abwehr nachzugswilliger und die Reduzierung bereits hier lebender Ausländer ab. Vergessen ist, daß die ausländischen Mitbürger einstmals hierher geholt wurden, daß sie durch ihre Arbeit, ihre Steuerleistungen, ihre Kaufkraft und ihre Beiträge zur Sozialversicherung einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser Gesellschaft beigetragen haben und dies noch immer tun. Den Interessen der BRD wird ausdrücklich Vorrang vor denen des Ausländers eingeräumt.
Die Ausländer werden nicht in ihrer Menschenwürde, in ihrem selbstverständlichen Wunsch nach einem gleichberechtigten Leben unter uns respektiert, sondern sie werden auf ihren ökonomischen Nutzwert reduziert. Die „Ausländerverdrängungspolitik" soll im wesentlichen durch zwei rechtliche Maßnahmenkomplexe vollzogen werden:

1. Verschärfung der Tatbestände, die zur Ausweisung bzw. Nichtverlängerung der Aufenthaltserlaubnis führen
2. Weitere Einschränkungen bei der Familienzusammenführung

Zu den Vorschlägen der Kommission im einzelnen:
1. Neu geregelt werden soll nach Vorstellungen des Bundes (Ausnahme: Arbeitsministerium), der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Niedersachsen und des Deutschen Städtetages: derjenige Ausländer, der seit 1 Jahr Arbeitslosenhilfe bezieht, wird ausgewiesen.
Dabei ist die momentane Regelung bereits inhuman: derzeit ist derjenige von Ausweisung bedroht, der Sozialhilfe beansprucht bzw. bei dem die Möglichkeit der Inanspruchnahme (!) nicht ausgeschlossen werden kann. Durch die weitverbreitete Arbeitslosigkeit, von der gerade auch ausländische Mitbürger betroffen sind, werden zahlreiche ausländische Arbeiter nach Einstellung der Zahlung von Arbeitslosengeld auf Arbeitslosenhilfe bzw. Sozialhilfe angewiesen sein. Obwohl die ausländischen Mitbürger jahrzehntelang durch ihre Steuern das „soziale Netz" stabilisiert haben und es als Teil der arbeitenden Bevölkerung auch weiterhin tun, sollen sie im Falle der Not keine Leistungen in Anspruch nehmen können.
2. Neu auf Bundesebene – Baden-Württemberg kennt dies bereits beim Familiennachzug – ist, daß die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis von einer „ordnungsgemäßen und nicht unzureichenden Wohnung" abhängig gemacht werden soll.
Die Erfahrungen aus Baden-Württemberg (Erlaß vom 30.03. 1982) lassen Schlimmes befürchten. Dort heißt es: „Der Ausländer muß eine Wohnung haben, die den normalen Anforderungen vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer an eine angemessene Wohnung entspricht. . . . . Für jedes Familienmitglied muß eine Wohnfläche von mindestens 12 qm vorhanden sein. Als Familienmitglieder sind auch die im Ausland lebenden nachzugsberechtigten Kinder mitzuzählen." Abgesehen davon, daß Ausländer angesichts der allgemeinen Wohnungsmisere nur schwierig eine Bleibe finden, werden Ausländer mit Kindern besonders zynisch behandelt. Ein Beispiel: ein türkisches Ehepaar lebt in der BRD. In der Türkei leben die 5 minderjährigen Kinder. Sie werden dort von Familienangehörigen betreut und versorgt. Ein Nachzug der Kinder in die BRD ist nicht vorgesehen. Dennoch muß das türkische Ehepaar eine Wohnung mit mindestens 84 qm vorweisen, denn die geforderte Größe der Wohnung hängt nicht von den tatsächlich in der BRD lebenden Personen, sondern auch von den nachzugsberechtigten Kindern ab. Ob diese Kinder überhaupt in die BRD einreisen wollen, ist unwichtig.
3. Die Kommission empfiehlt weiterhin, daß eine Aufenthaltserlaubnis nur verlängert werden soll, „wenn sich der Ausländer keine erheblichen Verstöße gegen die deutsche Rechtsordnung zuschulden kommen läßt." Ein derartig unbestimmter Rechtsbegriff als Generalklausel ist geeignet, behördlicher Willkür Tür und Tor zu öffnen und die Verunsicherung der Ausländer zu verstärken.
4. Beim Familiennachzug gehen die Vorstellungen der Kommissionsmitglieder weit auseinander. Während die Bundesminister des Innern und der Finanzen (immer bezogen auf die alte CDU-CSU-FDP-Regierung), unterstützt von den Ländern Baden-Württemberg und Berlin, Kinder nur noch bis zum 6. Lebensjahr zu ihren Eltern in die BRD nachkommen lassen wollen, empfiehlt das Ministerium für Jugend, Familie und Gesundheit ein „Höchstnachzugsalter" von 8 Jahren. Das Auswärtige Amt (bis 6.3.83 unter Genscher) und das Land Hessen wollen die Grenze bei 16, Bremen bei 18 Jahren. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung empfiehlt den Zuzug bis 6 Jahren ohne Einschränkung; unter der Voraussetzung „bestimmter" Deutschkenntnisse will er Kinder bis 16 Jahren zu ihren Eltern lassen. Alle genannten Vorschläge stimmen an einem Punkt überein: sie verstoßen gegen Artikel 6 Grundgesetz (Schutz von Ehe und Familie).
Vergessen ist in diesem Bereich auch die Schlußakte von Helsinki, nach der „soweit wie möglich die Vereinigung der Wanderarbeiter mit ihren Familien zu fördern" ist. Da nach Schätzungen allenfalls 200.000 Menschen durch die neuen Regelungen vom Nachzug ausgeschlossen werden, dürfte die BRD noch nicht alles mögliche im Sinne der

Schlußakte von Helsinki getan haben. Von Familienzusammenführung wird von den Herrschenden nur in Bezug auf Ostaussiedler gesprochen, nicht aber bei „normalen Ausländern". In Artikel 3 Grundgesetz ist geregelt, daß gleiche Sachverhalte nicht ungleich behandelt werden dürfen. . .

5. Als Neuregelung wird empfohlen, ..die Aufenthaltserlaubnispflicht auch auf Kinder unter 16 Jahren auszudehnen.

Bei der Realisierung des folgenden Vorschlags kam der BRD ein Staat bereits zuvor: Südafrika. „Allen Ausländern sollte die Pflicht auferlegt werden, stets ihren Paß mit sich zu führen." So könnte es alsbald im bundesdeutschen Ausländergesetz stehen.

6. Auch der Ehegattennachzug, obwohl derzeit bereits äußerst restriktiv gehandhabt, soll nach den Vorstellungen der Bundesminister der Finanzen, für Arbeit und Sozialordnung, für Jugend, Familie und Gesundheit nur noch im Falle der Einbürgerung des bereits in der BRD lebenden Ausländers möglich sein. Was dies bedeuten würde, zeigen die derzeit geltenden Einbürgerungsrichtlinien: „Die Einbürgerung setzt eine freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse zu unserer staatlichen Ordnung und ein Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung voraus. Personen, die in innerer Abhängigkeit zu totalitären Ideologien stehen, ist die Einbürgerung zu versagen.". . . „Der Inlandaufenthalt soll in der Regel mindestens 10 Jahre betragen."

Weiterhin wird die Unbescholtenheit gefordert, die „nicht ausschließlich nach strafrechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen" ist. „Bei der Prüfung müssen vielmehr Feststellungen getroffen werden, die Aufschlüsse über den Lebensweg und das Persönlichkeitsbild des Einbürgerungsbewerbers geben. . . . Fehlentwicklungen der Persönlichkeit, wie Alkohol- oder Rauschgiftsucht, fortdauernde Verletzung der Unterhaltspflicht, Arbeitsunwilligkeit, schließen die Einbürgerung aus."

Sonderregelungen gelten für Leute aus Entwicklungsländern, die im Bundesgebiet oder in anderen Industrienationen im Rahmen der personellen Entwicklungshilfe eine Aus- oder Weiterbildung erfahren haben: aus „entwicklungspolitischen Gesichtspunkten soll eine Einbürgerung unterbleiben."

7. Ausländerrechtliche Maßnahmen sollen durch „Offenbarung personenbezogener Sozialdaten" erleichtert werden. Was verbirgt sich dahinter? Erhält ein Ausländer derzeit z.B. Sozialhilfe, muß das Sozialamt dies der Ausländerbehörde nicht mitteilen. Im Gegenteil: eine derartige Praxis, wie sie zum Teil auch in Freiburg geübt wird, ist höchst umstritten. Nach den Vorstellungen des Bundes, der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen und Niedersachsen sowie dem Deutschen Städtetag sollen die Leistungsträger gesetzlich verpflichtet werden, die Ausländerbehörden über den Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe unverzüglich zu informieren.

Bedenken hiergegen ergeben sich nicht nur aus dem Datenschutzgesetz. Vor allem wird die eigentliche Aufgabe des Sozialamtes in ihr Gegenteil verkehrt. Bislang ist das Sozialamt dazu da, Menschen in Not zu helfen. Zukünftig könnte es objektiv zur Spitzelbehörde werden, die den hilfesuchenden Ausländer der Ausländerbehörde ausliefert und so zur Existenzvernichtung des Ausländers beiträgt. Ob die „Väter des Grundgesetzes" bei der Formulierung des Artikels 20 (Sozialstaatsprinzip) ähnliche Gedanken hatten. . .?

8. Bei straffällig gewordenen und bei extremistischen Ausländern soll eine völlig neue Ausweisungsregelung getroffen werden. Bislang haben die Behörden Ausweisungen nach „pflichtgemäßem Ermessen" vorzunehmen. Eine „Muß-Ausweisung", die die Behörden zwingt, einen Ausländer auszuweisen, gibt es bislang nicht. Dies soll jetzt anders werden. So empfehlen der Bund, die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Niedersachsen und der Deutsche Städtetag „die gesetzliche Regel-Ausweisung (Anm. des Verfas-



sers: in der Regel ist auszuweisen, wenn nicht besondere Gründe dem im Einzelfall entgegenstehen) mit sofortiger Vollziehbarkeit kraft Gesetzes bei Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der BRD." Eventuell soll sogar eine Muß-Ausweisung bei der genannten Gefährdung eingeführt werden.
Zudem wird in Betracht gezogen die „Einführung eines gesetzlichen Verbotes für bestimmte Formen der politischen Betätigung (z.B. Versammlungen, Demonstrationen, Flugblattaktionen) mit der Möglichkeit für die Behörden, im Einzelfall Ausnahmen zuzulassen (Erlaubnisvorbehalt)."
Im Klartext heißt dies: generell sollen für Ausländer politische Betätigungen verboten sein. Nur ausnahmsweise kann sie erlaubt werden.
Würden diese Empfehlungen geltendes Recht, wären die Grundrechte auf Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit bei Ausländern generell außer kraft. Auf diese Weise wären ausländische Mitbürger, die verstärkt sozialen Kürzungen unterzogen und von Arbeitslosigkeit betroffen sind, politisch völlig entmündigt. Die bislang legalen Mittel von Streiks und Demonstrationen wären ihnen möglicherweise genommen. Jeder einzelne ist gefordert, den geplanten Beschneidungen der Rechte der ausländischen Mitbürger entgegenzutreten. Fordern wir positiv den Ausbau der Rechte (z.B. kommunales Wahlrecht).

rb

Das Original des 250-seitigen Berichtes der Ausschüsse kann gegen Vorab-Bezahlung von DM 28,– (und Spenden!) bestellt werden bei:
Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen, c/o Detlef Lüderwaldt, Ringstr. 47, 6072 Dreieichhain.

Zahlungen an: Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen (IAF), Konto: 22 55 16 Stadtsparkasse Frankfurt/M. „Kennwort: Bündnis"

Beginn einer härteren Ausländerpolitik

Zum Verbot von „Dev-Sol" und „Halk-Der"

Am 9. Februar 1983 verbot Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) den türkischen Verein „Devrimci Sol" (Revolutionäre Linke, kurz: Dev-Sol) und seine angebliche Teilorganisation „Halk-Der" (Volksvereine). Ab 6.30 Uhr morgens wurden in mehreren Städten der BRD Wohnungen durchsucht, Material und Vereinsvermögen beschlagnahmt. Am gleichen Tag ging auch die Militärjunta in der Türkei gegen „Dev-Sol" vor: in Istanbul wurden 68 mutmaßliche Mitglieder und Sympathisanten verhaftet, die angeblich die Organisation wieder aufbauen wollten.
Die Gleichzeitigkeit der Aktionen, die einige Tage nach dem BRD-Besuch des türkischen Außenministers Türkmen erfolgten, wird kein Zufall sein: die Zeitung „Hürriyet" vom 14.2.83 meldet, daß „Dev-Sol" auf Wunsch von Türkmen in der Bundesrepublik verboten worden ist. Die rechtsextreme „Tercüman" vom 12.2.83 weiß zu berichten, daß der Schlag gegen „Dev-Sol" und „Halk-Der" nur ein Auftakt ist: „Die deutschen Sicherheitsbehörden werden die begonnene Säuberungsbewegung fortsetzen, um den 27.000 türkischen Kommunisten, die seit Jahren die Ruhe des Volkes vertreiben und in Terrorereignisse verwickelt sind, einen entscheidenden Schlag zu versetzen." Dies dürfte der Wunsch der Militärjunta sein – wird die Bundesregierung ihn auch noch vollends erfüllen?
Die Regierung hat mit dieser Aktion gegen die zwei Gruppen wohl tatsächlich noch nicht zu einem entscheidenden Schlag ausgeholt, denn „Dev-Sol" ist in der BRD eine kleine Gruppierung, die relativ isoliert von anderen türkischen Gruppen gearbeitet hat. In der Türkei wird sie dagegen als eine der Nachfolgeorganisationen von Mahir Cayan's militanter THKP/C stark verfolgt; 1.740 mutmaßliche „Dev-Sol"-Mitglieder oder -Anhänger sind in Haft, gegen 275 von ihnen ist die Todesstrafe beantragt, 10 Todesurteile sind bereits gefällt (TAZ 11.2.83).
Einen öffentlichkeitswirksamen Anlaß für das Verbot gab die bewaffnete Besetzung des türkischen Generalkonsulats in Köln vom 3. November 1982; aber auch gewaltfreie Besetzungen von Kirchen und Geschäftsräumen werden „Dev-Sol" in der Verbotsverfügung zur Last gelegt. Der Innenminister sieht neben Sicherheit und Ordnung auch „erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland" durch die politische Tätigkeit von „Dev-Sol" und „Halk-Der" gefährdet, ein Gesichtspunkt, den Zimmermann in seiner Presseerklärung zum Verbot hervorhebt. Dort heißt es in einem erläuternden Teil – nachdem der überwiegenden Mehrheit der Ausländer immerhin Gesetzestreue bescheinigt wird:
„Die Ausländervereine orientieren ihre Aktivitäten überwiegend an den politischen Konflikt- und Krisensituationen



der jeweiligen Herkunftsländer. Dabei beeinträchtigen sie die Sicherheit und wichtige innen- und außenpolitische Belange unseres Landes. (. . .) Sicherheitsgefährdende Aktivitäten gingen im wesentlichen von extremistischen Organisationen aus, deren Agitation sich zunehmend gegen Bestandteile deutscher Politik richtet:

– die Bundesrepublik Deutschland als NATO-Bündnispartner der Türkei,
– deutsche Militär- und Wirtschaftshilfe für die Türkei,
– Ausländerrecht und Ausländerpolitik.

Dabei umfaßte das Aktionsspektrum neben der Agitation auch Besetzungsaktionen, Demonstrationen und Hungerstreiks."

Mit anderen Worten: es geht der Bundesregierung gar nicht so sehr darum, politische Gewalt zu unterbinden; denn sonst müßte sie doch endlich einmal die faschistische „Türk Föderation" verbieten anstatt nur zu behaupten, die „Grauen Wölfe" seien als Organisation nicht existent (wie der Pressesprecher des Bundesinnenministeriums gegenüber Hürriyet vom 14.2.83).

Eher fürchtet sie überhaupt die unbequeme Kritik an ihrer militärischen und wirtschaftlichen Bündnispolitik, die beide Augen vor dauernden und offensichtlichen Menschenrechtsverletzungen zudrücken will. Diese Kritik hat es ja immerhin geschafft, die Militärhilfe für die Türkei ein paar Jahre auf Eis zu legen. Weil diese Kritik nicht aus der rechten Ecke kommt, ist ein Verbot der faschistischen Schlägerorganisationen auch nicht so dringend.

Am wahrscheinlichsten aber ist, daß „innen- und außenpolitische Belange" nur als dehnbare Drohung dienen sollen, um ausländische Organisationen und damit Mitbürger einzuschüchtern; um die Rechtsunsicherheit der Ausländer, die jetzt oft schon in ständiger Angst vor Behörden und Polizei leben, zu erhöhen; um den Ausländern das Leben möglichst schwer zu machen, damit sie – scheinbar freiwillig – gehen; kurz: Ausländerverdrängungspolitik.

ebe

Keine Chance für Bewerber aus der Dritten Welt

Die neue Regelung des Ausländerstudiums in der BRD

„Ausländer raus" heißt es nun an bundesdeutschen Universitäten – Folge einer gut versteckten Fristenklemme in der eben von Bund und Ländern neugeregelten Durchführungsverordnung zum Ausländergesetz. Gleich nach Amtsantritt hat sie das Kabinett Kohl beschlossen. Mitgetragen von sozialdemokratisch regierten Bundesländern passierte sie schnell und lautlos den Bundesrat und so gilt seit dem 18.12.1982: Ausländer, die länger als drei Monate hier bleiben wollen (also auch ausländische Studienbewerber), brauchen jetzt schon vor ihrer Einreise eine längerfristige Aufenthaltserlaubnis. So wollen Bund und Länder die „Flut" und den „ständig wachsenden Zustrom" von Ausländern kontrollieren und bremsen.

Ausländische Studienkandidaten werden damit ausgesperrt. Das zeigt ein Beispiel: Ein afrikanischer Bewerber – zum Beispiel aus Kenia – hat sich für das kommende Sommersemester 1983 hier beworben. Und hat Erfolg: Wenn Ende Januar unsere Unis die Studienplätze vergeben, geht auch eine Zulassung per Post nach Kenia. Jetzt muß jeder Studierwillige – Deutscher oder Ausländer – bei seiner Uni persönlich antreten und sich bis spätestens Ende Februar einschreiben. Sonst verfällt der begehrte Platz und wird (im Nachrückverfahren) weitergegeben. Doch unserem Kenianer setzt das neue Ausländergesetz vor das Einreisen und Einschreiben eine Visa-Antragsprozedur mit langem Dienstweg: Deutsche Botschaft Nairobi, Auswärtiges Amt, Landesinnenministerium, Regierungspräsidium, Ausländerbehörde, dann das ganze rückwärts. Das dauert – und zwar zwei bis drei Monate. Fehlt noch die kenianische Ausreiseerlaubnis, die – wie fast überall in der Dritten Welt – mindestens weitere sechs Wochen benötigt. Jetzt erst darf unser Bewerber aus Kenia raus und nach Deutschland rein. Doch das teure Flugticket soll er sich sparen. Denn wir haben Juni oder Juli, die Einschreibefrist ist längst verpaßt, der Studienplatz ist weg. Unser Afrikaner hatte nie eine reale Chance. Bislang konnte man einfach als Tourist einreisen, sich bewerben, die Zulassung abwarten, sich einschreiben und dann – weil in der Bundesrepublik – das Touristenvisum in ein Studienvisum umwandeln lassen. Das war dem Bundesinnenministerium „zu unübersichtlich". Man erinnerte sich alter Empfehlungen der Kultusministerkonferenz (KMK), deren restriktive Zulassungs-Beschlüsse vom März 1981 die politische Wende im Ausländerstudium vorbereiteten. So können Anträge – mit vorliegender Zulassung als Studienplatznachweis – heute nur noch bei der Deutschen Botschaft des jeweiligen Heimatlandes gestellt werden. „Den Zuzug dieser Personen in geordnete Bahnen lenken", will so Zimmermanns Innenministerium. Dort sind übrigens



„diese Fristenprobleme nicht bekannt". Keine Terminklemme wird es nur für Ausländer aus der EG und aus sechs weiteren, meist westlichen Staaten geben, sowie für die Eliteminderheit der sogenannten Programmstudenten (Austauschstudenten und Stipendiaten).
Hätte es das alles schon früher gegeben, wären von unseren 62.000 Gaststudenten 80 Prozent nicht hier. Die vom weltweit und unabhängig operierenden World University Service (WUS) ausgerechnete Zahl wird von den Akademischen Auslandsämtern unserer Universitäten, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) – also den Profis im Bereich Ausländerstudium – bestätigt.
Ausgesperrt wird fast die ganze Dritte Welt. Von dort dürfen nur noch Programmstudenten rein – eine handverlesene Creme städtischer Nachwuchspriviligierter. Ob ausgerechnet die sich später einmal für die armen ländlichen Massen ihrer Heimat einsetzen werden, ist fraglich. Bislang hatten ethnische und religiöse Minderheiten, untere Sozialschichten, aber auch Regimegegner aus Drittweltländern in der Bundesrepublik ihre Studienchance. Damit ist jetzt Schluß. Und die von unseren Unis über die Ausbildung von Entwicklungsländerstudenten geleistete „Entwicklungshilfe" – immerhin rund 600 Mio. Mark pro Jahr – wird sich von selbst zusammenstreichen.
Der WUS spricht von einer „entwicklungs- und kulturpolitischen Katastrophe". Entsetzt, daß Völkerverständigung und Kulturaustausch einem ausländerpolitisch motivierten Rundumschlag zum Opfer gefallen sind, zeigten sich auch Vertreter der Universitäten, des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD), der GEW und der WRK. Deren Präsident, Prof. George Turner, sorgte sich um die nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam aufgebaute Weltoffenheit und Internationalität der deutschen Hochschulen. Der stellvertretende F.D.P.-Vorsitzende Jürgen Morlok hält „das alles für inhuman und einer christlichen Partei nicht würdig". Er befürchtet, daß man in der Dritten Welt „mit ähnlichen bürokratischen Restriktionen auf die Bemühungen unserer auswärtigen Kulturpolitik reagieren wird".
Wegen der komplizierten Fristenmechanik, seiner verzögerten Wirkung, der bürokratisch-unauffälligen Verpackung in einem ausländerrechtlichen Groß-Paket und der schnellen Plazierung der Vorlage, dürften viele der beteiligten Politiker die Folgen ihres Tuns nicht vor Augen gehabt haben. Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke, CSU, erfuhr erst durch Journalistenfragen von der Problematik. Sein Staatssekretär Volkmar Köhler, CDU, meinte: „Da muß eine Panne passiert sein". Gegenüber der F.D.P.-Abgeordneten von Braun-Stützer gab die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes die „Panne" offen zu und versprach sie zu reparieren.
Doch die Chancen stehen schlecht. Im zuständigen Innenministerium will man von einer „Panne" nichts wissen und erklärt ganz offen, daß die in das neue Ausländerrecht eingebauten „gewissen Erschwernisse" beabsichtigt waren.
Und in Baden-Württemberg, neben Bayern ganz vorn bei der Studentensperre, betont die Landesregierung ihr „verantwortungsvolles Handeln". Klar sagt Edmund Stoiber, wie man in Bayern die kommenden „gewissen Komplizierungen" beurteilt. „Sie sind", so der CSU-Generalsekretär, „angesichts der Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen unvermeidlich".

Bernd Girrbach

EINGETROFFENE BÜCHER

„Lagerung und Transport von Atomwaffen", Hrsg.: Informationsbüro für Friedenspolitik, München 1983

* * *

„Gemeinsam gehen – Kirche und Entwicklung im Nordosten Brasiliens", Misereor-Materialien für die Schule Nr. 11, Aachen 1982

* * *

„Der Palästinakonflikt – Geschichte, Positionen, Perspektiven", Bad Wörrishofen 1982, Verlagsgesellschaft W.P. Sachon

* * *

„Agrarreform und Kriegsrecht auf den Philippinen", Rainer Werning, WURF-Verlag, Münster 1983

* * *

„Überlebenskampf und Selbstbestimmung – Zur Arbeiter- und Volksbewegung in kolumbianischen Städten, Clarita Müller-Plantenberg, Verlag Klaus Dieter Verwuert, Frankfurt 1983

* * *

„Wer Bunker baut, wirft auch Bomben – Materialien und Dokumente zum Zivilschutz", Freiburg 1983, Bezug: C. Merkel, Kronenstraße 16a, 7800 Freiburg

* * *

„Wer den Menschen das Korn stiehlt, verwandelt das Brot in Hunger", Werkmappe der GEPA zur Getreideaktion, Bezug: GEPA, Talstraße 20, 5830 Schwelm

* * *

„Lernen für „die eine Welt" von morgen?", Christian Uhlig, Internationale Begegnung, Bonn 1982

* * *

„Sanktionen gegen Südafrika – Tatsachen und Argumente", Hrsg.: Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt 1

* * *

„Gewerkschaftliche Bildungsrbeit am Beispiel Weltwirtschaft. Entwicklungspolitik und Arbeitsplatzsicherung" Helmut Irle, Edition Herodot, Göttingen, 1982

* * *

„In Lateinamerika ohne Beispiel – Zur aktuellen Situation in Guatemala", Hrsg.: Katholischer Arbeitskreis Entwicklung und Frieden (KAEF), Bonn 1982

* * *

„Auf dem Weg zu einer 'authentischen' Gewerkschaftsbewegung in Brasilien", Werner Würtele, esprint-Verlag, Heidelberg 1982

* * *

„Vier Jahre islamische Republik im Iran", Berlin 1983, Bezug: Evangelische Studentengemeinde an der TU Ausländerladen, Carmestr. 11, 1000 Berlin 12

* * *

„Kaiseraugst – Südafrika – Namibia, Gemeinsam gegen Atommultis", Dokumentation zur Lieferung angereicherten Uran der Kaiseraugst AG an Südafrika und zum illegalen Import von Namibia-Uran in die Schweiz, Bezug: POCH-Verlag, Postfach 539, CH-8026 Zürich

* * *

„What Difference could a Revolution make", Joseph Collins, San Francisco 1982

* * *

„Now We can speak", Joseph Collins/Francis Moore-Lappe, San Francisco 1982

* * *

AFGHANISTAN

Widerstand im Wandel

In einer „beeindruckend durchorganisierten Invasion" – so der Rüstungsexperte Uli Albrecht – besetzten zwischen dem 24. und 27. Dezember 1979 sowjetische Luftwaffeneinheiten und motorisierte Schützendivisionen Afghanistan. Die Regierung Amin wurde gestürzt und der heute noch amtierende Ministerpräsident Karmal inthronisiert. Doch was damals den sowjetischen Technokraten als Demonstration ihres Organisationstalentes erscheinen mochte, geriet der UdSSR in weniger als drei Jahren zu einem militärischen und politischen Abenteuer. Die technisch perfekte Initialzündung artete in einen Stellungskrieg von ungewisser Dauer aus und ihre politischen Absichten endeten mit der zunehmenden Entmündigung der Invasionsregierung Karmal in einer Sackgasse.

Von sowjetischer Seite war der Einmarsch wohl als kurzfristiges militärisches Engagement mit begrenzten Mitteln gedacht gewesen, dessen Hauptaufgabe in der Sicherung der Macht des mitgebrachten Ministerpräsidenten Karmal bestehen sollte. Das erschien der UdSSR um so wichtiger, als die traditionell guten afghanisch-sowjetischen Beziehungen – die Afghanistan zu einer Art sowjetischen „Einflußgebietes zweiter Ordnung" gemacht hatten – paradoxerweise gerade durch die Machtübernahme der „kommunistischen" Regierung am 27. April 1978 erheblich gestört worden waren: trotz eines massiven Hilfsprogramms der UdSSR als Rückendeckung für die Regierung Taraki und ab September 1979 für deren Nachfolger Amin war es in Afghanistan allmählich zu landesweitem Widerstand gekommen, „so daß eine reale Bedrohung nicht nur für die territoriale Integrität des Landes, sondern auch für dessen Unabhängigkeit bestand" – eine durchaus ernstzunehmende Einschätzung durch die Presseagentur Nowosti in einem 1982 publizierten Bericht „Afghanistan in Bildern". Denn diese Bedrohung der „territorialen Integrität" bestand wirklich – und durch den sowjetischen Einmarsch wurde sie in die Tat umgesetzt.

Wenige Monate nach der Invasion zeichnete sich deren Scheitern ab: Die Regierung Karmal konnte das Vertrauen der zahllosen Widerstandsgruppen nicht gewinnen und sah sich gezwungen, zunehmend direkte Hilfe der Militärs und Berater aus der UdSSR in Anspruch zu nehmen. Dabei übernahmen sowjetische Berater immer mehr Funktionen im Staatsapparat, ohne daß jedoch die militärische Strategie sofort auf einen Anti-Guerilla-Krieg umgestellt worden wäre. Karmal und seine Kumpanen wurden zu propagandistischen Hilfsfunktionären degradiert.

Die relative Zurückhaltung der sowjetischen Militärs ermöglichte es dem Widerstand, „befreite Gebiete" zu schaffen und ein militärisches Patt herbeizuführen. Die militärischen und politischen Fronten sind nun klar: auf der einen Seite die sowjetischen Besatzer, auf der anderen der Widerstand – die Mojahedin. Damit ist die UdSSR in ein Konfliktfeld geraten, das die soziale Dynamik Afghanistans während der letzten hundert Jahre bestimmt hat: auf der einen Seite die Versuche der Kabuler Regierung, relativ autonome ethnische und dörfliche Gemeinschaften des Landes in einen bürokratischen Zentralstaat zu vergesellschaften, auf der anderen Seite der Wiederstand eben dieser Kollektive gegen Eingriffe von Oben.

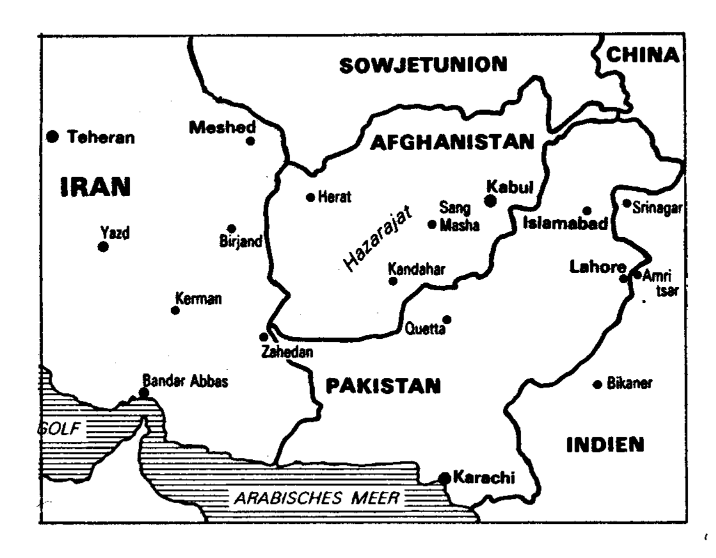
DIE BESATZER: VOM „BEFREIER" ZUM AGGRESSOR HINTER STACHELDRAHT

„Die Entscheidung, sowjetische Kontingente nach Afghanistan zu entsenden, ist uns nicht leicht gefallen. Das Zentralkomitee der Partei und die sowjetische Regierung haben jedoch in vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung gehandelt und alle Umstände berücksichtigt. Das einzige Ziel für die sowjetischen Kontingente besteht darin, den Afghanen Hilfe zu gewähren, um die ausländische Aggression abzuwehren. Diese Kontingente werden in ihrer Gesamtheit sofort zurückgezogen, wenn die Gründe, die die Herrschenden in Afghanistan veranlaßt haben, uns um die Entsendung von Truppen zu bitten, aufgehoben sind" – so Breschnew in einem Interview laut „Prawda" vom 13. Januar 1980. Daß man nicht nur dem Ersuchen der afghanischen Regierung um Truppenhilfe entsprochen hatte, sondern daß im gleichen Atemzug auch die Liquidation der amtierenden Regierung erfolgte, muß andere Dritte-Welt-Länder, die mit ähnlichen Hilfeersuchen liebäugelten, nicht wenig schockiert haben: bis heute wurde in der UNO die Invasion der UdSSR mehrere Male gerade mit den Stimmen fast aller solcher Länder verurteilt. Dennoch könnte die UdSSR die Wirkung der Invasion auf die internationale Öffentlichkeit sicher leicht verdauen, wenn sie ihrem Ziel eines Abzugs nach vollendeter Mission etwas nähergekommen wäre. Die ungeheure Gefahr bei diesem nicht erklärten Krieg in Afghanistan liegt jedoch darin, daß sich die Fronten stabilisiert haben: von einer militärischen Lösung des Problems kann bisher nicht die Rede sein. Die Alternativen einer „Vietnamisierung" des Krieges oder eine „politische" Lösung müßten die UdSSR allemal mit erheblichen Verlusten erkaufen. Der erste Teil des sowjetischen Gesamtkonzeptes – die militärische Besetzung und Absicherung strategischer Schlüsselpositionen – war noch programmgemäß verwirklicht worden. Doch schon im Laufe der ersten zwölf Monate nach dem Einmarsch sah sich die sowjetische Militärverwaltung zu Schritten veranlaßt, die erhebliche Schwächen der Gesamtplanung deutlich machten.

So waren ursprünglich zahlreiche Soldaten aus den Sowjetrepubliken Tajikestan und Uzbekestan in den Kontingenten der Invasionsarmee vertreten. Häufig selbst Moslems und den Afghanen sprachlich nahestehend waren diese Soldaten in die Besatzungsarmee eingereiht worden, um eine Kontaktaufnahme mit der Bevölkerung zu erleichtern. Der Ef-

fekt war jedoch genau umgekehrt: gerade die Möglichkeit der Verständigung führte zu einer erheblichen Verunsicherung in der Truppe, da sie von den meisten Afghanen keineswegs als Befreier begrüßt wurden. Durch den Austausch dieser Rekruten gegen Soldaten aus Weißrußland wurde jede unerwünschte Art von Verbrüderung schnell unterbunden.

Doch nicht nur solche Kontakte mit der Bevölkerung wurden verhindert. Als Reaktion auf die verbesserte Organisation des Widertandes, vor allem auf gezielte hit-and-run-Aktionen gegen sowjetische Vorposten und Verbindungswege, sah sich die Militärführung gezwungen, die private Bewegungsfreiheit wie auch den militärischen Aktionsradius der Mannschaft drastisch einzuengen. Das galt auch für die Zusammenarbeit mit der afghanischen Armee: häufige Desertionen einzelner afghanischer Soldaten und ganzer Abteilungen bei Auseinandersetzungen mit den Mojahedin wurden von den sowjetischen Militär-Einheiten bis hin zu ihrer teilweisen Entwaffnung beantwortet. Der Großteil der sowjetischen Besatzungstruppen führt nun bis heute hinter stark bewachten Verteidigungsringen ein Lagerleben ohne die geringste Chance, irgendwelche Vorstellungen über



das Land und den Charakter des Krieges zu gewinnen. Der Zwang, die Einheiten in isolierten Militärlagern zusammenzudrängen und dies unter den klimatisch extremen Bedingungen Afghanistans – heiße, trockene Sommer und bitterkalte Winter – hatte eine weitere Konsequenz: die Einführung des Rotationssystems.

Wahrscheinlich alle sechs Monate werden die Soldaten gegen frische Kontingente ausgetauscht. Die genaue Zahl der bislang ausgetauschten Soldaten ist nicht bekannt – sie dürfte allerdings in die Hunderttausende gehen. So wächst aber auch ständig die Zahl derer, die vom Kriegsschauplatz zurückkehren und von ihrer Situation vor Ort berichten können. Sie stellen eine erhebliche pressure group auch in der UdSSR dar, selbst wenn es sonst keine engagierte Öffentlichkeit gibt, die sich über die Medien artikulieren könnte. Zu offensichtlich entspricht die sowjetische Berichterstattung nicht den eigenen Erlebnissen der Rückkehrer. Sicherlich ist es deren Druck mit zu verdanken, daß sich die Massenmedien in der UdSSR seit 1982 und 1983 immer wieder veranlaßt sahen, ihren Lesern auch über Probleme und Verluste im „nicht erklärten Krieg" zu berichten.

Was für die kämpfende Truppe gilt, trifft ähnlich auch auf die zahlreichen sowjetischen zivilen Berater in Afghanistan zu. All jenen Verwaltungsexperten, Ingenieuren und Technikern, die zumeist in Kabul Projekte leiten und zunehmend die Bürokratie dominieren, ist es tagsüber nur unter strikter Bewachung möglich, sich in der Stadt zu bewegen, Einkäufe zu machen oder ihren Aufgaben nachzukommen. Ihre Freizeit müssen sie in streng bewachten und abgeschirmten Ghettos verbringen. Das zentrale sowjetische Ghetto ist das ab 1964 mit Hilfe sowjetischer Ingenieure und Planer errichtete Stadtviertel Mikrorayan in Kabul. Diese Ghettoisierung auch der sowjetischen Zivilisten ist ein Resultat des allmählichen Eindringens der Mojahedin in die Städte seit ca. Ende 1981. Sie ist auch die Reaktion auf eine neue Strategie des Widerstandes: denn wo immer möglich werden jetzt nicht mehr ausschließlich die Besatzungstruppen direkt bekämpft, sondern auch alle sowjetischen zivilen Entwicklungsprojekte torpediert, mit denen sich die Invasionsmacht eine breitere Legitimationsbasis zu schaffen sucht.

Invasoren in der Zwickmühle

Diese Entwicklung ist außerdem Ausdruck eines sehr viel weitergehenden politisch-militärischen Desasters der UdSSR. Bei der Invasion zur Jahreswende 1979/80 und im Laufe der ersten Monate nach der Besetzung wurde in erster Linie schweres Kriegsgerät mitgebracht: Panzer und Artillerie – Material, das für alles, nur nicht für einen Guerilla-Krieg geeignet ist. Lediglich die sowjetischen Kampfhubschrauber vom Typ Mil Mi-24 – sogenannte fliegende Festungen – sind auch für Einsätze gegen Guerilla-Stützpunkte brauchbar. Aus der Qualität des Kriegsgerätes und aus der Tatsache, daß sich die Truppen sehr bald in festen Lagern verbarrikadierten, schlossen zahlreiche Autoren auf einen defensiven Charakter der Sowjetischen Invasion. Übersehen wird bei einer solchen Argumentation jedoch, daß die militärische Besetzung nur die eine Hälfte der sowjetischen Gesamtstrategie ausmacht. Denn Sinn machte das sowjetische Vorgehen erst durch die Einsetzung einer neuen Regierung, die einerseits den sowjetischen Einmarsch offiziell zu legitimieren hatte und andererseits Vertrauen bei der Bevölkerung gewinnen sollte. Das Rückgrat solcher Bemühungen sollte ursprünglich vor allem die afghanische Armee sein. Obwohl diese Armee schon Ende 1979 von ihrer früheren Stärke von 100.000 Mann durch Desertationen auf ca. die Hälfte geschrumpft war, mochte sie zum Zeitpunkt der Invasion immer noch die wichtigste Machtbasis der Regierung darstellen. Während der neuen Regierung Karmal also die Aufgabe zufiel,



Sowjet-Soldaten in Südafghanistan

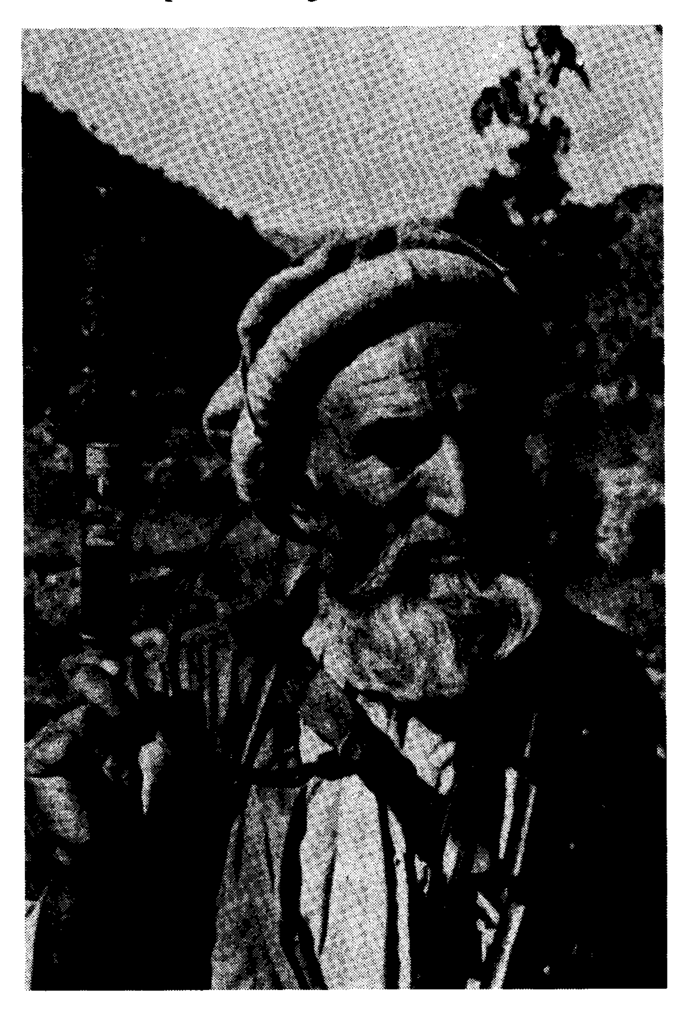


sich als Anwalt des Ausgleichs unterschiedlicher Interessen zu profilieren, sollte die afghanische Armee die Sicherung und Kontrolle des weiten Landes, die Guerilla-Bekämpfung, die Regelung des Nachschubs sowie den Schutz der Aufbauprojekte garantieren. Eine solche Gesamtstrategie kann deshalb auch keineswegs „defensiv" genannt werden, sondern „arbeitsteilig aggressiv". Denn erstens besetzten sowjetische Truppen fremdes Territorium, zweitens wurde eine durch nichts legitimierte Regierung eingesetzt und drittens wurde im Windschatten der Invasionsarmee das afghanische Militär zur Unterdrückung des Widerstandes verwandt.
Sofort nach der Besetzung wichtiger strategischer Punkte durch die sowjetische Armee und der Liquidierung der alten Regierung Amin versuchte Babrak Karmal durch eine Reihe von Erklärungen und Maßnahmen der Bevölkerung zu zeigen, daß es ihm ernst mit einem Neuanfang afghanischer Innenpolitik sei. Doch die Regierungserklärungen und Appelle verhallten; zahllose aus den Gefängnissen Freigelassene schlossen sich statt der Regierung den Mojahedin an – zu offensichtlich waren die Abhängigkeit der offiziellen Machthaber vom Wohlwollen der sowjetischen Besatzungsmacht und somit der rein taktische Charakter ihrer Manöver.
Die sowjetischen Planer gerieten nun gleich von zwei Seiten unter Druck: zum einen mußten sie der Regierung immer mehr verwaltungstechnische Schützenhilfe leisten und zum anderen standen sie vor dem Problem, die in Afghanistan stationierten Armee-Einheiten den neuen Erfordernissen eines Anti-Guerilla-Krieges anzupassen. Im ersten Schritt übernahmen also sowjetische Berater immer weitergehende Kompetenzen im Staatsapparat und degradierten die offiziell Regierenden zu Statisten. Jedoch den zweiten Schritt zu unternehmen – die eigene Armee auf einen Anti-Guerilla-Kampf umzurüsten –, zögerten sie bislang hinaus. Obwohl schon heute ein Großteil der aktiven Guerilla-Bekämpfung den sowjetischen Truppen zufällt, hat sich ihre Technik des Kampfes seit dem Einmarsch kaum geändert.
Aus einer totalen Luftüberlegenheit sowjetischer Truppen heraus werden hauptsächlich Hubschrauberangriffe gegen markierte Stellungen der Mojahedin geflogen oder Dörfer von Kampfflugzeugen bombadiert. Bodenoperationen erfolgen normalerweise nur gegen Gebiete in der Nähe der großen Militärlager oder Hauptnachschubstraßen, und nur dann, wenn die Mojahedin dort zu eindeutig Fuß gefaßt haben – etwa bei Paghman (im Westen Kabuls), im Logar-Tal (im Osten der Hauptstadt) oder im Panjir-Tal (das ca. 40 Kilometer nördlich von Kabul die Verbindungsstraße zwischen Kabul und der UdSSR berührt). Solche Operationen erfolgen jedoch gemeinsam mit afghanischen Hilfstruppen eher im Stile offener Feldschlachten. Keineswegs handelt es sich um Manöver, wo Luftangriffe mit konventioneller Bodenunterstützung und dem Einsatz von Anti-Guerilla-Einheiten kombiniert werden. Die Verwendung von Giftgas, Napalm und anderen chemischen Waffen wird zwar bezeugt, doch erfolgte sie bisher nicht in größerem Ausmaß.

Völkermord oder schmählicher Abzug?

Noch scheint sich die UdSSR mehrere Optionen offenzuhalten: eine politische Lösung zu finden, die bestehende Patt-Stellung gegenüber den Mojahedin aufrecht zu erhalten oder den Widerstand völlig zu vernichten. Unter den gegebenen Umständen – mit ca. 100.000 Mann sowjetischer Besatzung und einer für den Guerillakrieg ungeeigneten Bewaffnung und Strategie – kann die UdSSR die Auseinandersetzung um Afghanistan in Form eines klassischen Anti-Guerillakrieges nicht gewinnen. Aber sie kann – falls die Finanzmittel es zulassen – die bisherige Patt-Situation aufrechterhalten: langsam hier und da die Kontingente besser ausrüsten, zusätzliche Mannschaften stationieren und immer stärker das militärische Element ihrer Präsenz in den Vordergrund stellen. Im Prinzip liefe eine solche Wendung auf eine allmähliche „Vietnamisierung" des Krieges und damit auf die

endgültige militärische Vernichtung des Widerstandes durch einen Völkermord hinaus.
Die Entscheidung, das Land in ein zweites „Vietnam" zu verwandeln, könnte den sowjetischen Besatzern um so leichter fallen, als einige grundlegende Unterschiede zwischen Afghanistan und dem Vietnam während der Auseinandersetzung mit den USA bestehen. Der Widerstand in Afghanistan verfügt im Gegensatz zum südvietnamesischen faktisch über kein politisches Hinterland. Die topographischen Bedingungen (zerklüftete Gebirgslandschaft) sind für einen Anti-Guerillakrieg zwar ungünstiger als in Vietnam, Klima und Vegetationsbedingungen kompensieren diesen Nachteil der Besatzer jedoch völlig: die leicht lokalisierbaren inselhaften Wohn- und Anbaugebiete sowie Trinkwasserreservoire würden es leicht ermöglichen, den Krieg gegen die Guerilla zwar nicht unmittelbar militärisch, aber auf jeden Fall durch einen kombinierten Bomben- und Chemiekrieg zu gewinnen, der die wirtschaftliche Existenzgrundlage des Widerstandes auslöscht. Das liefe in der Tat auf eine „vietnamesische Lösung" hinaus – und damit auf einen Völkermord. Noch ist die Entscheidung nicht gefallen, und es bleibt nur zu hoffen, daß sich die politische Logik als stärker erweisen wird



als die militärische. Doch der politische Spielraum der UdSSR in Afghanistan ist durch die Entwicklung der letzten drei Jahre erheblich eingeschränkt worden.
Die Situation der sowjetischen Besatzungsmacht in Afghanistan ist deshalb so verfahren, weil die UdSSR mit der einer Großmacht eigenen Borniertheit glaubte, in einem befreundeten blockfreien Land erfolgreich militärisch intervenieren zu können und dabei auf unerwartete Probleme stieß. Entscheidender noch wirkt sich allerdings die Fehlkalkulation aus, als politischer Regenmacher eine verhaßte Regierung mit militärischen Mitteln stabilisieren zu können. Denn dadurch geriet die UdSSR in Afghanistan in einen inzwischen hundert Jahre dauernden Konflikt zwischen Staat und Gesellschaft, der durch die Reformen der Regierungen nach dem Militärputsch vom 27. April 1978 noch besonders verstärkt worden war. Da es auch der neuen Regierung Karmal nicht gelang, in der Bevölkerung die erhoffte Unterstützung zu finden und damit die sowjetische Präsenz nicht nur militärisch, sondern auch politisch immer mehr verstärkt werden mußte, erhielt der Krieg den Charakter einer Auseinandersetzung zwischen 90–95% der Bevölkerung auf der einen Seite und den fremden Besatzern auf der anderen. Unter solchen Bedingungen stellt sich deshalb heute – das heißt drei Jahre nach der Invasion – der UdSSR eine Frage, die von einigen westlichen Beobachtern schon kurz nach der Invasion etwas voreilig gestellt worden war: nämlich ob das Land durch eine direkte Invasion zur „Afghanischen Sozialistischen Sowjet-Republik" gemacht wird. Diese politische Option ließe sich allerdings nur im Verbund mit der beschriebenen militärischen – nämlich der „vietnamesischen Lösung" – verwirklichen.
Als die sowjetische Partei- und Militärführung im Herbst 1979 mit der Planung der bewaffneten Intervention in Afghanistan begann, legte sie sich zugleich auf Babrak Karmal als neuen afghanischen Ministerpräsidenten fest. Bei den entsprechenden Beratungen standen – so ist anzunehmen – vor allem die Erörterung technischer Details und die zu erwartende Reaktion des Auslandes im Mittelpunkt. Dabei schienen sowohl die sowjetischen Planer als auch die in der UdSSR weilenden Mitglieder der zukünftigen afghanischen Regierung angenommen zu haben, daß sich das eigentliche Problem nicht in Afghanistan selbst stellen würde. Zu gut glaubte man sich in der UdSSR über die Verhältnisse im Lande unterrichtet, nachdem 100 Jahre russischer Afghanistik und Geheimdiensttätigkeit sowie ca. 60 Jahre kultureller, ökonomischer und politischer Beziehungen die zentralen Daten der ökonomischen und politisch-sozialen Verhältnisse aufbereitet zu haben schienen. Entscheidende Teile der afghanischen Intelligenz und des afghanischen Offizierscorps waren zudem in der UdSSR ausgebildet, und ein Großteil der Infrastruktur des Landes war mit sowjetischer Hilfe ausgebaut worden. Die Einzelinformationen summierten sich zu einem Bild, das Afghanistan als eines der ärmsten Länder der Welt auswies: 12-16 Millionen Einwohner, die zu 90-95% Bauern oder Nomaden waren und deren gesellschaftliche Organisation durch „feudale" und „vor-feudale" Verhältnisse bestimmt wurden. Lediglich in den wenigen größeren Städten bestand eine halbwegs funktionierende „moderne" Verwaltung. Darüber hinaus sah man nur Armut, Ausbeutung, Zurückgebliebenheit und lokale Borniertheit.

Kabul ist nicht Afghanistan
Zu den Fehleinschätzungen der alten und der neuen Machthaber in der Hauptstadt

Babrak Karmal mit seinen Begleitern mag eine solche Einschätzung Afghanistans vielleicht zu großmacht-chauvinistisch erschienen sein, dennoch hatte auch er in seiner politischen und journalistischen Karriere immer ganz ähnliche Begriffe zur Charakterisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes verwandt. Doch wie die meisten Angehörigen der modernen hauptstädtischen Elite – ob sie früher der Regierung nahegestanden waren oder der Opposi-

tion – hatte er vor allem die Verhältnisse in Kabul vor Augen, wo die Reform- und Entwicklungsmaßnahmen afghanischer Regierungen im Laufe der letzten 80 Jahre tatsächlich Veränderungen bewirkt hatten. Seine Analyse der ländlichen Verhältnisse hingegen, die er in zahlreichen Artikeln Ende der sechziger Jahre geliefert hatte, basierte kaum auf eigener Erfahrung. Mit seinem einzigen methodischen Werkzeug – der orthodoxen marxistisch-leninistischen Klassenanalyse – konstatierte er auf dem Land lediglich eine soziale Spaltung in Feudalherren samt ihren Verbündeten auf der einen und ausgebeuteten Bauern, Landarbeiter und Pächter auf der anderen Seite.



Für den seit Mitte der sechziger Jahre mit den Winkelzügen der Kabuler Regierungspolitik vertrauten Politiker und Journalisten Karmal war es denn am Vorabend der Invasion wohl die Hauptsorge, wie die politischen Verhältnisse in der Hauptstadt zu ordnen seien. Den Widerstand auf dem Lande in den Griff zu bekommen, dürfte ihm lediglich als taktisches Problem erschienen sein. Hier ging es in seinen Augen ja nur um eine Bewegung, die aufgrund ganz offensichtlicher Fehler der Regierungen Taraki/Amin bei der Landreform spontan entstanden war. Daß weder die UdSSR noch Karmal glaubten, der aufgebrochene Konflikt könnte eine politische oder notfalls auch militärische Aktion größeren Ausmaßes verlangen, geht schon aus den nach dem Einmarsch so stereotyp vorgebrachten Behauptungen hervor, beim Widerstand handele es sich in erster Linie um eine vom Ausland getragene Rebellion reaktionärer afghanischer Elemente: „Der Kern der Konterrevolution besteht aus Mitgliedern der ehemaligen Ausbeuterklasse, also vor allem aus Feudalherren und aus Teilen der einflußreichen und reichen Geistlichkeit, die nach der April-Revolution (27. April 1978, J.-H. G.) ihre Privilegien verloren haben und nach Pakistan und in den Iran gingen. Heute gewährt das Militärregime in Pakistan all diesen Elementen Hilfe, wobei sie die volle ökonomische und militärische Unterstützung amerikanischer Imperialisten und chinesischer Hegemonisten erhalten" (1). So propagandistisch diese Aussage auch erscheinen mag, sie gibt doch Aufschluß über das Unvermögen der sowjetisch-afghanischen Machthaber, den Widerstand als autonome Bewegung zu begreifen. Sicher – schon 1977 stand fest, daß die Mojahedin auf ausländische Hilfe rechnen konnten: die Dynamik des Widerstandes erklärt das aber nicht. Denn in Wirklichkeit handelte es sich um einen Aufstand der Dörfer gegen die Anmaßung der Zentrale, in ihr ökonomisches, politisches, gesellschaftliches und kulturelles System mit Gewalt einzugreifen, ohne auch nur die geringste einsehbare Gegenleistung zu erbringen.

Daß der Widerstand zu einer originären Volksbewegung, bzw. unter den gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen Afghanistans zu einem landesweiten Bauernaufstand wurde, erkannten weder die sowjetischen Planer noch Karmal und seine Anhänger. Die Übernahme der Macht durch sowjetische Truppen nach der Ermordung von Ministerpräsident Amin und seiner nächsten Vertrauten im Dezember 1979 erwies sich zwar als relativ problemlos. Doch mit dem Einmarsch der Besatzungstruppen hatte Karmal schon jedes Vertrauen bei der Bevölkerung verspielt, noch bevor er überhaupt beginnen konnte, einen gesellschaftlichen Ausgleich zu versuchen.

Unmittelbar nach seinem Machtantritt Ende Dezember 1979 glaubte Karmal mit einer Politik der Versöhnung und des Einlenkens die Situation in den Griff zu bekommen: die Gefängnistore öffneten sich für Tausende von politischen Häftlingen, ehemals Verfolgte wurden rehabilitiert und erhielten häufig Posten in der Bürokratie, Andersdenkenden wurden Freiräume angeboten, selbst den erklärten Gegnern des Regimes – den Geistlichen und der traditionellen Oberschicht – wurde eine Wiedergutmachung angeboten, falls sie nur einwilligten, sich ruhig zu verhalten, die Propaganda von früher mäßigte sich und verlor ihren Kreuzzugcharakter. Zugleich wurde die Schuld für aufrührerische Bewegungen imperialistischen Kräften und einigen wenigen mit ihnen verbündeten Regimegegnern zugeschrieben, die selbstlose Hilfe der UdSSR hingegen gewürdigt.

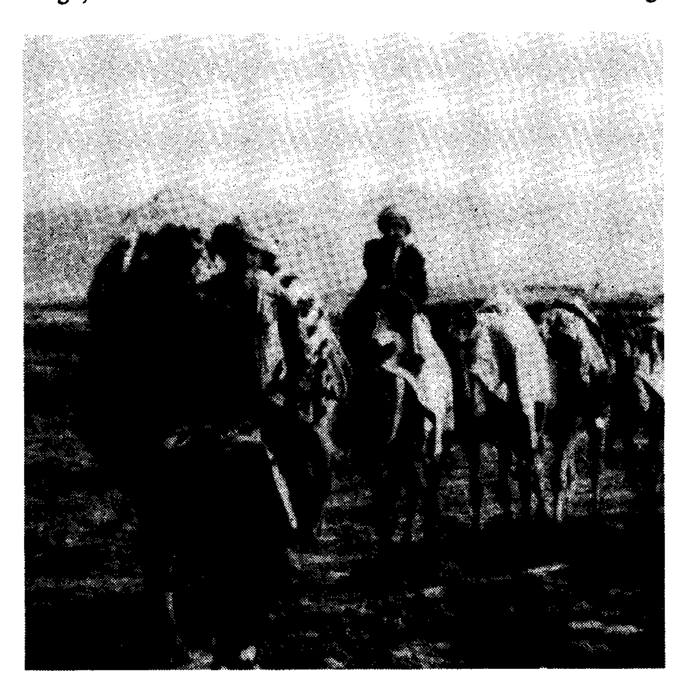
Eine Antwort auf dieses Vorgehen erfolgte kaum sieben Wochen später: Am 21. Februar 1980 erhob sich die Kabuler Bevölkerung und protestierte in einem weitgehend unbewaffneten Aufstand mit Allah-Ist-Groß-Rufen, prozessionsartigen Märschen ins Stadtinnere und Ladenschließungen gegen die Regierung Karmal und die sowjetische Besatzung. Die spontan entstandene, von den Guerilleros außerhalb der Stadt nicht unterstützte Bewegung wurde niedergeschlagen.

Doch als ob nichts geschehen sei, intensivierte die Regierung ihre Propaganda eines gesellschaftlichen Ausgleichs. In diesem Zusammenhang wurde am 20./21. April eine neue, „vorläufige" Verfassung erlassen. Sie versprach feierlich all das, was sich jeder nur wünschen konnte: „Die Regierung wird alle Anstrengungen unternehmen, um den Menschen ein blühendes, glückliches, friedvolles, sicheres und ruhiges Leben zu gewährleisten. Zugleich wird sie alles unternehmen, damit sich der einzelne in jeder Hinsicht entwickeln kann. Sie wird die Rechte, das Eigentum und die Würde der nationalen Gebräuche und Traditionen jedes einzelnen schützen" (Kapitel I, Artikel 2). Selbst die Institution eines Obersten Rates (Loyeh Jergeh), der als höchstes Organ noch über der Partei stehen sollte, war vorgesehen – allerdings sollte dieses Gremium erst dann eingerichtet werden, „wenn die Bedingungen dazu reif" seien (Kapitel IV, Artikel 36).

Der Weg zum entmachteten Zentralstaat

Die Herausgabe dieser Verfassung steht in einer Denktradition, die alle früheren Regierungen ebenfalls beim Erlaß ihrer Verfassungen geleitet hatte: daß durch ein Dekret schon verwirklicht ist, was erst geschaffen werden müßte – nämlich ein moderner National- und Zentralstaat, in welchem die Regierung die Interessen von Staatsbürgern

ausdrückt. In alter autokratischer Manier beanspruchte das Regime in diesem vorläufigen Grundgesetz, „den tatsächlichen Willen und das reale Interesse der Arbeiter, Bauern, Händler, Nomaden, der Intelligenz und anderer Beschäftigter sowie aller demokratischen und patriotischen Kräfte sämtlicher Nationalitäten, Stämme und Clans" zu vertreten. Einen solchen Anspruch haben faktisch alle „modernisierenden" Regierungen der letzten hundert Jahre formuliert – und alle sind damit gescheitert. Denn für die afghanische Bevölkerung sind niemals staatliche Institutionen für gesellschaftliche Organisation und soziale Zuordnung entscheidend gewesen – im Gegenteil: der Staat blieb der Gesellschaft stets fremd und äußerlich. 90% der Bevölkerung lebten und leben auf dem Land als seßhafte Bauern oder Nomaden, und ihr soziales und wirtschaftliches Leben ist in erster Linie durch Verwandschaft, nachbarliche Nähe und Patron-Klientel-Beziehungen bestimmt, nicht aber durch abstrakte staatliche Institutionen. Der Staat hatte zwar allgemeine Aufgaben wie Außenpolitik, Heer- und Kommunikationswesen wahrgenommen, doch dabei die relative Autonomie der bäuerlichen und nomadischen Kollektive kaum berührt. Schon bei der Besteuerung stieß der Staat sehr rasch auf die Grenzen seiner Durchsetzungsmöglichkeit. Wenn er überhaupt direkte Steuern von der Landbevölkerung in einem größeren Ausmaß zu erheben vermochte, so beruhte schon das auf einem labilen Kompromiß mit der traditionellen dörflichen und tribalen Oberschicht – der im übrigen staatliche Eingriffe grundsätzlich eine Bedrohung ihrer traditionellen gesellschaftlichen Position bedeuteten. Auf diese Weise waren die Justiz, teilweise auch das Schulwesen, die Armeefürsorge, öffentliche Arbeiten und ökonomische Umverteilung



weitestgehend die eigene Angelegenheit der Dörfer und Stämme geblieben: da mochten noch so viele Gesetze und Erlasse zur landesweiten Regelung politischer und sozialer Verhältnisse in Kabul deklariert werden – gegenüber der realen Macht der traditionellen ländlichen Hierarchien waren sie nicht mehr wert als das Papier, auf dem sie geschrieben wurden.

An der Spitze dieser ländlichen Hierarchien standen reichere Grund- oder Viehbesitzer, Bazarhändler und Geistliche. Sie stammten häufig aus derselben – weit verzweigten – Familie. Gegenüber staatlichen Ansprüchen trat diese Gruppe als Mittelsmännerschicht auf; innerhalb des Dorfes sorgte sie dafür, daß die sozialen Verhältnisse stabil blieben. Die Bauern waren von dieser Schicht zwar ökonomisch und sozial abhängig und wurden von ihr ausgebeutet, zugleich gewährte sie jedoch Schutz nach außen und trat in Notfällen als Kreditgeber oder bei Streitfällen als Schlichter auf. Auf diese Weise waren und sind dörfliche Oberschicht und abhängige Bauern eng miteinander verbunden: die Oberschicht bedarf der Bauern als Anhänger zur Stärkung ihrer politischen und ökonomischen Stellung (im 20. Jahrhundert vor allem gegenüber dem Staat), während umgekehrt die Bauern zum Überleben im Dorf auf materielle und immaterielle Hilfs- und Umverteilungsleistungen der Oberschicht angewiesen sind.

Eine solche Gesellschaft kommt im Prinzip ohne Staat aus – oder anders: ein schwacher Zentralstaat und relativ autonome Dörfer bzw. Nomadenstämme sind die zwei Seiten derselben Medaille. Anders allerdings sahen die Verhältnisse in der Zentrale selbst aus: dort konzentrierten sich die politischen und intellektuellen Ressourcen des Landes, dort griff die staatliche Macht wirklich in das Leben der Bevölkerung ein und dort auch vollzog sich die Konkurrenz um staatliche Herrschaft. Die Verfassungen und Gesetze früherer Regierungen, die in der Regel für die Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt mehr oder weniger belanglos blieben, waren immerhin ein Ausdruck konkurrierender Interessen innerhalb der politischen und intellektuellen Elite Kabuls gewesen. Die vorläufige Verfassung der Regierung Karmal von 1980 war nicht einmal das. Sie war nun tatsächlich in ein völliges Legitimationsvakuum hineingeschrieben, da die Präsenz sowjetischer Truppen und Berater damals schon die ausschließliche Basis der Regierungsmacht darstellte.

Dazu kam, daß Karmal seinen Rückhalt bei seinen wenigen noch verbliebenen Anhängern immer mehr verlor. Denn durch den Einmarsch der Sowjets verbreiterte sich selbst unter den bislang loyalen Teilen der Partei, der Verwaltung und der Armee allmählich die Einsicht, daß der Feind im Kampf um die „nationale Sache" nicht mehr in erster Linie die Guerilla war. Für viele Angehörige von Partei und Armee bedeutete der sowjetische Einmarsch das Ende des für sie originären „neuen Modells einer Revolution" von 1978. Die sowieso schon bestehenden Fraktionierungen innerhalb der Partei verschärften sich. Da aber die Unzufriedenen aufgrund ihrer Beteiligung an der blutigen Politik der Regierungen Taraki und Amin nicht einfach die Seite wechseln konnten, schlug ihre Ausweglosigkeit in blanken Haß um: immer wieder kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Fraktionen der Partei und der Armee.

Außerdem wurden die noch bestehenden Partei- und Armeekader durch eine Änderung der Taktik des Widerstandes zutiefst verunsichert und von gegenseitigem Mißtrauen erfüllt: ab 1981 wurden alle potentiellen Regimegegner von den Widerstandsgruppen nicht länger zur Desertion aufgerufen, sondern ermuntert, als Informanten in ihren Positionen zu bleiben. Für den Widerstand erwies sich diese Taktik als sehr erfolgreich: Angriffspläne der afghanischen Armee werden rechtzeitig bekannt, zwischen einzelnen Armeeposten und Widerstandsgruppen werden regelrechte „Nichtangriffspakte" geschlossen, Bedrohte können vor Verhaftungen rechtzeitig gewarnt und politische Häftlinge immer wieder aus den Gefängnissen befreit werden. Das hatte nicht nur eine Paralyse der afghanischen Verwaltung zur Folge, da nun kein Regierungsfunktionär dem anderen mehr über den Weg trauen kann, sondern auch eine nachhaltige Verschlechterung des Verhältnisses der Sowjets zu ihren afghanischen Verbündeten, denen sie nun insgesamt nicht mehr trauen dürfen.

Die afghanische Regierung: Legitimationsfassade ohne Inhalt

Die sowjetischen Berater reagierten auf diese Entwicklung fast lautlos, aber effektiv. 1981 und 1982 veränderten sie die Regierungspolitik Afghanistans nachhaltig. Alle wesentlichen Kompetenzen wurden von den sowjetischen Beratern in eigene Regie übernommen; politische Maßnahmen werden nicht mehr mit den afghanischen Regierungsstellen gemeinsam erarbeitet, sondern einfach diktiert; die Zahl der Berater nahm sprunghaft zu, und der Verwaltungs- und Repressionsapparat wurde zunehmend militärischen Erfordernissen unterstellt: Mobilisierung aller vorhandenen Reserven, Kontrolle der Waffenarsenale der afghanischen Armee, Aufbau eines effektiveren und finanziell besser ausgestatteten Spitzel- und Geheimdienstes, Säuberung aller öffentlichen Institutionen wie Behörden, Schulen und Universitäten, Rasterung der Städte nach Gesichtspunkten der Aufstandsbekämpfung.
Dieses ganze Maßnahmenbündel macht die afghanische Regierung im Prinzip überflüssig. Karmal und sein Regime sind faktisch entmachtet. Das einzige, wozu sie noch gebraucht werden, ist die Aufrechterhaltung einer Legitimationsfassade, vor allem gegenüber dem Ausland. Gegenüber der Situation im Inland geben die Maßnahmen und Erklärungen der afghanischen Regierung ein Bild völliger Hilflosigkeit ab. Der gemeinsame Nenner aller Appelle und Gesetze des Regimes ist zwar immer noch der Versuch, einen nationalen Ausgleich zu finden, nur nimmt diese Bemühung angesichts der realen Konfrontation mit der Zeit fast surreale Züge an. Von den ursprünglichen Intentionen der 78er-Revolution ist buchstäblich nichts übrig geblieben. Vor allem das Landreform-Gesetz, das Herzstück der beabsichtigten sozialen Veränderung, wurde am 15. August 1981 durch eine „Ergänzungsbestimmung" sang- und klanglos annuliert. In diesem Ergänzungsgesetz werden durch elf Artikel die früheren Landreformmaßnahmen schlicht in Verordnungen zur Privilegierung von Anhängern der Regierung und neu zu gewinnende Sympathisanten umgewandelt. Land von religiösen Stiftungen und Geistlichen bleibt jetzt in deren Besitz (art. 2 und 3); regierungsloyale Stammesführer können ihr Land in jeder beliebigen Größenordnung behalten (Art. 4); Landeigentümer, die als Offiziere in der Armee dienen, brauchen um ihren Besitz nicht zu fürchten (Art. 5); enteignet wird grundsätzlich nur, wer die Regierung aktiv bekämpft.

Das ist der banale Schlußstrich unter ein Experiment, das eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse herbeiführen sollte und dessen Mißlingen zu dem heutigen Desaster geführt hat. Wenn deshalb heute noch regierungsoffizielle afghanische Stellen hier und da das Spektakel einer Bodenverteilung inszenieren und von der Fortführung der Landreform sprechen, dann handelt es sich ausschließlich um die Neuverteilung des Landes geflüchteter Regimegegner an Sympathisanten der Regierung.

Das Dilemma, in das Karmal und die Seinen geraten sind, ist in der afghanischen Geschichte nicht neu – und jeder im Land kennt diese Geschichte: 1838/39 hatten die Briten geglaubt, Afghanistan militärisch besetzen und das Land durch den Import eines früher exilierten Königs – Shah Shoja' – politisch unter Kontrolle bringen zu können. Für diesen Versuch zahlten die Briten mit einer der bittersten militärischen Niederlagen ihrer Kolonialgeschichte. Der Marionettenkönig Shah Shoja' wurde für seine Kollaboration von einem Mojahedin umgebracht. Als er schon im Sterben lag, soll er seinen Mörder gefragt haben, was denn seine Schuld gewesen sei, und der – so will es die Überlieferung – habe ihm geantwortet: „Deine Schuld ist dein Verrat am Volk und am Islam sowie deine Zusammenarbeit mit den Ungläubigen". (2)

Geschichtliche Ereignisse, schreibt Marx, ereignen sich zweimal: das eine Mal als Tragödie, das andere Mal als Farce. Im Falle Babrak Karmals wiederholt sich die Geschichte bislang tatsächlich nur als Farce, für die afghanische Bevölkerung jedoch wiederholt sie sich längst schon als Tragödie.



Bazar von Bamiyar, Februar 1979

WIDERSTAND ALS LERNPROZESS

Der entstehende landesweite und alle Schichten der Bevölkerung umfassende Widerstand war in erster Linie die Folge der mit Gewalt durchgesetzten Reformpolitik der Regierung Taraki. Sie war am 27. April 1978 durch einen Militärputsch an die Macht gelangt, hatte die „korrupte" Regierung Daud blutig beseitigt und ein Programm sozialen Wandels vorgestellt, das durchaus vernünftige Reformansätze enthielt: Modernisierung des Bildungswesens, Ausbau des Rechtssystems, Justizreform, Veränderung der Landbesitzverhältnisse etc. Aber der Versuch der Regierung, im ersten Halbjahr 1979 die Landreform in die Praxis umzusetzen, führte zum Widerstand von Bauern. Seine wirkliche Dynamik erhielt der Widerstand allerdings erst durch die brutale Reaktion der Regierung. In maßloser Selbstüberschätzung ihrer „historisch objektiven Rolle" ging sie auf allen Ebenen mit Gewalt gegen tatsächliche und vermeintliche Gegner vor. Der überwiegend bäuerliche Widerstand gegen die Regierungspolitik wurde von der traditionell dörflichen Oberschicht angeführt und von der abhängigen Bauernschaft unterstützt. Schlecht bewaffnet, ohne übergreifendes Konzept und taktisches Geschick, borniert-tapfer und lediglich legitimiert durch die Empörung gegen eine Regierung, die sich mit Gewalt anmaßte, in ihre traditionellen Verhältnisse einzudringen, richtete sich der ganz ursprüngliche Haß der Bauern gegen jeden nur greifbaren Regierungsvertreter.
Als solcher Widerstand begann, waren sich seine Träger weder der sozialen Dimension ihres Kampfes noch der Komplexität ihres Gegners bewußt. Das Ziel des Widerstands war erst einmal nur die Bewahrung der relativen Autonomie des einzelnen dörflichen Kollektivs. Auch wenn die Guerilla vor allem in den drei Jahren seit dem sowjetischen Einmarsch bedeutende Lernschritte im Hinblick auf eine Vereinheitlichung des Kampfes aufweisen kann, so schleppt sie heute immer noch das Erbe der Tradition mit sich herum: sie verfügt über keine vereinheitlichende Ideologie; die traditionelle Rivalität zwischen Stämmen, Regionen und Dörfern ist immer noch vorhanden; Führungsaufgaben werden häufig noch von alten Autoritäten wahrgenommen; es herrscht vielfach Unklarheit über die Natur des zu bekämpfenden Gegners und die internationale Tragweite der Auseinandersetzung.

Aufgrund dieser offensichtlichen Defizite wird in der westlichen Berichterstattung oft die Unfähigkeit der Afghanen konstatiert, sich zusammenzuschließen. Bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Widerstandsgruppen werden als Zeichen eines Hangs zur Selbstzerfleischung gewertet. Als tragende Ideologien des Widerstandes erscheinen Islam und afghanischer Nationalismus. Der individuelle Mut, die Todesverachtung der Mojahedin wird registriert, letztlich aber als Ausdruck einer Psychologie der „Anarchie" gesehen. Solche Bewertungen decken sich teilweise wörtlich mit den Einschätzungen der Briten im 19. Jahrhundert, die erklären mußten, warum die britische Politik in Afghanistan militärisch so erfolglos verlief. Diese Analyse von englischen Reisenden, Militärs, Abenteurern und Journalisten treffen sicherlich damals wie heute zu – vorausgesetzt man legt ihnen ein westliches Verständnis von Rationalität zugrunde. Werden die gesellschaftlichen Gegebenheiten, aus denen der Widerstand damals wie heute entstand, jedoch im Kontext der Afghanistan prägenden Gesellschaftsverhältnisse betrachtet, dann verändert sich die Einschätzung eines solchen Widerstandes doch ganz erheblich.
Bis heute werden die gesellschaftlichen Verhältnisse weitgehend durch kleinräumige hierarchische Kollektive bestimmt, die auf Dorf- oder Stammesebene in Verwandschaft und Klientelbildung wurzeln. Solche unterhalb der staatlichen Herrschaftsebene weitgehend autonom funktionierenden Kollektive sind kaum entlang ökonomischer Klassenlinien organisiert, sondern von klassenübergreifenden Patron-Klientelbeziehungen bestimmt. Innerhalb einer solchen Beziehung bestehen zwar Ausbeutung und greifbarer politischer Zwang, doch ist die ausbeutende Oberschicht gleichzeitig verpflichtet, ihrem abhängigen Klien-



tel Schutz – im 20. Jahrhundert vor allem gegen Eingriffe des Staates – und auch finanzielle Mittel zum Überleben zu gewähren. Daß solche sozialen Organisationsformen bis heute die Struktur der afghanischen Gesellschaft ausmachen, resultiert zum einen aus dem steten Fehlen finanzieller Mittel des Staates, die es ermöglicht hätten, eine wirksame Kontrolle bis hinunter auf die Ebene der Dörfer durchzusetzen, und zum anderen aus der politischen Unfähigkeit der Regierungen im 20. Jahrhundert, angemessene Reformen landesweit zu verwirklichen. Im Prinzip begnügte sich die Regierung damit, immer neue Reformvorstellungen zu propagieren (Gesetze, Fünf- oder Siebenjahrespläne, Modernisierungsinitiativen), wobei aber ein Großteil der Gesellschaft (90-95%) fast unbeeinflußt und unbedrängt von die-

sen Maßnahmen blieb. Was das in der Praxis hieß, läßt sich beispielsweise an den euphorischen Berichten der Beatniks und Hippies der sechziger und siebziger Jahre ablesen, die in Afghanistan ihren Traum vom repressionsfreien Leben noch am ehesten glaubten verwirklichen zu können oder auch an den resignierenden Resumees westlicher Entwicklungsexperten.
Reformen in einer solchen Gesellschaft durchzusetzen hätte bedeutet, die traditionelle Vernetzung jener bäuerlichen und nomadischen Kollektive entweder aufzubrechen oder diese Kollektive in ihrer Gesamtheit zu Medien angemessener Reformen zu machen. Doch angesichts der herrschenden, durch die Entwicklungspolitik importierten Vorstellungen von Modernisierung, Industrialisierung und Fortschritt nach westlich-östlichem Muster galt das ländliche, „traditionelle" Afghanistan sowieso nur als weitläufiger Hinterhof, den zu betreten politisch nicht ratsam war und den zu renovieren bloß auf Kosten der Kabuler Fassade gegangen wäre.

Der Widerstand gegen die aufgezwungene Landreform

Erst die Regierung Taraki versuchte 1978/79 – im Gegensatz zu allen ihren Vorgängerinnen – wirklich in die dörflichen Verhältnisse einzugreifen, und sei es nur deshalb, um ihre schwache städtische Basis durch die Gewinnung der ländlichen Bevölkerung zu kompensieren. Das Kernstück ihrer Sozialmaßnahmen war denn auch die Landreform. Dabei sollten durch eine Begrenzung der Besitzgrößen die „Feudalherren" enteignet und die abhängigen Bauern und Pächter zu Kleineignern gemacht werden. Ein staatliches Begleitprogramm sollte den neuen Kleineignern die notwendige Starthilfe für einen schuldenfreien Betrieb gewähren. Doch genau dafür fehlten die Mittel, so daß zwar die Eigentumsbeziehungen, aber nicht die sozialen Abhängigkeitsbeziehungen (Verschuldung beim Grundherrn und im Bazar) reformiert wurden. Dazu kam die psychologisch so ungeschickte Diffamierung der traditionellen Autoritäten, auf die die Bauern ja immer noch angewiesen waren, als „Blutsauger" und „Verbrecher am Volk". Zu allem Überfluß wurde schon der geringste Widerstand gegen die ersten Reformschritte von der Regierung mit Gewalt beantwortet. Damit sahen sich die Bauern durch den staatlichen Eingriff gleich von zwei Seiten bedroht: zum einen wurden sie gezwungen, eine Reform zu akzeptieren, die sie zwar aus den alten Abhängigkeitsbeziehungen gelöst, damit aber auch aus den hergebrachten sozialen Sicherungssystemen herauskatapultiert und sie folglich ruiniert hätte; zum andern drohte ihnen, wenn sie nicht sehenden Auges in diesen Ruin hineingeraten wollten und sie folglich die Reform mit welchen Mitteln auch immer ablehnten, der Ruin durch die Repressionsorgane der Regierung. Als Ausweg blieb da tatsächlich nur der bewaffnete Widerstand.
Sich bewaffnet gegen die Staatsmacht zur Wehr zu setzen fiel um so leichter, als das traditionelle Normsystem individuelle Gewalt zur Verteidigung des eigenen Lebensbereichs nicht nur legitimiert, sondern in vielen Fällen sogar fordert: Gewalt gegen Eingriffe in die Integrität der Familie (Blutrache), Gewalt gegen Eingriffe in den Besitz (Verstoß gegen die Gebote des Koran), Gewalt gegen Eingriffe in die Autonomie des dörflichen Kollektivs bzw. gegen dessen Autoritäten, das Symbol des dörflichen oder tribunalen Zusammenhalts. Ein solches Rechtsbewußtsein ist zwar unter den verschiedenen Volksgruppen des Landes unterschiedlich stark ausgeprägt; doch ist es typisch, daß für



den einzelnen überall und immer die Bereitschaft und auch die Notwendigkeit bestand, im gegebenen Fall sein Recht auch mit Gewalt durchzusetzen. Das ist die Wurzel des stets wieder (auch von den Afghanen selbst) betonten „Mutes". Solcher Mut – und die Bedrohung der herkömmlichen Ordnung der dörflich-tribunalen Kollektive durch einen äußeren Feind, nämlich den Staat – war die psychologisch-politische Grundlage des anfänglichen Widerstands. Und nichts belegt besser die tiefe Verankerung solcher Vorstellungen in der Bevölkerung als die Tatsache, daß der Widerstand sehr rasch das ganze Land erfaßte, obwohl es am Beginn keinerlei übergreifende Organisationen gab.
Als mit dem sowjetischen Einmarsch den Mojahedin ein zusätzlicher Gegner gegenüberstand, erhielt das ursprüngliche Motiv des Kampfes eine neue Dimension. Jetzt ging es gegen einen für alle erkennbaren äußeren Feind – die „Ungläubigen". Zum alten Motiv des antizentralistischen Widerstands, der in der Regel von jedem Kollektiv einzeln getragen werden konnte, kam jetzt die Idee eines nationalen Befreiungskampfes, die die Vereinheitlichung aller Kräfte forderte. In der Realität hat diese Idee erst einmal nur den Charakter eines Appells. Denn bestimmend für die Struktur des Widerstands sind nach wie vor seine kleinräumige Organisation, seine Beschränkung auf den eigenen, lokalen Horizont und seine Zersplitterung. Das ist seine Stärke ebenso wie seine Schwäche. Es gibt keine Zentrale, die vom Gegner unterwandert oder aufgerieben werden könnte – und bis zur sowjetischen Invasion hat diese Form des Widerstands ja durchaus genügt, um das Kabuler Regime an den Rand des Zusammenbruchs zu treiben. Aber um auf einen „modernen" Gegner wie die Sowjetunion angemessen zu reagieren, wäre im Prinzip paradoxerweise gerade all das zu leisten, was 80 Jahre staatlicher Reformpolitik nicht geschafft haben: die Herausbildung technisch qualifizierter

Kader auf dem Land; allgemeine Alphabetisierung; die Schaffung eines politischen Bewußtseins, das über das Dorf und den Stamm hinausgeht; die Einbeziehung der Frauen in die politischen und sozialen Entwicklungen; die Überwindung der traditionellen Feindschaften zwischen Dörfern, Stämmen, Regionen und Volksgruppen; die Einsicht, daß eine Veränderung gesellschaftlicher Organisationsformen notwendig ist.
Daß sich durch den Widerstand Änderungen in diese Richtung durch schmerzhafte und langsame Lernprozesse zu vollziehen beginnen, dafür sorgt der Zwang zum Überleben angesichts der modernen militärischen und logistischen Mittel des jetzt zu bekämpfenden Gegners. Natürlich ist der Widerstand noch weit davon entfernt, den Erfordernissen im Kampf mit der Invasionsarmee so zu entsprechen, daß er die Auseinandersetzung aus der gegenwärtigen Patt-Situation zu seinen Gunsten herausführen könnte. Daß diese Patt-Situation jedoch überhaupt hergestellt werden konnte, war allerdings schon eine beeindruckende Leistung, und es gibt gute Gründe, warum dies möglich war. Es ist den zersplittert operierenden Guerilla-Gruppen gelungen, sich auf den bislang noch weitgehend konventionell kämpfenden Gegner einzustellen, der über eine absolute Luftüberlegenheit verfügt, dessen Nachschublinien allerdings äußerst verwundbar geblieben sind; die Widerstandskämpfer haben gelernt, mit modernen Kriegsmitteln umzugehen – mit panzerbrechenden Waffen, mit Minen, mit Schnellfeuer- und schweren Maschinengewehren sowie mit Handgranaten: sie waren imstande, ihr Informationssystem auszubauen, die wichtigsten Nachschublinien für Waffen und Lebensmittel zu sichern, und vor allem gelang es, sogenannte „befreite Gebiete" und „nicht besetzte Gebiete" zu etablieren, die heute rund 90% des Territoriums (aber natürlich nicht der Bevölkerung) umfassen und in denen eine vom Staat völlig unabhängige eigene Infrastruktur (Verwaltung, Schulwesen, Versorgung) errichtet wird.



Von vereinzelten Bauernaufständen zum nationalen Widerstand

Das zentrale Problem des Widerstands – und seiner erfolgreichen Weiterführung – ist heute sicher seine Vereinheitlichung. Doch eine solche Vereinheitlichung kann realistischerweise nicht heißen, daß sämtliche Gruppen unter einem Oberkommando zusammengeschlossen werden. Vielmehr muß es um eine Aufhebung alter Konflikte, Feindbilder und Spannungen gehen, die in Auseinandersetzungen zwischen einzelnen Widerstandsgruppen zum Teil immer noch mit Waffengewalt ausgetragen werden. Das bezieht sich auf großräumige Gegensätze zwischen einzelnen Volksgruppen, bei denen häufig auch verschiedenartige islamische Bekenntnisse eine Rolle spielen, sowie auf traditionelle Feindschaften zwischen Dörfern oder Stämmen innerhalb einer Region. Die Beseitigung solcher Konflikte kann nicht allein über einen intellektuellen Aufklärungsprozeß erfolgen, sondern sie entspringt unmittelbar den neuen Anforderungen der bewaffneten Auseinandersetzung: früher waren die ethnischen Spannungen durch die traditionellen politischen Führer – Stammeschefs, Dorfobere, religiöse Autoritäten – aktualisiert oder durch labile Arrangements auf Führungsebene kurzfristig stillgestellt worden. Mit einem solchen Verständnis von Politik agieren auch heute noch die meisten Anführer von Widerstandsgruppen. Doch in der Konfrontation mit dem hochgerüsteten Gegner werden neue, vorerst vor allem technische und strategische Qualifikationen benötigt, über die die meisten alten Autoritäten häufig nicht verfügen. Unter dem Zwang der Umstände ist da auch ein Angehöriger einer anderen Volksgruppe, einer anderen Region oder eines anderen Stammes – beispielsweise ein geflüchteter Armeetechniker oder ein mit den landesweiten Verhältnissen vertrauter Händler – in Führungspositionen willkommen. Das alles ist erst einmal nur eine Lernchance, die wenig mit den ideologisch aufgebauschten Konflikten jener Gruppen zu tun hat, die vom pakistanischen Exil aus Führungsansprüche geltend machen.
Ein gutes Beispiel für die Schwierigkeiten und die Erfolgsaussichten solcher Lernprozesse ist die zentralafghanische Provinz Hazarajat. Die Hazara sind eine traditionell diskriminierte und von Entwicklungsprogrammen der Regierung stets besonders vernachlässigte Ethnie, die zu allem Überfluß noch der minoritären schi'itischen und nicht der sunnitischen Richtung des Islam anhängt. Ihre heute völlig befreite Region ist zu einem wichtigen Rückzugsgebiet des Widerstands und zum Fluchtort vieler Hazaras geworden, die früher in Kabul gelebt hatten. Allein in dieser Provinz gibt es 25-30 namenlos agierende Gruppen, die unter eigenen Kommandanten bestimmte Subregionen beherrschen. Daneben gibt es sieben Gruppen, die sich selbst einen Namen gegeben haben. Bezeichnenderweise scheiterte der schon früh erfolgte Versuch, alle im Hazarajat operierenden Widerstandsgruppen unter einer gemeinsamen Dachorganisation – einem „Rat" (Shoura) – zusammenzuschließen: der von allen Gruppen

gewählte Vorsitzende des Rates, Beheshti, nutzte seine Position zur Gründung einer eigenen Widerstandsgruppe, die unter dem Namen des Rates firmiert.
Ähnlich wie im Hazarajat sieht es in anderen Provinzen aus. Auch dort wurde immer wieder versucht, den Widerstand durch Koalitionen auf Führungsebene zu vereinheitlichen. So gab es etwa Mitte 1980 Ansätze, im pakistanischen Peshawar im Rahmen des traditionellen „Großen Rates" (Loyeh Jergeh) eine gemeinsame Aktionsplattform aller afghanischer Widerstandsgruppen zu begründen – vergebens. Politische und psychologische Differenzen erwiesen sich als stärker als die Einsicht in die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes gegen die sowjetischen Besatzer. Solche Differenzen schließen freilich konzertierte Aktionen verschiedener Gruppen nicht aus, vor allem wenn es um die Abwehr von Großoffensiven der Sowjets geht – so etwa im Kampf um das Panjirtal nördlich von Kabul im Jahre 1982.

BILANZ

Sicherlich hat die sowjetische Invasion ein starkes Motiv für die Vereinheitlichung des Widerstands geliefert – nämlich die Idee des „Heiligen Kriegs" der moslemischen Gemeinschaft gegen die „ungläubigen" Aggressoren. Doch wie die bisherige Entwicklung zeigte, reicht dieses religiös-politische Motiv für eine langfristige Vereinheitlichung des Kampfes nicht aus. Der Widerstand ist in diesem Sinn auch nicht ein in erster Linie „islamischer" Widerstand, sondern der Islam ist lediglich ein ideologisches Angebot, um bestehende ethnische und politische Spannungen innerhalb des Widerstands auszugleichen. Zentral sind vielmehr die Erfahrungen und Erkenntnisse, die sich „unten", bei den einfachen Bauern, durchzusetzen beginnen: daß es nicht mehr allein um ihr Dorf geht, sondern um die Region oder um das ganze Land; daß Autoritäten sich durch Leistung ausweisen müssen und nicht durch familiäre Abkunft und Tradition; daß die Last, die der Widerstand den Menschen aufbürdet, von allen gleichermaßen getragen werden muß; daß nicht das eigene ethnische oder tribale Kollektiv, sondern die Afghanen als Nation diesen Kampf bestehen müssen. Hier zeichnet sich ein zwar unendlich langsamer, aber immerhin voranschreitender Prozeß der politischen Emanzipation ab – den die Regierung seit 1978 mit Gewalt und erfolglos gegen die Menschen durchzusetzen versuchte, der sich aber jetzt genau gegen die Regierung zu entfalten beginnt. Bemühungen, einen solchen Prozeß von „oben" aufzuzwingen – sei es durch die Regierung, sei es durch den Führungsanspruch einzelner Widerstandsgruppen –, dürften kaum Aussicht auf Erfolg haben. Vereinheitlichung des Widerstands kann unter diesen Bedingungen nicht Zentralisierung heißen, sondern gemeinsames Handeln unter Anerkennung bestehender politischer, ethnischer und kultureller Vielfalt.



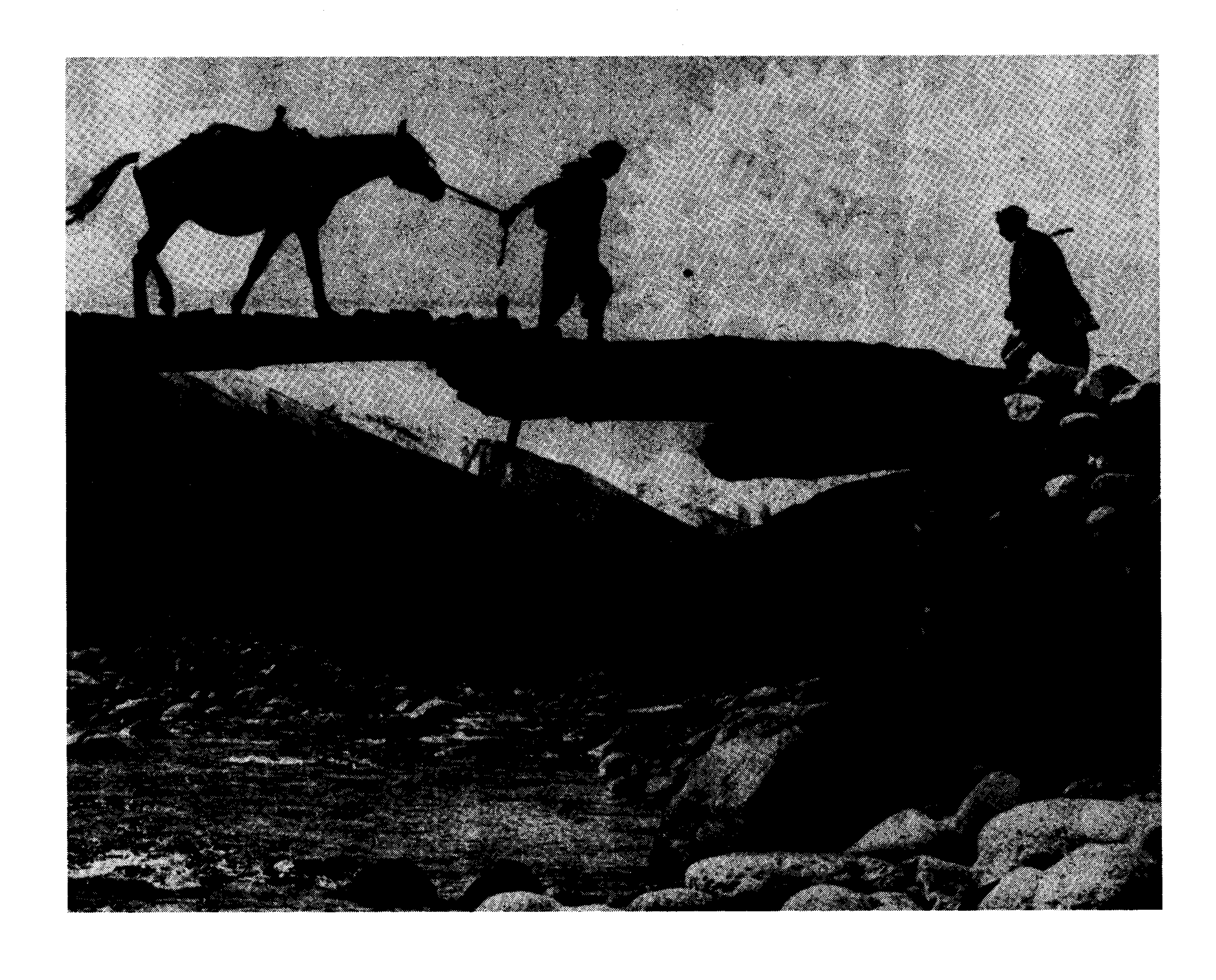
Solche Einsichten gewinnen unter politischen Führern von Widerstandsgruppen – nach vier Jahren Krieg und heftiger interner Konflikte – an Boden. Das hat auch Folgen für die Perspektiven eines zukünftigen Staats Afghanistan nach der Befreiung. So wie im Widerstand die Einheit nur in der gegenseitigen Anerkennung der Vielfalt bestehen kann, vermag ein befreites Afghanistan nur als föderativer Bundesstaat und nicht als Zentralstaat nach traditionellem Muster zu bestehen. Unter einem solchen Gesichtspunkt erhält die blutige Auseinandersetzung mit der UdSSR auch positive Elemente: sie ermöglicht und erzwingt einen Lernprozeß unter den Afghanen, der die traditionellen Verhältnisse aufzusprengen beginnt.
Einer der Guerilla-Führer, der eine solche Entwicklung sieht und aktiv fördert, ist der etwa vierzigjährige Lehrer Khazan Gol. Er ist der Kommandant einer kleinen örtlichen Widerstandsgruppe in der Provinz Paktia südöstlich von Kabul. Nach der Einsetzung der Regierung Karmal im Gefolge der sowjetischen Invasion wurde er aus dem Gefängnis entlassen und entschloß sich trotzdem sofort, zurück in sein Dorf und in den Widerstand zu gehen. Als Lehrer war er in seinem durch und durch traditionellen Heimatgebiet anfangs keineswegs willkommen. Doch durch seine organisatorischen und technischen Fähigkeiten gewann er das Vertrauen der Bevölkerung und der kämpfenden Männer. Er repräsentiert den „modernen" Kader des innerafghanischen Widerstands. In einem am 12. Dezember 1982 geführten Interview äußerte er sich unter anderem zu dem heute im Widerstand vor sich gehenden Wandel:
„Die Zersplitterung (des Widerstands) ist kein afghanisches Problem, sondern ein Problem für die Ausländer. Die Ausländer haben Sorge, weil wir zersplittert sind. So etwas kennen sie nicht. Bei uns sind die naturräumlichen Verhältnisse anders als im Ausland – Afghanistan ist ein gebirgiges Land, es gibt keine Straßen, die den einen Stamm mit dem anderen verbinden. Das begünstigt ein individuelles Leben. Jeder Stamm hat entsprechend seine eigenen Sitten, seine eigene Sprache und Kultur. Zugleich gibt es mehrere Nationalitäten. Wir sind nie eine Nation gewesen – gezwungenermaßen wurden wir von der Königsfamilie oder vom Ausland zu einer Nation gemacht. Aber immer haben wir getrennt voneinander gelebt. Ja, zwischen den einzelnen Stämmen und Nationalitäten bestanden sogar Feindschaften. Es sind diese Bedingungen des Landes, die verhinderten, daß sich ein politisch-gesellschaftliches Bewußtsein entwickelte.

Nie gab es eine politische Partei und nie wurde politisch gearbeitet – Politik war etwas Schmutziges. So wußten viele Leute überhaupt nicht, daß der König entmachtet wurde und Daud an die Macht gelangte (1973). Da die Regierung nie etwas tat, waren die Leute auch nicht über sie informiert – das betrifft natürlich die Leute auf dem Land, nicht die in den Städten. .....
Die Leute haben für sich selbst gelebt und selbst regiert. Die Ausländer verlangen jetzt von uns, daß wir uns politisch einigen. Doch das geht einfach nicht. Wir sind rückständig und zurückgeblieben. Keiner kann verlangen, daß wir uns in vier Jahren plötzlich einigen. Wir müssen uns jetzt ganz neu politisieren und ein politisch-gesellschaftliches Bewußtsein entwickeln. Jetzt werden wir zu einer Nation, die wir vorher nicht waren. Durch die russische Invasion haben wir jetzt eine gemeinsame Arbeit. Wir haben einen gemeinsamen Feind, und wir kämpfen gemeinsam. Bisher hatten wir niemals eine gemeinsame Arbeit, und da wir keine gemeinsame Arbeit hatten – wie sollten wir uns kennenlernen? Die gemeinsame Arbeit ist der Freiheitskampf; dabei lernen wir einander kennen und bilden gemeinsam eine Nation. .....
Ich glaube, daß es sich hierbei um einen ganz normalen Prozeß handelt. In anderen Ländern dauerte er sehr lange, bei uns weniger lang. Unter normalen Bedingungen hätten wir vielleicht 100 Jahre gebraucht, aber jetzt vielleicht 10 oder 20 Jahre. Deshalb ist es auch keineswegs negativ, wenn in jeder Region gesondert gearbeitet wird. In jedem Gebiet kann sich eine eigene starke Bewegung herausbilden, mit aufrichtigen und wahren Führern. Diese Führung kann mit den Leuten sprechen – seien es nun wenige oder viele – und sie kann sicher sein, daß die Leute auch hinter ihr stehen."

Jan-Heeren Grevemeyer

ANMERKUNGEN

1) Das Zitat entstammt einer Publikation der afghanischen Regierung mit dem Titel „Facts about the undeclared war in Afghanistan", Kabul 1982.
2) Die Zitate zur Ermordung Shah Shoja's entstammen der Publikation „Afghanestan dar qarn-e nunzdah" (Afghanistan im 19. Jahrhundert) des afghanischen Historikers Sayyed Qazem Reshtia, Kabul 1967.
In den Aufsatz sind Informationen eingeflossen, die ich selbst im Zuge längerer Forschungsaufenthalte im Lande gewonnen habe oder die aus Gesprächen und Briefkontakten mit Afghanen stammen. Eine ausführliche Darstellung des traditionellen dörflichen Sozialsystems findet sich in meinem Aufsatz „Afghanistan: Das 'Neue Modell einer Revolution' und der dörfliche Widerstand", in: Greussing/Grevemeyer (Red.): Revolution in Iran und Afghanistan, Frankfurt 1980, 140-176, sowie in meiner Monographie „Herrschaft, Raub und Gegenseitigkeit: Die politische Geschichte Badakhshans 1500-1883", Wiesbaden 1982. Informationen zur sowjetischen Afghanistan-Politik stammen aus der Tagespresse und aus Erklärungen der Regierungen der UdSSR sowie Afghanistans.



Die zweite Sitzung des 'Ständigen Tribunals der Völker' zu Afghanistan

Die Sowjetunion auf die Anklagebank

Das 'Ständige Tribunal der Völker'

Vom 16.–20. Dezember 1982 traf sich die Jury des 'Ständigen Tribunals der Völker' zu seiner insgesamt 9. Sitzung in Paris. Das Thema war wie bereits im Mai 1981 Afghanistan. Das 'Ständige Tribunal der Völker' ist eine Tochter des Russell-Tribunals. Nach der zweiten Sitzung des Russell-Tribunals zur Situation der Menschenrechte in Südamerika planten französische und italienische Schriftsteller, Juristen, Wissenschaftler und Politiker, insbesondere Mitglieder der sozialistischen Parteien, ein Tribunal über aktuelle schwere Menschenrechtsverletzungen als ständige Einrichtung zu konstituieren.

Die organisatorischen und inhaltlichen Vorbereitungen nahmen fast zwei Jahre in Anspruch und am 24. Juni 1979 fand in Bologna/Italien die offizielle Gründungsversammlung statt. Im November des gleichen Jahres tagte in Brüssel die Jury zum ersten Mal. Das Thema war die Situation in der marokkanisch-besetzten Westsahara. Es folgten Sitzungen über Argentinien (Mai 1980, Genf), Eritrea (Mai 1980, Mailand), Philippinen (Oktober/November 1980, Antwerpen), El Salvador (Februar 1981, Mexico), Afghanistan (Mai 1981, Stockholm), Osttimor (Juni 1981, Lissabon) und Zaire (September 1982, Rotterdam). Nach der Dezembersitzung über Afghanistan stehen folgende Themen auf dem Programm: Guatemala, Korea, Haiti, Palästina und Polen. Das Tribunal, dessen Sitz in Rom ist, wird häufig auch nach einem seiner Gründer, dem italienischen Sozialisten Basso, Lelio-Basso-Tribunal genannt.

In der bundesdeutschen Öffentlichkeit ist das 'Ständige Tribunal der Völker' kaum bekannt. Die Sitzungen werden von den Medien weitgehend totgeschwiegen und auch für die in der '3. Welt'- oder Friedensbewegung engagierten Gruppen scheint das 'Ständige Tribunal der Völker' im – im Gegensatz zum Russell-Tribunal – nicht sehr attraktiv. Das liegt nicht zuletzt an den aufgegriffenen Themen, die für die Medien als 'links' tabuisiert sind und für viele Solidaritätsgruppen abseits der gerade aktuellen weltrevolutionären Favoriten liegen. Das Eintreten für Eritrea und Afghanistan dokumentiert die für die Glaubwürdigkeit des Tribunals unverzichtbare Neutralität und Offenheit gegenüber Menschen- und Völkerrechtsverletzungen aller ideologischen Lager. Dieses Engagement ist offensichtlich auch den rechten Medien ein Dorn im Auge, denn dadurch fällt es ihnen schwer, das Tribunal als 'von Moskau gesteuert' zu diffamieren und sich der inhaltlichen Auseinandersetzung zu entziehen.

Zeitungen wie zum Beispiel die 'Welt', die normalerweise keine Gelegenheit auslassen, über Afghanistan zu berichten, schwiegen sich beharrlich aus und als ein Mitarbeiter der 'Gesellschaft für bedrohte Völker' den verantwortlichen Redakteur der 'Welt' auf das Tribunal aufmerksam machen wollte, war seine erste Frage: „Sind das nicht die Kommunisten?" Ebensowenig kann es Zufall sein, daß zu den Unterzeichnern des Aufrufs für das Tribunal nur drei Bundestagsabgeordnete des linken SPD-Flügels gehörten (Norbert Gansel, Freimut Duve und Volker Neumann), obwohl der Aufruf an Vertreter aller drei Bundestagsparteien geschickt worden war. Die Bereitschaft des Präsidiums dieses Tribunals, auch zu unpopulären und umstrittenen Themen eindeutig Stellung zu beziehen und die Menschenrechte nicht irgendwelchen ideologischen Interessen unterzuordnen, macht die Bedeutung des 'Ständigen Tribunals der Völker' aus.

Die Sitzung über Afghanistan

Die Sitzung über Afghanistan hatte drei Schwerpunkte:

1) Der Terror der sowjetischen und afghanischen Armee gegen die Zivilbevölkerung
2) Das Flüchtlingselend in Pakistan und Iran als Folge des Krieges
3) Die willkürlichen Verhaftungen und Folterungen

Auf der ersten Sitzung vom 1.-3. Mai 1981 war von einer unabhängigen Jury festgestellt worden, daß der Einmarsch der sowjetischen Armee gegen geltendes Völkerrecht verstößt. Die Frage der Menschenrechtsverletzungen sollte auf einer späteren Sitzung untersucht werden, um mehr Zeugenaussagen auswerten zu können.

Bei den nach Paris eingeladenen Zeugen handelte es sich nicht nur um Afghanen, sondern auch um Experten aus insgesamt zehn verschiedenen Ländern. Alle hatten mehrere Monate oder Jahre in Afghanistan verbracht und zeichneten ein erschütterndes Bild von den Folgen der andauernden sowjetischen Besetzung Afghanistans:

- Die Zivilbevölkerung wird rücksichtslos bombadiert, vornehmlich mit Hubschraubern, gegen die es kaum Schutz gibt. Wie im Korea- und Vietnamkrieg haben Kinder, Alte und Frauen in den Dörfern am meisten unter den Kriegshandlungen zu leiden. Unzählige Dörfer sind dem Erdboden gleichgemacht worden. Kinder wurden hingerichtet, weil sie mit Spielzeuggewehren 'Krieg gegen die Russen' gespielt hatten. In dem Ort Padlawa-e-Schana, 60 km südlich von Kabul gelegen, wurden am 13. September 1982 Menschen, in der Mehrzahl Frauen und Kinder, bei lebendigem Leibe verbrannt. Sie hatten sich zusammen mit einigen Modjahedin vor anrückenden sowjetischen Truppen in einem Tunnel versteckt. Als sie der Aufforderung, den Tunnel zu verlassen, nicht nachkamen, schütteten die Sowjets den Inhalt zweier Tankwagen sowie einen Sack Pulver in den Tunnel und brachten alles durch einige Schüsse zur Explosion. Der Bürgermeister des Dorfes legte der Jury des Tribunals eine Namensliste sämtlicher im Tunnel verbrannten Personen vor.
- Durch den Terror der Besatzungsmacht schwillt der Flüchtlingsstrom weiter an. In Pakistan leben inzwischen drei Millionen, im Iran eine Million afghanischer Flüchtlinge. Unter den Flüchtlingen sind alle sozialen, ethnischen und religiösen Gruppen vertreten. Während sich in Pakistan sowohl die Regierung als auch humanitäre Organisationen bemühen, Hilfsmaßnahmen durchzuführen und langfristige landwirtschaftliche Projekte zu initiieren, ist die Lage der Flüchtlinge im Iran besonders schlimm. Die Regierung verweigert ihnen die Anerkennung als Flüchtlinge und leugnet oft sogar ihre Anwesenheit. Die Afghanen werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Als das UN-Flüchtlingskommissariat

sich um die Flüchtlinge kümmern wollte, erhielt es von der iranischen Regierung die Antwort: „Die Afghanen leben hier als unsere Gäste, dafür brauchen wir keine Hilfe."

– Um die Widerstandsmoral der Bevölkerung zu brechen, werden einzelne Personen ohne Gerichtsurteil inhaftiert und schwer gefoltert. Das Zeugnis der 22jährigen Medizinstudentin Farida Ahmadi, die erst während des Tribunals aus Pakistan angereist war, gehörte zu den erschütterndsten Aussagen der viertägigen Sitzung. Das Leiden dieser Frau dokumentiert einen Grad der Brutalität, wie er bisher nur südamerikanischen Diktatoren zugetraut worden war. Sie wurde verhaftet, weil sie auf dem Universitätsgelände ein illegales Flugblatt mit sich trug. Vier Monate wurde sie schwer gefoltert mit Schlafentzug von sieben Tagen, Elektroschocks und Schlägen. Sie mußte zusehen, wie anderen Gefangenen die Augen ausgerissen und die Hände abgeschnitten wurden. In einem Fall wurde ein einjähriges Baby vor den Augen der Mutter so lange gefoltert, bis es am ganzen Körper blau und mit Wunden übersät war. Auch ein Arzt beteiligte sich an den Folterungen.
Farida Ahmadi war von den Spuren der Folter noch schwer gezeichnet und konnte ihre Aussagen im Gegensatz zu den anderen Zeugen nicht stehend machen.

Mehrere Zeugen hoben auf Anfragen der Jury hervor, daß zwischen der Praxis der afghanischen Regierungstruppen und den Sowjets nicht unterschieden werden kann. Die afghanische Regierung und die Streitkräfte besitzen gegenüber der Besatzungsmacht keine Handlungsfreiheit. Insofern trägt die sowjetische Regierung die volle Verantwortung für die schweren Menschenrechtsverletzungen in Afghanistan.

Afghanistan und »Linke«

Das Tribunal wurde vom Pariser 'Bureau International Afghanistan' (BIA) organisiert und von verschiedenen anderen Gruppen und Einzelpersonen unterstützt. Zum Unterstützerkreis gehörten unter anderem S. de Beauvoir, J. Lacouture, ein anerkannter Experte zu Fragen des internationalen Befreiungskampfes, der als einer der ersten Vietnam auf Seiten des Vietkong besucht hat, und J. Elleinstein, der ehemalige Cheftheoretiker der französischen KP. Am dritten Sitzungstag wurde eine Grußbotschaft des Friedens-Nobelpreisträgers Paz Esquivel verlesen, der es bedauerte, selbst nicht anwesend sein zu können. Zu der Jury gehörte unter anderem der jugoslawische Historiker und Kampfgefährte Titos, Vladimir Dedijer. Im BIA arbeiten viele ehemalige '68er' mit, und zwar solche, die auch heute noch versuchen, die Ideen von damals zu verwirklichen und nicht bereits zum Establishment gehören.

Für deutsche Verhältnisse ist die Unterstützung eines solchen Tribunals durch Personen, die nach den gängigen Klassifizierungen 'Linke', 'Sozialisten' oder 'Pazifisten' sind, überraschend und nur schwer vorstellbar.

Es ist offensichtlich, daß für die französische Linke (die moskautreue KP natürlich ausgenommen) Afghanistan ein wichtiges Land im internationalen Befreiungskampf darstellt. „Solidarität mit Afghanistan und El Salvador" war ein häufig zu hörender Ausspruch.

Warum tut sich in der Bundesrepublik die Solidaritätsbewegung so schwer, zu erkennen, daß in Afghanistan eine Großmacht das Selbstbestimmungsrecht eines kleinen Volkes mit Füßen tritt und den Widerstand der Bevölkerung mit brutaler militärischer Gewalt zu brechen versucht?

Als im Juni 1982 Vertreter der linken afghanischen Befreiungsbewegung NEFA (Nationale Einheitsfront Afghanistan) die Bundesrepublik besuchten, wurden sie vom CDU-Parteivorsitzenden Kohl und FDP-Präsidiumsmitglied Möllemann zu Gesprächen empfangen. Die SPD schickte den Abgeordneten Volker Neumann, der sich zwar in Fragen der Außenpolitik und Befreiungsbewegungen sehr engagiert, innerhalb der Partei aber (leider) nicht zu den einflußreichen Politiker gehört. Die Gewerkschaften zeigten trotz wiederholter Anfragen kein Interesse an Gesprächen mit der Delegation, auch von seiten der Jusos und Judos gab es keine Resonanz. Eine sehr erfreuliche Ausnahme bildeten die Grünen, die die Delegation durch Mitglieder des Bundesvorstandes und der Geschäftsführung empfingen.

Wenn Afghanen in der Bundesrepublik auch politische Kräfte um Unterstützung bitten (müssen), denen das Recht auf Selbstbestimmung sonst nicht gerade ein ureigenes Anliegen ist, dann sollte das für die Solidaritätsbewegung Anlass sein, ihre Position zu Afghanistan zu überdenken.

Kann man es den afghanischen Freiheitskämpfern übelnehmen, wenn sie Unterstützung von Rechten annehmen, wenn die Linke zu Afghanistan betreten schweigt oder – soweit sie moskautreu ist – die Wahrheit auf die korrekte Parteilinie zwingt?

Klemens Ludwig

Weitere Informationen sind erhältlich bei:
– Bureau International Afghanistan (BIA)
  24, rue de chaligny
  F - 75012 Paris
– Gesellschaft für bedrohte Völker
  Postfach 159
  3400 Göttingen



blätter des iz3w — Register der Nummern 91 – 106

Februar 1981 – Dezember 1982

Das vorliegende Register gliedert sich in einen Länderteil und ein Sach- und Namensregister. Die Stichworte sind jeweils alphabetisch geordnet (ä = ae, ö = oe, ü = ue). Die Verweis-Ziffern setzen sich zusammen aus der Nummer der jeweiligen Ausgabe (vor dem Schrägstrich) und der jeweiligen Seitenangabe.
Im Länderteil wurden auch jene Artikel aufgenommen, die überwiegend einen themenbezogenen Sachverhalt behandelten, allerdings nur, soweit dies am Beispiel eines bestimmten Landes dargestellt wurde.
Für das Sach- und Namensregister wurde versucht, durch Beschränkung auf relativ wenige Stichworte, aber mit mehrmaliger Aufnahme eines Artikels unter verschiedenen Stichworten und mittels entsprechender Verweise, die Vielzahl der inhaltlichen Aspekte jedes Artikels systematisch zu erfassen. Namen von Personen und Organisationen wurden nur dann ins Register aufgenommen, wenn sich ein Artikel wirklich ausführlich damit befaßte.

LÄNDERREGISTER

Chile

China

Costa Rica

Djibouti

Elfenbeinküste

El Salvador

Eritrea

Vgl. auch: Äthiopien

Gambia

Ghana

Guatemala

Guinea-Bissau

Haiti

Honduras

Indien

Indonesien

Irak

Iran

Israel

Vgl. auch: Palästina

Kampuchea

SACH- UND NAMENSREGISTER

Überblick der Themenschwerpunkte

Kinder

Kirche

Kulturwandel

Landwirtschaft

Vgl. auch: Agrarreform

Medien

Vgl. auch: Pressefreiheit

Medizin

Vgl. Gesundheitswesen

Migration

Vgl. auch: Verstädterung

Minderheiten

Vgl. Nationale Minderheiten oder Indianer

Multinationale Konzerne

Vgl. Transnationale Konzerne

Nationale Minderheiten

Nord-Süd-Dialog

OAU (Organization of African Unity)

Öl

Vgl. Erdöl

Politische Gefangene

Pressefreiheit

Vgl. auch: Medien

Produktionsverlagerungen

Vgl. Auslandsinvestitionen oder Internationale Arbeitsteilung

Rassismus

Vgl. Nationale Minderheiten oder Indianer

Repression in der BRD

Vgl. Solidaritätsarbeit

Rezensionen

Rohstoffe

Rüstung

Vgl. auch: Waffenhandel

Schule und Dritte Welt

Vgl. auch: Erziehungswesen

Selbsthilfebewegungen

Solidaritätsarbeit

Stadtplanung

Vgl. auch: Verstädterung

Technologie-Transfer

Vgl. auch: Angepaßte Technologie

Tourismus

Transnationale Konzerne

Vgl. auch: Internationale Arbeitsteilung

Umweltverschmutzung/Umweltzerstörung

Unterrichtsmaterialien

Vgl. Schule und Dritte Welt

Verstädterung

Vgl. auch: Migration oder Stadtplanung

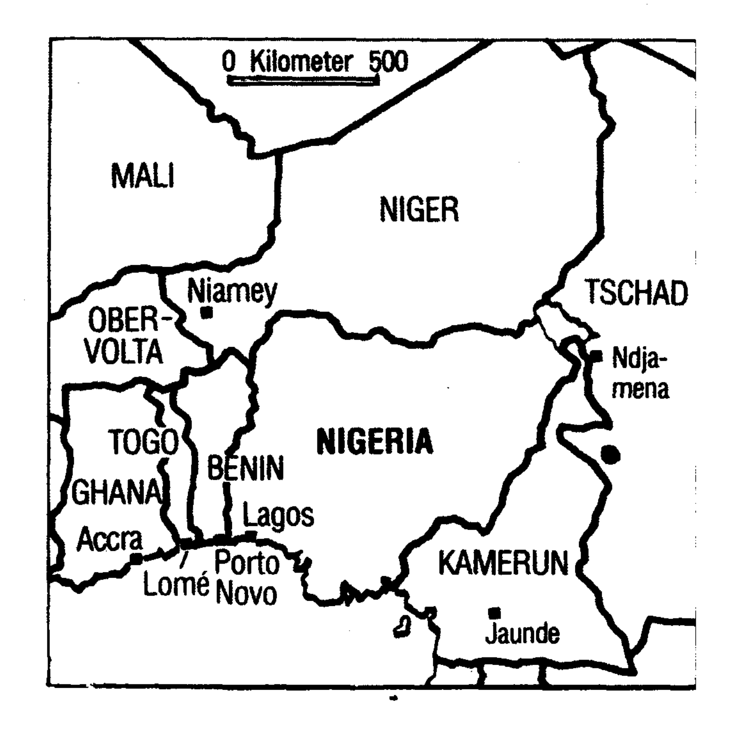
Waffenhandel

Welthandel

Ausländer 'raus aus Nigeria

Massenausweisung als Heil allen wirtschaftlichen Übels?

Viele der zwei bis drei Millionen Ausländer in Nigeria, fast alle ohne gültige Ausweispapiere, werden gewußt haben, daß etwas auf sie zukommt. Am 17. Januar 1983 kündigt der nigerianische Innenminister Alhaji Ali Baba an: „Jeder Ausländer ohne gültige Papiere muß das Land vor dem 2. Februar verlassen haben" Technisch war dies gar nicht möglich, zumal zum Zeitpunkt der Bekanntgabe der Massenausweisung die ghanaische Grenze für die Ghanaer, die größte Gruppe der Einwanderer, geschlossen war.. Das brutale Dekret ist Resultat einer Politik des außenorientierten Wachstums ohne binnenorientierte Entwicklung; Ausdruck der Arroganz einer Führungsschicht und Beweis dafür, daß nur eine breit angelegte Basisentwicklungspolitik außerhalb der Brückenköpfe des ausländischen Kapitals das Massenelend der Wanderarbeiter bekämpfen kann.



Nicht gerade ein Blitz aus heiterem Himmel

Wieviele Ausländer es in Nigeria vor der Ausweisung gab, weiß niemand so genau. Vielleicht über eine Million Ghanaer, einige hunderttausend Nigerer, im übrigen meist Beniner, Togolesen, Malier, Voltaer, Kameruner und Tschader, die meisten Illegale, ferner europäische Geschäftsleute und Experten, asiatische Händler.
Seit zwei Jahren geht es mit Nigerias Wirtschaft bergab und seit zwei Jahren sind die Ausländer in Nigeria Opfer steigender Fremdenfeindlichkeit. Parallelen mit vielen anderen afrikanischen und europäischen Entwicklungsländern dürften nicht zufällig sein. In der Öffentlichen Meinung tauchten immer häufiger Rufe nach dem Hinauswurf illegaler Einwanderer auf, besonders nachdem im letzten Herbst viele Menschen in Maiduguri, Kaduna und Kano bei einem Aufstand der islamischen Maitatsine-Sekte getötet oder obdachlos geworden waren. Diese Sekte ist eine Massenbewegung der ärmsten Schichten der Bevölkerung des islamischen Nordnigeria. Sie ging von Kamerun aus und richtet sich gegen moderne Einflüsse (Vordringen technischer Neuheiten, Erziehungswesen, christliche Kirchen), aber wegen ihres egalitären Charakters auch gegen die Korruption im Lande.
Ausgelöst wurde der Ausweisungsbefehl offensichtlich durch einen Bericht der National Security Organisation, in dem behauptet wird, daß sich viele Ausländer an dem Aufstand beteiligt hätten.
In der Bundesrepublik Nigeria, der „viertgrößten Demokratie der Welt", finden obendrein im August 1983 die Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Parlamentswahlen statt. Es wird vermutet, daß die Unruhen von parteipolitischen Gegnern des Präsidenten Shagari unterstützt worden sind. Im bereits angelaufenen Wahlkampf gelten Regionen wie Kano, Kaduna im Norden, Kwara im Westen und Gongola im Osten als wahre Pulverfässer – die Politik ist der letzte Bereich, der sich noch in Hochkonjunktur befindet, denn da entscheidet sich, wer von den rivalisierenden politischen Cliquen Zugang zu den Pfründen erhält.

Wenn es wirtschaftlich bergab geht, sind Ausländer ideale Sündenböcke: bereits im Oktober verkündet Alhaji Ali Baba, man werde energisch die Wirtschaftssabotage der Ausländer bekämpfen. Schiebung, Schmuggel und Schwarzhandel blühen in Nigeria, aber diese Art der Wirtschaftssabotage wird einträchtig von Aus- und Inländern betrieben. Während des Wahlkampfes wächst jedoch der öffentliche Unmut darüber und so müssen die Ausländer herhalten.

Unter den nigerianischen Arbeitern wächst der Zorn, daß die kaum organisierbaren Illegalen die gesetzlichen Mindestlöhne (ca. 600 DM / Monat zuzüglich Miet- und Fahrtkostenzuschuß) unterbieten. Besonders stark vertreten sind die Illegalen im Bau- und Textilsektor sowie als Hausangestellte im tertiären Sektor. Sie sind für Hungerlöhne bereit, auch die von den Nigerianern verachteten Dreckarbeiten auszuführen.
Im Dezember letzten Jahres haben Hafenarbeiter und die Hotelarbeitergewerkschaft gemeinsam in aller Form die Regierung ersucht, den Zuzug „fremder Arbeitskräfte" einzuschränken. Die Ausländer wurden mehr und mehr zur Ursache aller Plagen Nigerias gestempelt: Gewaltkriminalität, Korruption, wirtschaftliche Depression und Arbeitslosigkeit.
Nach dem Ausweisungsbeschluß vom 17.1.1983 geht ein einziger Aufschrei durch die veröffentlichte Meinung: „Raus mit ihnen!"
In der allgemeinen Pogromstimmung setzt eine Massenflucht von Ausländern ein. Wir wissen nicht, wie viele geflohen und wie viele untergetaucht sind. Wir wissen nicht, wieviele Dramen sich abgespielt haben und wieviele Verunglückte, Verhungerte, Verdurstete, Erschlagene, Gelynchte es gegeben hat. Journalisten wurden an der Einreise gehindert. Was nach außen drang, kennzeichnet die Maßnahme Nigerias als Akt brutaler Arroganz.



Ausgewiesene Ghanaer an der togoisch-beninischen Grenze

Die Tragödie der Ghanaer

Es ist das Los der Ghanaer, das die Weltöffentlichkeit bewegt. In ihrer überwältigenden Mehrheit sind sie im Yorubaland im Südwesten des Landes massiert, meist in Elendsvierteln von Städten wie Lagos, Ibadan, Abeokuta. Der Massenausweisungsbefehl entfesselt eine allgemeine Pogromstimmung. Die Polizei sammelt Bauarbeiter an den Baustellen auf und setzt sie ohne Geld, ohne Warnung, ohne Habe einfach an der Grenze ab. In Lagos werden ghanaische Elendsquartiere geplündert, angesteckt. Es kommt zu Raubüberfällen. Selbst Arbeiter mit den vorgeschriebenen Papieren fliehen vor der Volkswut und legen, da oft unersetzbar, die Arbeit an ihren ehemaligen Arbeitsplätzen lahm. Die Polizei muß Nigerianer schützen, die für Ausländer gehalten werden. Kurz nach dem ersten Ansturm schließt die Volksrepublik Benin ihre Grenze, um nicht überrannt zu werden. Für die Ghanaer, die nicht den Umweg über den Norden Nigerias nehmen wollen, gibt es nur einen Weg, um schnell nach Ghana zu kommen: die Küstenstraße durch Benin und Togo zur ghanaischen Grenzstation Aflao, einige hundert Meter vom Zentrum der togolesischen Hauptstadt Lome. Hunderttausende machen sich mit Buschtaxi, Lastwagen, Fahrrad, Moped oder gar zu Fuß auf den Weg nach dem 220 km von Lagos entfernten Aflao. Nach wenigen Tagen muß Benin, völlig vom Nachbarn Nigeria abhängig, seine Grenzen wieder öffnen. 300.000 Menschen stürmen den Hafen von Cotonou in der Hoffnung auf ein Evakuierungsschiff, zweihunderttausend kampieren unter entsetzlichen Bedingungen eine Woche lang in Hilla Condji, zwischen dem beninischen und togolesischen Grenzposten. Togo weigert sich, die Flüchtlinge weiterzulassen – in der Furcht, sie könnten die Hauptstadt Lome überrennen und damit unübersehbare Probleme schaffen. Ghana, das seine Grenzen am 21. 9. 1982 geschlossen hatte, um den Schmuggel zu bekämpfen, wird von Togo und Benin gedrängt, seine Grenzen wieder zu öffnen. Schließlich gibt Staatspräsident Jerry Rawlings unter der Rücktrittsdrohung seines Außenministers nach. Die Grenze wird geöffnet.

Unterdessen zeigen Nigerianer, was sie an Einfallsreichtum gegenüber den unerwünschten Ausländern zu bieten haben. Hat man sie ausgewiesen, weil sie keine Papiere haben, müssen sie nun oft Schmiergeld bezahlen, um herausgelassen zu werden – gerade weil sie keine Papiere haben. Viele werden Opfer von Überfällen und Diebstählen. Die Transportunternehmer erhöhen ihre Tarife auf das vier- bis fünffache. Auf dem belagerten Flughafen von Lagos gibt es Plätze nach Accra gegen Schmiergeld. Vom Ausland organisierte Evakuierungsflüge werden von der nigerianischen Regierung nicht erlaubt; aber immerhin, es scheint, als dürften Passagiere bei Gesellschaften mitfliegen, die normalerweise keine Transportrechte zwischen Lagos und Accra haben.

Die Ärmsten der Armen, die das Geld zur Reise nicht haben, belagern den Hafen von Lagos. Hier wie in Hilla Condji kommt es zu Verzweiflungsszenen, Hunger und Durst. Nach und nach schaffen Evakuierungsschiffe, gegen Geld oder auch ohne, die Ausgewiesenen nach Ghana.

Insgesamt sind zwischen 700.000 und 1.000.000 Ghanaer geflohen. Ausgeraubt, ausgebeutet, erpreßt, geschlagen, erniedrigt und oft am Rande des Verhungerns kommen sie in ihrer Heimat an. Eine unbekannte Zahl kommt unterwegs um.

Wanderbewegungen als Massenphänomen

Landflucht und Verstädterung sind kennzeichnend für die ganze westafrikanische Region. Die illegalen Einwanderer in Nigeria sind nur ein Teil des Riesenheeres westafrikanischer Wanderarbeiter. Die städtischen Ballungsräume wie Dakar, Abidjan und Lagos ziehen sowohl Menschen aus dem eigenen Hinterland als auch Ausländer an. Um die

Ereignisse in Nigeria zu bewerten, müssen wir fragen, was Millionen aus ihrer Heimat treibt und was sie an bestimmten Ballungszentren anzieht. Dort, wo die Verstädterung am raschesten zunimmt, ist auch der Ausländeranteil am größten.
Es handelt sich um Zonen, die früher von den Kolonialmächten bevorzugt entwickelt wurden. Insbesondere die Küstengebiete wurden als Umschlagsgebiete für den kolonialen Handel entwickelt und waren aufgrund ihrer größeren Fruchtbarkeit und leichteren Zugänglichkeit bevorzugtes Ziel von Investitionen. das Hinterland wurde zum Reservoir von Arbeitskräften, die man sich durch Zwangsarbeit und den Zwang, für Steuern Geld zu verdienen, besorgte. Es wurde zum Vorteil der kolonialen Zentren vernachlässigt. Diese Situation hat sich auch mit der Unabhängigkeit der westafrikanischen Länder nicht geändert. Wer nicht als Wanderarbeiterin den Geldkreislauf eingebunden wurde, wurde es als Produzent von Agrarprodukten für den Export (Erdnüsse, Baumwolle, Kakao, Kaffee, Palmöl usw.). Die Lebensmittelproduktion für den Eigenbedarf wurde hingegen vernachlässigt. Als die Bevölkerungszahl anstieg, mußten daher immer mehr Lebensmittel importiert werden. Die Geldeinkünfte der Bauern aus Exportprodukten sind jedoch Preisschwankungen unterworfen. Sinken die Einkommen oder klappt die Selbstversorgung mit Lebensmitteln nicht mehr, verstärkt dies den Druck, in die Zentren zu gehen, um dort Geld zu verdienen.
Im übrigen steigen mit dem verdienten Geld die Konsumansprüche und der Anreiz für andere, gleichfalls fortzugehen, um Geld zu verdienen. Reis, Weizen, Bier, Limonaden ersetzen traditionelle Nahrungsmittel. Fahrräder, Mopeds, Transistorradios werden zu Statussymbolen. In vielen Gegenden ist es üblich geworden, daß junge Männer wenigstens für einige Jahre fortgehen, um dann „arriviert" mit entsprechenden Statussymbolen zurückzukehren. Die Folgen sind verheerend: die beweglichsten und aktivsten Arbeitskräfte verlassen zurückgebliebene Gebiete und vergrößern das Übergewicht der Zentren.
In manchen Gegenden des Sahel ist das Überleben der Familie gar nicht mehr ohne die Überweisungen der fortgegangenen Gastarbeiter möglich. Zumindest in der Trockenzeit, wenn eine Feldbestellung nicht möglich ist, gehen viele Menschen fort, um Geld zu verdienen. In anderen Regionen brach die traditionelle Weidewirtschaft der Nomaden zusammen und trieb diese in die Emigration. WirtschaftlicherNiedergang bestimmter Länder, oft verbunden mit politischer Unterdrückung, führte zu Massenauswanderungen. Länder wie Äquatorial-Guinea, Ghana, Guinea und Tschad verloren so einen Großteil ihrer aktiven Bevölkerung. Viele dieser Auswanderer finden jedoch keine feste Anstellung, sondern leben von der Hilfe besser gestellter Angehöriger, als Gelegenheitsarbeiter, Kleinhandwerker, Prostituierte, Bettler oder als kleine Gauner.

Warum gerade Nigeria?

Daß von den Millionen afrikanischer Auswanderer so viele nach Nigeria gingen, liegt an dessenüberragenden wirtschaftlichen Bedeutung in der Region.
Nigeria ist mit 80 (90? 100?) Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste und am dichtesten besiedelte Land Afrikas. Es ist fast viermal so groß wie die Bundesrepublik Deutschland, jeder vierte Afrikaner ist ein Nigerianer. Zur Kolonialzeit war es noch hauptsächlich Exporteur von einigen Mineralien und landwirtschaftlichen Produkten, wobei der Süden stärker den Erfordernissen des Kolonialismus angepaßt war, als der Norden. Der islamische Norden lieferte Wanderarbeiter für den Süden und wurde weitgehend unter Ausnutzung traditioneller Strukturen („indirekt rule") verwaltet. Im Süden bildete sich eine christliche und westlich orientierte Intelligenz heraus.
Vom Exporteur einiger Mineralien und landwirtschaftlicher Produkte wurde Nigeria Mitte der 60er Jahre zum fünftgrößten Erdölexporteur der Erde. Das Öl „Bonny Light" ist wegen seiner Schwefelarmut von so guter Qualität, daß seine bloße Beimischung zu anderen Sorten deren teure Entschwefelung erübrigt. Wirtschaftlich wurde Nigeria eine Art „Wilder westen", denn es gelang nicht, den 1970 ausbrechenden Ölboom sinnvoll zu steuern. Wurde bis 1970 noch die landwirtschaftliche Exportproduktion gefördert und eine Industrialisierung langsam vorangetrieben, kam es nun zu einer massiven Steigerung der Investitionen im Industrie- und Infrastrukturbereich. Das Land verwandelte sich in eine riesige Baustelle. Die hektische Industrialisierung des Landes – aufgebaut wurden eine Stahlindustrie, Kraftfahrzeug-Montagewerke und Anlagen zur Herstellung von Haushaltsgütern – verringerte die Abhängigkeit von Importen jedoch nicht. Auch beschäftigungspolitisch waren die Industrialisierungsbemühungen erfolglos. Selbst während des Wirtschaftsbooms konnten in der Industrie nur 300.000 Nigerianer beschäftigt werden – gerade 1 % der nigerianischen Erwerbspersonen.
Die Landwirtschaft wurde zum großen Leidtragenden dieser Entwicklung. Die niedrige Produktivität auf dem Lande, verursacht durch Bodenübernutzung, mangelnde Investitionen und Betreuung, ließ immer mehr Bauern verarmen und in die Industriezentren abwandern. Heute arbeitet nur noch die Hälfte der nigerianischen Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Das „große Geld" war in den Städten zu machen, so schien es zumindest den zahllosen Zuwanderern. Unter dem Strich sieht es allerdings anders aus, auch dort sanken die Realeinkommen während die Lebensbedingungen immer unerträglicher wurden. Die Stadtverwaltungen wurden dem explosionsartigen Wachstum der Bevölkerung nicht mehr Herr. Am schlimmsten ist es in Lagos. Trotz Stadtautobahnen bricht ständig der Verkehr zusammen, Stromausfälle sind die Regel und die Bevölkerung, durch die überhand nehmende Kriminalität entnervt, greift regelmäßig zu Lynchjustiz: mutmaßliche Diebe werden mit ein paar schnell an einer Tankstelle „organisierten" Reifen umringt, mit Benzin übergossen und als lebende Fackeln abgebrannt.



Slums am Stadtrand von Lagos

Wer verdient?

Für die oberste politische Führungsschicht war der Erdölboom eine Aufforderung, sich schnell, maßlos und skrupellos zu bereichern. Und daß es ihr gelingen konnte, lag hauptsächlich an der Schwäche des Staatsapparates. Die Angestellten des Öffentlichen Dienstes waren weder zahlreich noch qualifiziert genug, um die enormen Summen, die nun ins Land strömten zu verwalten. Firmen – auch deutsche – die im Investitionsboom teilhaben wollten, mußten ihre Geschäfte außerhalb der Legalität regeln. Riesige Bestechungsgelder flossen daher an Mitglieder der nigerianischen Oberschicht.

Aber auch auf der untersten Ebene der Bürokratie versuchte so mancher kleiner Funktionsträger, seinerseits etwas von der Ungeduld der Geschäftemacher zu profitieren.

Nigeria wurde zum Eldorado der großen und kleinen Gauner, der Geschäftemacher und Schlitzohren. Die breite Masse verelendete. Zwar stiegen die gesetzlichen Löhne und Preise, aber die Produktivität stieg wenig. Aktivitäten außerhalb des Boomsektors kamen kaum voran. Für die Staatsbourgeoisie war die Förderung von Großprojekten in den Bereichen der Industrie und Verkehrsinfrastruktur sowie das Bauwesen einfach profitabler, da sie mehr abwarf, als eine breitenwirksame Entwicklung des Landes.

Die Folgen waren zunehmende Lebensmittelimporte, unzureichende Nutzung der nationalen Ressourcen bei gesteigerter Importabhängigkeit. Auffällig sind Investitionen, die echten oder vermeintlichen Bedürfnissen der Oberschicht dienen: Autobahnen, Farbfernsehen, Universitäten, eine neue Hauptstadt usw (vgl. Nohlen/Nuscheler (Hrsg.) Handbuch der Dritten Welt 4, Nigeria).

Verdient haben während des Booms auch die ausländischen Firmen. Westdeutsche Firmen wie Volkswagen oder die Bauunternehmen Julius Berger und Philipp Holzmann konnten in dieser Zeit jährlich Waren im Wert von 5 Mrd. DM nach Nigeria exportieren.

Die zahllosen Wanderarbeiter, die ins Land strömten, um an dem Boom teilzuhaben, sahen ihre Hoffnungen jedoch meist enttäuscht.

Die Ghanaer sind zum Teil regelrecht angeworben worden, denn parallel zu Nigerias Boom fand Ghanas wirtschaftlicher Niedergang statt.

Nigerias Schulwesen ist wenig ausgebaut und es mangelt an qualifizierten Fachkräften. Daher warb Nigeria gezielt qualifizierte, aber schlecht bezahlte Lehrer in Ghana ab, und viele kamen. Auch andere Fachkräfte, die fehlten, wurden aus dem Ausland – mit Unterstützung der Regierung oder zumindest mit ihrer Duldung – nach Nigeria geholt.

Naturgemäß profitierten die Händler, darunter auch viele Ausländer, von Nigerias Importboom. Was man schamhaft „Parallelwirtschaft" nennt, Schmuggel, Schwarzmarkt und Steuerhinterziehung, ist fester Bestandteil des nigerianischen Wirtschaftslebens. Es ist weitaus leichter, die Währung schwarz, als legal zu tauschen, weitaus profitabler, Tonnen von Frachtgütern durch Bestechung von Zöllnern einzuführen als sie zu verzollen. Illegaler Export von

Bericht aus Ghana

Am 29. Januar, nachdem sich eine Woche lang Hunderttausende von Ausgewiesenen im Niemandsland zwischen Nigeria und Benin und Benin und Togo ansammelten, öffnete Ghana die Grenzstationen zu Togo für die Einreise seiner Landsleute und für den Transport von Hilfsgütern aus Lome, der Hauptstadt Togos, die unmittelbar an der Grenze zu Ghana liegt. Vertreter von internationalen Hilfswerken wie OXFAM bestätigen, daß die Weiterleitung und Versorgung des Rückkehrerstroms mit den geringen vorhandenen Mitteln von den einheimischen Stellen in Benin, Togo und Ghana bestens organisiert wurde. Chaos, mit den Bildern prügelnder Polizisten, herrschte nur in den allerersten Tagen, als alle von dem Massenexodus überrascht wurden. Die regierenden Militärs und Behörden in Ghana haben bei der Ankunft der Nigeria-Rückkehrer eine weitsichtige, wenn auch risikoreiche Entscheidung gefaßt: Alle Einreisenden sollten nach einer kurzen Registrierung sofort in ihre Heimatregionen ins Landesinnere weitertransportiert werden. Trotz großer materieller Probleme (Mangel an Fahrzeugen, Treibstoff und Reifen) waren schon am 6. Februar, eine Woche nach ihrer Ankunft, die meisten Leute in ihre Heimatdörfer gebracht worden und die Auffanglager in Accra und Aflao an der Grenze wieder leer.

Nach den heftigen, aber kurzen Wirren der Flucht aus Nigeria stehen die Rückkehrer jetzt vor den echten Schwierigkeiten, den Nöten und Problemen fast aller Einwohner Ghanas: Die hochverschuldeten und defizitären Industrieunternehmen produzieren fast nicht mehr. Devisen zum Kauf von Grundstoffen, Ersatzteilen, Transportmitteln usw. fehlen. Bei ausländischen Kreditgebern ist Ghana nicht mehr kreditwürdig. Wer als Angestellter oder Arbeiter Geld verdient, kann sich für sein Geld nichts kaufen, da alle Läden leer sind; die Schwarzmarktpreise steigen trotz aller Verbote ins Unermeßliche.

Es bleibt nur noch die Subsistenzwirtschaft. Der Anbau von Mais, Yams und anderen Nahrungsmitteln zum eigenen Verbrauch, das ländliche Handwerk sind die einzigen produktiven Tätigkeiten. Aber werden die aus Nigeria Zurückgekehrten an dieser harten und wenig einbringenden Arbeit teilnehmen? Sind sie nicht gerade deswegen ausgewandert, um dieser Situation zu entfliehen? Was wird geschehen, wenn die Nahrungsmittelreserven der letzten Ernte in wenigen Monaten völlig zu Ende gehen werden? Möglicherweise werden noch mehr junge Menschen das Land verlassen und Arbeit in anderen Nachbarländern suchen. Oder sie werden in die größeren Städte ziehen, wo jetzt schon hohe Arbeitslosigkeit und Versorgungsschwierigkeiten bestehen. Die politischen Folgen wären kaum im Voraus abschätzbar. Es besteht aber auch die – wenn auch geringe – Hoffnung, daß die Ghanaer den langsameren und beschwerlichen Weg des Aufbaus aus eigener Kraft aufnehmen, ihre Landwirtschaft zur Selbstversorgung voranbringen, ihre vorhandenen materiellen und menschlichen Ressourcen zur Entwicklung einer einheimischen Kleinindustrie, zur Produktion von Gebrauchsgütern und landwirtschaftlichem Gerät sowie von einfacher Maschinerie einsetzen.

Rudolf Heinrichs-Drinhaus

Industrieprodukten und vor allem von Treibstoff verringert die Steuereinnahmen der Nachbarländer beträchtlich. So kostete 1982 der Liter Benzin in Nigeria 60 Pfennig, geschmuggelt im Nachbarland Niger 80 – 90 Pfennig und legal an einer nigerischen Zapfsäule ca. 1,80 DM.
Der größte Teil der Fremden gehörte allerdings zu den Ärmsten. Bereit jede, auch die schlechtbezahlteste Arbeit anzunehmen, traten sie in Konkurrenz zu Nigerianern – vor allem im Textil-, Bau- und Hotelsektor – und drückten damit auch deren Löhne. Kleinhändler und Kleingewerbetreibende versuchten ihr Glück mit Straßenküchen, Getränkeverkauf usw. Prostituierte, Bettler, Diebe und Räuber traten in Konkurrenz zu Nigerianern auch in diesen Erwerbszweigen.

Illegal – wer ist das nicht?

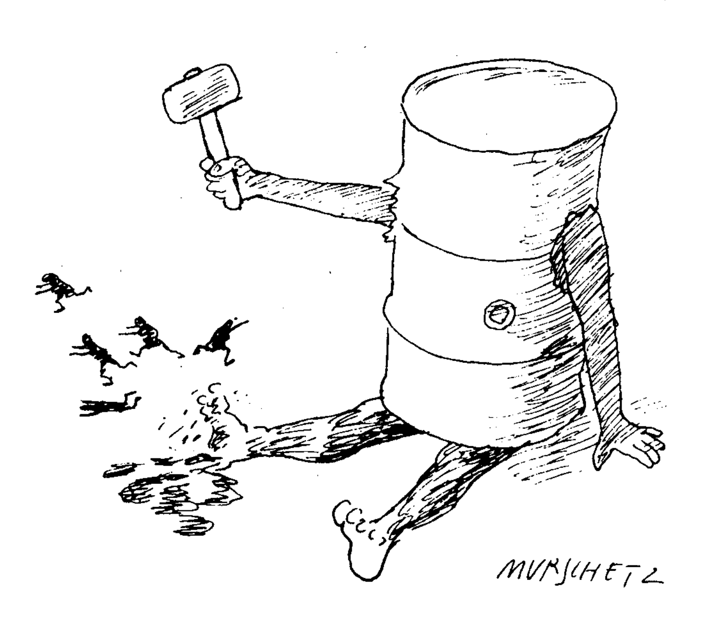
Im Bewußtsein großer Teile der Bevölkerung Westafrikas ist Afrika noch immer ein einziges großes Land und Gastfreundschaft eine Selbstverständlichkeit. Freizügigkeit ist daher etwas Normales, und sie wird auch durch Artikel 27 des Vertrages der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS geregelt, der jedem ECOWAS-Bürger freie Einreise und dreimonatigen Aufenthalt in allen Mitgliedsländern garantiert.
Für die westafrikanischen Einwanderer in Nigeria genügt es, sich bei der Einreise auszuweisen. Allenfalls wird eine gewisse „Gebühr" an den Grenzbeamten fällig. Selbst wer ein Visum zur Einreise braucht, kann dies bei entsprechender Gefälligkeit gegenüber den Grenzern umgehen. Einmal im Lande, pflegt der Einwanderer unbehelligt zu bleiben und sieht in der Regel keinen Anlaß, eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu beantragen. Sollte er dennoch auf die Idee kommen, seine Situation zu legalisieren, riskiert er wegen tagelangen Herumsitzens bei der Polizei seinen Arbeitsplatz und eine Menge Bestechungsgeld; hinzu kommt, daß Anträge monatelang liegenbleiben können. So ist es nicht verwunderlich, daß angeblich 90 % aller Ausländer in Nigeria illegal im Lande sind.

Die große Krise

Nach zwei „Ölpreisschocks" für die Verbraucherländer kam es Anfang der 80er Jahre zu einer anhaltenden Ölschwemme. Als Folge davon sank in Nigeria, dessen Exporterlöse und dessen Staatseinnahmen zu 90 bzw. 80 % aus dem Verkauf von Rohöl stammten, die Ölförderung von 2,1 auf 0,8 Millionen Faß (159 l) / Tag.
Der nationale Entwicklungsplan sah jedoch für 1981 – 85 Projekte auf der Basis einer Förderung von 2,2 Millionen Faß/Tag zu 55 Dollar vor. Nigeria hat jetzt alle Mühe, sein Öl zu 30 Dollar/Faß loszuwerden. 1981 lag die Durchschnittsproduktion bei 1,3 Millionen Faß/Tag. Die Erlöse gingen entsprechend zurück, die Importe lagen pro Monat um rund 1 Milliarde DM über den Exporteinnahmen. Seit April letzten Jahres versucht die Regierung eine wirtschaftliche Vollbremsung: drastische Zollerhöhungen, Importbeschränkungen, Budgetkürzungen. Ergebnis: ein allgemeiner Konjunktureinbruch. Viele Unternehmen arbeiten mit verminderter Leistung, weil Ersatzteile fehlen, die Arbeitslosigkeit steigt, das reale Bruttosozialprodukt fällt.
Im August 1982 reichten die Devisenreserven noch für die Importe eines Monats, Nigeria wurde praktisch zahlungsunfähig, die Zentralbank zahlte Devisen erst verspätet aus. Das Ergebnis war, daß sich immer mehr Banken weigerten, Nigeria-Lieferungen zu decken und daß z.B. die bundesdeutsche Hermes-Exportversicherung die Deckung für Nigeria-Geschäfte einstellte.
Die westlichen Banken veweigern Kredite, solange Nigeria nicht ordnungsgemäß seine Rechnungen bezahlt. Verhandelt wird um einen Großkredit Saudi-Arabiens, zu der Bedingung, daß Nigeria seinen Ölpreis senkt. Nach den Wahlen vom August dürfte den nigerianischen Politikern der Gang zum Weltwährungsfond bevorstehen.

Sündenböcke

Der Hinauswurf der illegalen Ausländer war offensichtlich ein Versuch, von der Misere abzulenken. Wirtschaftlich bringt er den Nigerianern wenig. Mancher Unternehmer wird froh sein, seine Belegschaft verringern zu können, ohne großes Aufsehen zu machen. Ob er dafür nigerianische Arbeitslose, vielleicht sogar zu den gesetzlichen Mindestlöhnen, einstellt, steht auf einem anderen Blatt. Schweren Schaden hat sich das Land durch die Flucht von unersetzlichen Fachkräften im Unterrichtswesen und in der Wirtschaft zugefügt. Die Bettler und Diebe, Prostituierten und Kleinhändler, die Ärmsten also, werden bald wieder da sein, spätestens nach den Wahlen.



Blinder Riese Nigeria (Die Zeit 7-11 Februar 1983)

Die Folgen

Was die nigerianische Regierung zur Rechtfertigung ihrer Massenausweisung auch vortragen mag, der tiefere Grund liegt in einer Situation, die bereits in der Kolonialzeit ihre Wurzeln hat: die ungleiche Entwicklung verschiedener Gebiete mit den daraus resultierenden Wanderbewegungen. Als Folge erleben wir ein maßloses Wachsen einiger Ballzungszonen einerseits, Vernachlässigung ländlicher Gebiete andererseits. Nigeria ist nur ein sehr krasses Beispiel dieser Entwicklung, eine groteske Übertreibung von Tendenzen, die man auch anderswo in Westafrika beobachten kann.
Der Ölboom der 70er Jahre hat die Situation nur noch weiter destabilisiert: Nigeria hat trotz massiven Geldzuflusses und zahlreicher Investitionen keine stabile Entwicklung erreicht: es produziert nicht, was es konsumiert und es konsumiert nicht, was es produziert. Die exzessive Weltmarktabhängigkeit des Landes führt zu exzessiven Krisen, wenn der Preis des Hauptexportprodukts verfällt, da das Land keine andere wirtschaftliche Basis hat.
Die ungleiche Entwicklung des Landes hat Menschenmas-

sen aus dem eigenen Hinterland und dem Ausland in die Slums der Großstädte gezogen. Es bleibt Nigeria wie auch anderen westafrikanischen Länden nichts anderes übrig, als den Trend umzukehren, indem man eine breite Basisentwicklung im ganzen Lnd ernsthaft in Gang setzt. Das bedeutet vor allem, daß dezentral die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung sichergestellt wird: ausreichende Nahrung, trinkbares Wasser, Gesundheitsvorsorge und Bildungseinrichtungen, sowie Möglichkeiten der persönlichen und wirtschaftlichen Entfaltung. Hierbei müssen vorrangig die eigenen Ressourcen eines Landes genutzt werden, um auch in Krisenzeiten auf eigenen Füßen stehen zu können. Es bleibt zu hoffen, daß die ausgewiesenen Fremden in ihren Heimatländern Chancen erhalten, an entsprechenden Maßnahmen mitzuwirken.
Die Ausweisung von Millionen Menschen ist auch auf dem Hintergrund dieser Überlegungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bewerten, insbesondere weil sie ohne jedes Verfahren, in unhaltbar kurzer Frist und mit großer Brutalität durchgeführt wurde. Erstaunlicherweise haben die Regierungen der Region die Maßnahme praktisch kommentarlos hingenommen und auch in Europa rührte sich kaum Protest von offizieller Seite. Das rücksichtslose Vorgehen Nigerias ist aber mit Sicherheit ein Schlag ins Gesicht all derer, die versuchen, durch stärkere regionale Zusammenarbeit Westafrika stabiler und unabhängiger von Weltmarkteinflüssen zu machen. as

Nigeria und Barbarei

(. . .) (Nigerias) Innenminister trägt einen leicht zu merkenden Namen, Alhaji Ali Baba, den man sobald nicht vergessen wird, denn er wird mit einer Entscheidung verbunden sein und mit Maßnahmen von einer Barbarei, die bislang in Afrika unbekannt war und wenig Vergleichbares aufweist in der Welt seit dem 2. Weltkrieg. Alhaji Ali Baba hat am Montag, den 17. Januar angekündigt, daß die Ausländer, die in Nigeria ohne gültige Papiere leben und arbeiten, das Land in vierzehn Tagen zu verlassen hätten: ausgewiesen ohne irgendein Verfahren.
Die betroffenen Ausländer sind Afrikaner und Schwarze, wie die, die sie zurückstoßen, oft Angehörige derselben Ethnie und derselben Religion wie die Nigerianer, in deren Mitte sie seit Jahren gelebt haben. (. . .)
Man weiß nicht, warum die Herrschenden Nigerias sich zu solchen Taten haben hinreißen lassen, die man ihnen nicht zugetraut hätte und die sie für lange Zeit in Verruf bringen werden. Diese Taten beschädigen schwer und dauerhaft das Ansehen ihres Landes in Afrika und in der Welt und verbieten ihm künftig jede afrikanische oder internationale Rolle. Ich will nicht an bloße Leichtfertigkeit oder Wahlkampfgetue glauben. Ich behaupte, daß die Regierung, die dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit – denn darum handelt es sich – begeht, in einer sehr ernsten Lage sein muß, von der die Außenwelt nichts ahnt.
Man kann annehmen, daß die Hindernisse, die Herr Ali Baba im Augenblick der Einreise von Journalisten entgegensetzt, nicht nur dazu dienen sollen, die Schrecken des Auszugs der Abgeschobenen zu verstecken. Sie sollen auch die Situation verbergen, die dazu geführt hat, daß man Frauen und Kinder deportiert, die Allerärmsten beraubt. (. . .)
Das von der Krise getroffene Nigeria hatte natürlich das Recht und sogar die Pflicht, seine Interessen wahrzunehmen, darunter, wenn nötig, die schrittweise Abreise der Ausländer, die seine Gesetzte nicht einhalten. Keiner hätte etwas dagegen einzuwenden. (. . .)
Was man im Fall Nigeria weder billigen noch verzeihen kann, ist, daß man die Ausländer schlimmer als Vieh behandelt hat, nachdem man sie jahrelang hereingelassen und toleriert hat – was für sich alleine schon Verantwortlichkeiten schafft. Man hat sie hinausgeworfen, nachdem man sie ausgeplündert hat. (. . .)
Während der Leidenszug von Hunderttausenden (...) sich unter unseren Augen fortsetzt, (. . .), was hören wir? Betretenes Schweigen. Ja, hätte es sich um Südafrika oder Israel gehandelt, welches Konzert von (billigen) Verurteilungen hätten wir hören können! Aber es ist Nigeria, Freund der USA und der UdSSR, Großbritannien nahestehend (. . .), Mitglied der OAU und der Blockfreien. Also schweigt man scheinheilig. (. . .)
Wer hat die Herrschenden Nigerias verurteilt? (. . .) Wer hat Druck ausgeübt, damit das andauernde Verbrechen endet? Wer hat gedroht, die Beziehungen zu ihnen abzubrechen oder hat sich auch nur distanziert? (. . .)
Mit welcher Glaubwürdigkeit können wir jetzt noch die südafrikanische Apartheid verurteilen (gerade Nigeria will sich von niemandem auf diesem Gebiet übertreffen lassen)? (. . .)
Die, die noch schweigen, drei Wochen nach dem Beginn dieser feigen Tat, die fortdauern und mit einem Scherbenhaufen enden wird, sind Komplizen. Die, die helfen können, die Leiden der Abgeschobenen zu lindern oder abzukürzen und es nicht tun, sind Komplizen.
(Auszüge aus einem Artikel von Bechir Ben Yahmed, veröffentlicht in „Jeune Afrique", Nr. 1153, 9.2.1983, Übersetzung: as)

Der „Leuchtende Pfad" in Peru

„Sendero Luminoso": Terrorismus – Guerilla – Volksbefreiungskampf?

Seit Mitte der 70er-Jahre bestimmt der Internationale Währungsfonds (IWF) die Politik Perus: das völlig verschuldete Land wurde (und wird) gezwungen, die Reformen der Militärregierung Velasco Alvarado (1968-1975) zurückzunehmen, die nationalen Reichtümer zu Schleuderpreisen zu exportieren und die Staatsausgaben durch Streichungen im Sozial- und Erziehungsbereich zu kürzen. Eine massive Verelendung der städtischen und ländlichen Bevölkerung war die unmittelbare Konsequenz dieser Politik. Die seit 1980 amtierende „demokratische" Zivilregierung Belaunde hat die Politik der vorangegangenen Regierung nur verschärft, die Hoffnungen eines großen Teils der Peruaner auf Veränderungen wurden brutal zerstört (siehe „blätter" Nr. 91, Februar 1981 und Nr. 105, November 1982). Auf diesem Hintergrund ist das Auftreten der Gruppe zu sehen, mit der sich der folgende Artikel ausführlich beschäftigt. Red.



Wer versucht, sich in Peru mit der von Sendero Luminoso geschaffenen Situation zu beschäftigen, tut sich nicht leicht: eine „objektive Analyse" ist wohl nicht möglich. Wir haben bei unserem Peru-Aufenthalt als Mitarbeiter einer Peru-Solidaritäts-Gruppe mit vielen Leuten (Sympathisanten und Kritikern) gesprochen, viele Berichte gesammelt und versuchen, daraus einen Bericht zu geben, der etwas mehr wiedergibt, als aktuelle Schilderungen von „Kampfberichten", was ja meist bei den großen Zeitungen der Fall ist.

Das Einflussgebiet von Sendero

Nicht von ungefähr ist Sendero im Departement von Ayacucho „zuhause". Wir gehen davon aus, daß der Ursprung der jetzigen Situation in der unmenschlichen Politik der Herrschenden und in der „Entwicklung der Armut" zu suchen ist.
Das Departement Ayacho, ca. 350 km südl. der Hauptstadt Lima, was eine Fahrt von ca. 15-20 Stunden und mehr bedeutet, ist davon besonders betroffen:
Für die ca. 500.000 Menschen der Region gibt es nur ca. 4% gutes Land (was zudem nichtmal von der Agrarreform der Militärregierung richtig angetastet wurde), 45% des Landes ist kaum landwirtschaftlich nutzbar. 70% der Gesamtbevölkerung lebt aber von der Landwirtschaft. Es gibt nur für knapp 1/3 der Kinder eine Schulmöglichkeit. Auch die Gründung der Universität brachte keine strukturelle Veränderung der Situation. Die Weltgesundheitsorganisation sagt, daß das Minimum zum Überleben 850 Kalorien täglich sei, aber viele Menschen müssen in diesem Gebiet mit 420 Kalorien auskommen, und das z.T. in Höhen über 3.000 Metern.
In dieser brutalen Wirklichkeit entsteht 1969 Sendero aus der ultra-maoistischen Gruppierung „Bandera Roja" als „Kommunistische Partei Perus" (por es Sendero Luminoso de Mariategui) – PCP-Sendero Luminoso. Bereits zu Beginn der 70er Jahre wurden die Leitlinien und Strategien für die heutige Politik festgelegt. Ausgerichtet auf die „klassischen Thesen" des Maoismus und mehrheitlich durch Dozenten/Studenten der Provinzuniversität von Ayacucho eingerichtet, begann die Gruppe in deutlich sektiererischer Form.

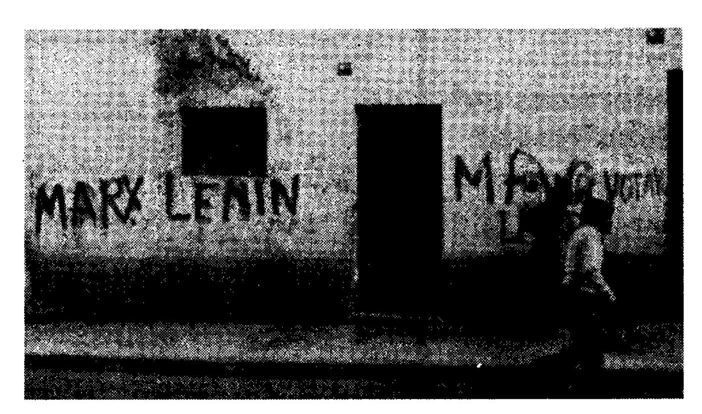
Auf einem Kongreß 1978 erklärte Sendero, daß der Parteiaufbau beendet sei und jetzt der Volkskrieg beginnen würde. Die Sabotageaktionen, Wandparolen nahmen zu: „Bewaffneter Krieg jetzt – vom Land in die Stadt". „Logisch" war somit auch der Aufruf zum Wahlboykott durch Sendero im Jahre 1980.
Auffallend ist, daß in dieser total hierarchischen Organisation viele jüngere Campesinos der Region mitmachen, spez. Kinder von mittleren Bauern, deren Kinder trotz aller Schwierigkeiten auf die Universität von Ayacucho konnten. Hier erlebten sie die Unterdrückung auch im „rassistischen" Sinn, es gibt keine „Aufstiegschancen" für die Mehrheit von ihnen. In dieser Situation hat es „Sendero" verstanden, an die alte vorinkaische Tradition der Region anzuknüpfen, wo die Einheit von Religion und Politik sehr stark entwickelt war. In den Elendsvierteln der Großstädte nimmt die Zahl der „senderistas" unter den Jugendlichen zu, die „nichts zu hoffen und zu verlieren haben". „Sendero" arbeitet stark mit „messianistischen" Haltungen – mit festen Strukturen in kleinen Zellen. Es ist uns nicht möglich, eine Aussage über die Mitgliedszahl zu machen.

Zur Ideologie von Sendero

Um die Aktionen von Sendero besser einschätzen zu können, hier einige Aspekte zur Ideologie:
„AUSSER DER MACHT IST ALLES ILLUSION" (Motto von Sendero)
Sendero sagt aus:

– Peru ist ein abhängiges, halbkoloniales, halbfeudales Land. Die Landbevölkerung ist am meisten unterdrückt, ausgebeutet und rückständig – auf dem Land ist der Hauptknoten der Widersprüche der ganzen Gesellschaft. („que hacer" Nr. 19, Lima-Peru)
– Der peruanische Staat ist nach Sendero „großgrundbesitzlerisch" und bürokratisch geführt durch eine Diktatur feudaler Großgrundbesitzer und des Großbürgertums unter der Kontrolle des Imperialismus..." (aus einem Kommunique von Sendero in „el diario", Lima, 7.1.83)
– In Peru existiert nach Meinung von Sendero ein kontinuierlicher Faschismus, wobei sie, um nicht genau unterscheiden zu müssen, sagen, daß es nicht auf die Methoden, sondern auf die Zielvorstellungen ankommt.
– Die Abgeordneten der linken Parteien im Parlament werden als Mißgeburten bezeichnet, die mithelfen, den „faschistischen Staat" aufzubauen.

„Die verfaulte Ordnung davonjagen".....
Aus dem Papier von Sendero „Entwickeln wir den Guerillakrieg" vom November 1982 (wovon es bereits eine deutsche Fassung gibt)
– Sendero versteht sich als die einzig wahrhafte marxistisch-leninistisch-maoistische kommunistische Partei Perus, sie nennen sich „Kommunistische Partei Perus" (PC del P).
– Sie haben die Aufgabe ergriffen, die Macht für das Volk zu erkämpfen (S. 1), „das sich in einen tobenden Sturm verwandeln, die herrschende alte, verfaulte Ordnung davonjagen wird...". Sie behaupten, der bewaffnete Kampf hat das ganze Land überzogen, sie verstehen ihren Krieg als Bauernkrieg, der in 2.900 Aktionen brennt... Diese Aktionen sollen die halbfeudalen Strukturen (so schätzt Sendero die Klassenstrukturen im heutigen Peru immer noch ein) erschüttern. Andere Aktionen (wie die Sprengung des Kennedydenkmals im Reichenviertel Miraflores) werden als Schläge gegen den US-Imperialismus verstanden. „Genauso wie die Schläge gegen die chinesische Botschaft, dem dunklen Posten der Tengrevisionisten... der notorischen Komplicen und Spießgesellen der Yankies (USA) und großen Verräter der internationalen kommunistischen Bewegung und insbesondere des Marxismus-Leninismus-Maoismus". (S.3.) Die Sowjetunion wird als dunkle Macht bezeichnet, die heute das revisionistische Weltzentrum bildet, jegliche Zusammenarbeit wird abgelehnt. (S.7)



Mauerparolen des „Sendero Luminoso" in Ayacucho

– Einige bezeichnen uns als „leuchtende Finsternis" (Sendero Tenebroso), (S.9).... Und es gibt die, die uns 'infantil', 'Provokateure'.. als 'Abenteurer'... bezeichnen ohne angesichts ihrer politischen Dummheit zu begreifen, daß sie selbst alte politische Falschmünzer und Biertischpolitiker sind. Dennoch haben sie in einer Angelegenheit vollkommen recht: wir sind weder Anbeter des parlamentarischen Kretinismus noch abgestumpfte Wanderer auf dem opportunistischen Pfad der Wahlen.
Für Sendero ist der bewaffnete Kampf Ziel an sich: „Der bewaffnete Kampf öffnet durch seine geschaffenen Tatsachen selbst den Weg zum bewaffneten Kampf". (S.16)

Was hält Sendero von den anderen marxistischen Gruppen in Peru?

Wir möchten das kurz anhand eines Interviews mit Mitgliedern von Sendero im Gefängnis „El Fronton" aufzeigen:

Was halten Sie von den anderen linken, marxistischen Parteien?

Sie sagen, sie sind Marxisten, aber sie sind es nicht. Sie haben in den Massen Illusionen geweckt, sie haben sich vor den Karren der Reaktion spannen lassen.

Wie rechtfertigen Sie die Erschießungen der Regierungsvertreter in Ayacucho und Andahuaylas?

Wir bringen sie um, weil sie die Sache des Volkes verraten.

Aber Sie haben auch den Präsidenten der Bauerngemeinde von Ongay umbringen wollen, der in der UDP (Unidad-Democratico-Popular) ist. Ist das gerecht?

Es ist gerecht, weil sie Illusionen verbreiten und damit dem Feind dienen. Das ist Gerechtigkeit, denn die Gerechtigkeit hat einen Klassencharakter.. . . Es ist gerecht, notwendig und korrekt . . . Außerdem, es ist eine Revolution, und jeder, der sich gegen diese Revolution stellt, wird erdrückt wie ein Insekt. . .

Welches sind die Gedanken vom „Kameraden Gonzalo"

(Das ist Abimael Guzman Reynoso, Führer von Sendero, am 4.12.1934 in Mollendo bei Arequipa, in Südperu geboren, er wurde 1961 Rechtsanwalt und begann in der Kommunistischen Partei Perus seine politische Arbeit; trennte sich von ihr wegen der Entwicklung in der Sowjetunion und richtete sich dann pro-chinesisch aus. Er war Professor an der Universität von Ayacucho. Es wird gesagt, daß seine ideologische Ausrichtung heute nach Khien Samphan, dem Ideologen Pol Pots ausgerichtet ist.)

Wir haben die korrekte Linie: Marxismus-Leninismus-Maoismus und die leitenden Gedanken des Genossen Gonzalo... Die Hauptangriffe gegen die Revolution kommen vom Revisionisten Breschnew, den Ratten Teng-Hsiao Peng und Hua Kuo Feng und dem Elendigen Hoxa aus Albanien... Gonzalo ist die einzige Führung der Weltrevolution..." (Caretas, 27. 9. 1982, Lima-Peru)



Diese Aussagen wurden deshalb so ausführlich gebracht, um Sendero an eigenen Sprüchen zu messen. Sie sprechen eine klare Sprache, und in persönlichen Gsprächen mit Sympathisanten kamen ähnliche Vorstellungen immer wieder. Sendero beansprucht also nicht Geringeres als die Führung der Weltrevolution, die „4. Etappe" des Marxismus zu sein, wobei als Wiege die peruanischen Anden gelten. An dieser Stelle können wir nicht ausführlich über die Vorstellungen, „das Andine wiederzuerkämpfen" eingehen. Sendero hat sicherlich wichtige Aspekte aufgegriffen, aber sie total für sich eingenommen.
Aus einem Lied von Sendero an den Führer, den Genossen Gonzalo:

„Gonzalo, die Massen flehen
und die Anden erbeben,
sie drücken ihre heiße Passion
und ihren sicheren Glauben aus.
Und das Volk hört andächtig,
während es seinen Aufgaben nachgeht;
es ist Gonzalo, singt das Feuer,
Gonzalo ist der bewaffnete Kampf ..."

Sendero-Aktionen

Gemäß der Strategie „Sabotageakte durchzuführen" sprengte Sendero Lichtmasten, Brücken, Polizeiposten, öffentliche Gebäude etc. in die Luft. In eigenen Flugblättern haben sie angegeben, ca. 2.900 Sabotageakte durchgeführt zu haben. Dabei waren der Überfall auf das Gefängnis von Ayacucho (2.2.1982) mit der Befreiung von 260 Gefangenen und Sendero-Mitgliedern und später die Zerstörung des Elektrizitätssystems von Lima die spektakulärsten Ereignisse. Sendero kassiert von den vermögenden Familien und Geschäftsleuten „Sicherheitsgebühren" in Ayacucho, und wenn Bezeichnungen wie Dorfbesetzungen und Vollstrekkungen (Morde) hier von Sendero gebracht werden, kommen wir zu einem Aspekt, der unsere größte Besorgnis verdienen sollte. „Eine Revolution ist kein Kindergartenspiel", antwortet uns ein „Senderist" auf die Frage, warum Sendero in ihrem „heiligen Krieg" wie es von ihnen genannt wird, individuelle Gewalt gegen Menschen ausübt, obwohl das doch u.a. von Lenin stark abgelehnt wurde. Sicher, eine Revolution ist keine romantische Angelegenheit, aber alle verantwortlichen revolutionären Gruppen achten stark darauf, daß nicht mit Methoden gearbeitet wird, die gegen die Interessen der unterdrückten Menschen gerichtet sind. Welche Gesellschaft wäre zu erwarten, wenn sie u.a. mit solchen Aktionen durch Sendero vorbereitet wird?

- Sendero überfiel Busse und Studenten in der Mensa und zwang die Leute mit Waffengewalt, ihre Borschüren zu kaufen,
- Sendero verübte auf das Lokal von UNIR (Nationale Vereinigung der Revolutionären Linken) einen Dynamitanschlag in Arequipa.

Sendero hat eine Todesliste (mit über 50 Namen) veröffentlicht und bringt die darin genannten Personen um. Auf der Todesliste stehen der Präfekt, der Polizeichef von Ayacucho, der als Drogenhändler bekannte Aktion-Popular-Abgeordnete J. Parodi V., aber auch z.B. der früher zu Sendero gehörende bzw. damit sympathisierende Rektor der Universität von Ayacucho, Vertreter der Vereinigten Linken wie auch der Vertreter der Elendsviertel von Ayacucho.
Sie sind als „Volksverräter und Polizeispitzel" von Sendero angeklagt:

- der Elendsviertelvertreter Victor Prado wurde am 30. 8.1982 in der Vollversammlung des Elendsviertels Vista Alegre erschossen.



- Auch gegen „Aussteiger" geht Sendero brutal vor: Als „Verräter an der Partei" wurden der Arbeiter H. Galindo (42) und der Student J. Ramos (19) im Mai '82 umgebracht (el diario, 24.12.1982).
- Die Köchin Maria Molina wurde am 27.11.82 umgebracht, weil sie Essen für die Spezialpolizeitruppe (die „sinchis") zubereitete (el diario, 24.12.82).
- Am 24.11.1982 tötete ein Kommando von Sendero den Leiter der Agrarliga von Ayacucho Juan Cisneros Quispe. Sie hatten ihm einen Karton mit dem Text „So sterben die Verräter, die mit den Schweizer Ausbeutern zusammenarbeiten" übergelegt.
  Juan Cisneros war 1980 Kandidat der Vereinigten Linken, die „Schweizer Ausbeuter", die dort Projekte hatten, war eine „Schweizer Entwicklungsorganisation", die seit vielen Jahren mit der Universität zusammenarbeitete und nach Aussagen auch eine gute Arbeit leistete.
- Sendero tötete auch, gegen den Widerstand der Arbeiter, die Zuchtkühe und -stiere eines Projekts, weil dadurch der Imperialismus Einfluß nehmen würde.

Gegen autonome Strukturen ist Sendero allergisch. Ein ideologisches Problem stellt sich für Sendero immer dort, wo die Bevölkerung autonom und ohne Diktat von Sendero Lösungen sucht. Das wurde u.a. deutlich durch zwei Streiks in Ayacucho: Am 2.12.1982 war die Stadt durch den Streik des „Arbeiterzusammenschlusses" lahmgelegt, nach vorheriger Diskussion verschiedener Gremien und Organisationen. Am 8.1.83 war die Stadt durch eine „Anordnung" von Sendero lahmgelegt. Sendero kündigte (u.a. durch Bekanntgabe mittels Rundfunkbesetzung) drastische Strafen denjenigen an, die sich nicht daran beteiligten. Sinesio Lopez meint in der Zeitung „el diario" dazu:
„... Wenn das Militär mit Strafandrohung die Paralysierung der Stadt anordnet, würde es das Gleiche erreichen wie Sendero. Die Unterordnung durch die Angst existiert. Alle Diktaturen, spez. die Faschisten, suchen ihre Macht darin..." (11.1.83).
Einer der Intellektuellen von Ayacucho, der Leiter des Nationalen Kulturinstituts Walter Wong G. wurde u.a. wegen seines Engagements bei dem Bevölkerungsstreik von Sendero in seinem Büro erschossen. Die fortschrittlichen Menschen, die nicht mit Sendero übereinstimmen, haben also nicht mehr nur die staatliche Repression gegen sich, sondern auch Sendero.

Die Meinung der linken Parteien zu Sendero

Es gibt keine einheitliche Einschätzung. Viele Gruppen geben an, daß die Zunahme von Sendero eine Schwäche der Linken darstellt. Es ist deutlich, daß dort, wo die Be-

völkerung sich besser organisiert hat, z.B. in „Bauernwehren" (ronads campesinas) oder in regionalen Verteidigungskomitees, der Einfluß von Sendero gering ist. So haben campesinos (Bauern), die sich in ihrer „ronda" organisiert haben, die eine authentische Organisationsform darstellt, Sendero-Leute, die sie zum bewaffneten Volkskrieg aufriefen, der Polizei ausgeliefert.
Sendero achtet nicht auf die autonomen Strukturen der Bevölkerung, ist total undemokratisch und provoziert solche Situationen auch selbst.

- Der Trotzkist Hugo Blanco besteht darauf, daß er das „Erstgeborenen-Recht" im Guerilla-Kampf besitzt, weil er 1965 bei der Guerilla im Süden Perus führend war. Er erklärt z.B.: „Die Tatsache, daß wir nicht mit Sendero einig sind, heißt nicht, daß wir sie nicht als Revolutionäre sehen..." (Caretas, 27.9.1982). In Versammlungen spricht er auch von Sendero als von unverantwortlichen Dummköpfen.
- Als Sprecher vom Bündnis UNIR erklärte R. Brena von Patria Roja auf die Kritik von Sendero, daß die übrige Linke „parlamentaristisch" sei: „Unsere Teilnahme im Parlament bedeutet nicht, die Regierung zu loben. Es bedeutet, daß wir das Recht und die Pflicht haben, alle Kanäle zu benützen... Nicht jeder, der den bewaffneten Kampf macht, ist auch Marxist! – Aber für Sendero ist ja jeder legale Kampf reformistisch, konterrevolutionär und bürgerlich." (Caretas, 20.9.1982, Lima-Peru)
- Die marxistische Fraktion der gespaltenen „Revolutionären Sozialistischen Partei (PSR-ML), die recht unbedeutend ist, schimpft, daß Sendero ihnen ihren Platz wegnimmt.
- Eine tiefergehende, politische Kritik an Sendero macht Vanguardia Revolucionaria PC: ihrer Meinung nach ist Sendero total undemokratisch und somit nicht in der Lage, den Kampf um eine demokratische Gesellschaft anzuführen (wobei natürlich nicht unsere „Demokratie" als Modell stehen soll).
  „... Das Problem ist auch nicht der Zeitpunkt (wann der bewaffnete Kampf beginnt), sondern das der politischen und ideologischen Konzeption. Wir sind weder für den Gebrauch des Terrorismus als politische Methode noch für den Gebrauch von Gewalt gegen Teile der Volksmassen aus Rivalitätsgründen. Sendero hat eine dogmatische, statische und antihistoriche Konzeption...
  Eine Sache ist die revolutionäre Gewalt, die andere ist der Terrorismus.
  Die Aktionen von Sendero zielen darauf hin, daß die Herrschenden die erkämpften demokratischen Rechte auflösen. In letzter Konsequenz könnten die Aktionen von Sendero eine faschistische Zuspitzung der Repression erreichen, wobei dann nicht allein Sendero, sondern alle fortschrittlichen Menschen betroffen sein werden.
  Die Gewalt ist nicht der Inhalt der Revolution, sondern eine notwendige Form. Sendero erhebt die Gewalt zu einer revolutionären Kategorie – bedenkt aber nicht die notwendigen Bedingungen, um aus ihr eine effektive revolutionäre Waffe zu machen. Die Zielvorstellung unserer Revolution ist Freiheit und Zukunft...
  Sendero arbeitet mit mystischen und fanatsichen Elementen – der Marxismus wird zu einem neuen Katechismus und J. C. Mariategui wird fast zu einem religiösen Führer gemacht, obwohl doch seine Leistung (als der wichtigste marxistische Denker Lateinamerikas) gerade darin besteht, zu zeigen, daß die Revolution ein schöpferischer Akt sein muß und keine fanatische Angelegenheit...



...und sei froh, daß Du in Peru bist. In Chile, Uruguay, Paraguay, oder Argentinen kannst Du Dich nicht mal beschweren.

  Für Sendero ist die Feindbestimmung leicht: wer nicht die gleichen Positionen vertritt, gehört zum feindlichen Lager. Das ist Tyrannei und Despotismus und es ist gleich, in welchem Namen es ausgeübt wird. Somit gibt es keine Möglichkeit, daß Organisationen, die eine verantwortliche revolutionäre Arbeit machen, mit Sendero übereinstimmen oder zusammenarbeiten können" (Jan. 1983, Lima-Peru)

Schmerzhaft deutlich wird das auch für uns als Solidaritäts-Jicamarca im Andenhochland. Dahinter stand der „Landhunger" von Personen, die der regierenden Accion Popular-Partei nahestanden. Der Leiter des Dorfes, Anaya wurde unter „Terroristenverdacht" verhaftet und ins Gefängnis „El Fronton" gesteckt. Wegen seines Engagements wurde Anaya beim letzten Kongreß der Bauerngewerkschaft (CCP) in das Nationale Führungskomitee gewählt. Die „Koordination der Menschenrechte" forderte eine Kampagne zur Freilassung von Anaya und allen politischen Gefangenen. Von Amnesty International wurde Anaya als besonders gravierender Fall von Menschenrechtsverletzung adoptiert, es begann eine weltweite Kampagne zur Freilassung, die auch Erfolg hatte.
Sendero sieht das so: Ihre „Auslandsabteilung" schreibt aus

Madrid u.a.: „Uns ist bekannt geworden, daß Anaya eine Rundreise durch Europa machen wird. Er spielt dabei die Rolle eines politischen Exgefangenen und Verfolgten. Wir möchten alle Solidaritätskomitees.... vor diesem Element dringlichst warnen. Er ist ein Agent Belaundes... Heute taucht er wieder auf und gibt vor, in der IU (Vereinigten Linken) mitzuarbeiten. Dies ist eine Lüge. Selbst die „electoreros" (Wahlteilnehmer) der IU bezeichnen ihn als einen Verräter und wollen nicht mit ihm zu tun haben..." Halten sich die „senderistas" für so „erleuchtet" und die Bauern (die CCP ist Bestandteil der IU) für so dumm, daß diese einen „Verräter/Spitzel" in die CCP-Leitung wählen würden?

Was haben die Aktionen von Sendero bewirkt?

Sendero versucht, neben den „Dorfbesetzungen" und Vollstreckungen in den Dörfern, wo sie Einfluß haben, zweitrangige Probleme zu lösen, indem sie gegen Händler und Viehdiebe vorgehen. In der ganzen Region wird der Einfluß des Militärs immer größer. Auf diese Entwicklung bereitete die „Zivilregierung" Belaundes die Öffentlichkeit vor. Nach einer Notsitzung der Regierung gab Präsident Belaunde am 22.12.1982 „grünes Licht" für das Eingreifen des Militärs.
Vorher hatte er Sendero aufgefordert, sich innerhalb von 72 Stunden zu ergeben. Damit sollten die „demokratischen Spielregeln" eingehalten werden, um den Einsatz der Spezialtruppen und die sich abzeichnende große Repression gegen die Bevölkerung zu rechtfertigen. Sendero wies dieses Ultimatum zurück: „Je mehr Repression es gibt, desto mehr Aktionen wird es von uns geben. Wir sind genügend vorbereitet, um auf jede Repressionsaktion eine Antwort zu geben."
Im Sprachgebrauch von Sendero gibt es den Begriff „befreite Zonen". Aber im Gegensatz zu El Salvador betreibt Sendero mit diesem wichtigen Aspekt in einem Befreiungsprozeß großen Mißbrauch. Sendero hat bestimmte Zonen im Gebiet von Ayacucho besetzt, aber nicht befreit. Sendero hat (bzw. hatte) Dörfer militärisch kontrolliert. Durch die zunehmende Repression hat es Sendero erreicht, daß sie zunehmend von Teilen der Bevölkerung in der Zone unterstützt werden. Fast in jeder Familie gibt es Kinder, Brüder, Neffen, Freunde, die mit Sendero was zu tun haben. Aber die Bevölkerung steht nunmehr immer stärker zwischen zwei Fronten: das Eingreifen der Militärs bedeutet eine brutale Zunahme der Repression, eine „Mittelamerikanisierung" des Gebietes um Ayacucho.
Sendero sieht in dieser Zuspitzung einen Erfolg, denn sie wollen, daß das Bürgertum nach „mehr Militär" und „mehr Repression" ruft (wobei wohl auch feststeht, daß einige Sabotageakte von rechten Gruppen in diesem Sinne verübt worden sind), damit dann, wenn sich die Lage zuspitzt, sich auch die „revolutionären Bedingungen" verbessern.
Das inzwischen erlassene Anti-Terrorismus-Gesetz gibt die „legale Basis", immer mehr Kommunalabgeordnete der Linken, Bauernführer, Gewerkschaftsführer usw. zu verhaften. Beispiel: Die Mine Canaria wurde von den Besitzern Pareja und Pflucker geschlossen. Die Minenarbeiter machten einen Opfermarsch vom Andengebiet zur Hauptstadt Lima. Sie versuchten, im Freien dort lebend, in der Weihnachtshitze leidend, eine Lösung zu erreichen. Die Besitzer zeigten den Generalsekretär dieser Minengewerkschaft E.-Ramirez Gamboa sowie weitere 30 Minenarbeiter als „Terroristen" an. Sie wurden, als sie im Arbeitsministerium waren, verhaftet und im Gefängnis „El Fronton" gefoltert.
Menschenrechtsverletzungen sind in Peru an der Tagesordnung. Die Haftbedingungen für die Mitglieder von Sendero und die unter „Terrorismusverdacht" Verhafteten sind zutiefst unmenschlich.

- Die Rechtsanwältin Gutierrez wurde, als sie die Verteidigung eines politischen Gefangenen übernehmen wollte, selbst verhaftet und gefoltert.
- Die Ärztin Figueroa L. wurde verhaftet, weil sie eine Person ärztlich versorgt hatte, die „Terrorist" war.
- Ein Richter, der wegen „Terrorismus" angeklagte Bauern in Cuzco freisprach, wurde seines Amtes enthoben.
- Bauern aus dem Dorf „San Martin" führten wegen ihrer Forderung nach besseren Preisen für Mais einen Streik und eine Straßenblockade durch. Beim anschließenden Polizeieinsatz wurden 5 Bauern erschossen und deswegen wurde der Leiter des Dorfes, Segundo Cenurion als „Terrorist" gem. dem „Anti-Terror-Gesetz" Nr. 046 verhaftet.
- Das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte aus Cuzco prangerte die Repression gegenüber dem Dorf Acomaya an. Nach einem Provinz-Streik wurden 15 Bauern verhaftet und gefoltert. Ihnen wurde u.a. vorgeworfen, Brücken in die Luft gesprengt zu haben. Das Menschenrechtskomitee veröffentlichte Fotos mit den total unbeschädigten Brücken.
- Die Ermordung der 8 peruanischen Journalisten zeigte nochmals, wie die Wirklichkeit Perus ist. Die genauen Hintergründe sind weiterhin nicht klar. Der Vision, daß es die campesinos des Dorfes waren, müssen erhebliche Zweifel entgegengebracht werden. Deutlich wurde, daß die Gegend von Iquicha und Uchuracay, wo das Verbrechen stattfand, von den „sinchis" und von Einheiten der Marine-Infantrie „durchkämmt" wurde. Kollegen der ermordeten Journalisten wurde angedroht, daß sie auch dran glauben müßten, wenn sie weiterforschen würden. („el diario", 30.1.1983).

Der damalige Kriegsminister Grl. Luis Cisneros V., gefürchtet als „intelligenter peruanischer Pinochet", sagte deutlich, was das Eingreifen des Militärs bedeuten würde: „... Man tötet 60 Personen und dabei sind dann 3 Sendero-Leute...



Peruanischer Soldat in der Nahkampfausbildung

Die Polizei ist nicht vorbereitet, um gegen eine Masse vorzugehen, die man nicht sieht, und von der man nicht weiß, wo sie sind... Wenn wir die Kontrolle der Zone übernehmen, werden wir handeln. Wir sind Kriegsprofis und sind vorbereitet, um zu töten. Der Krieg ist so ... Ich bin Befürworter der Todesstrafe, nicht, weil ich meine, alle Senderos töten zu müssen, sondern, damit die Bauern wissen, auf welche Weise sie sterben wollen." („que hacer" Nr. 20, Januar 1983, Lima-Peru).

Militärs greifen ein ...

Den Worten des Generals folgten schlimme Aktionen: über 2000 Spezialsoldaten wurden bis Ende Januar 1983 nach Ayacucho eingeflogen. Die Militärs suchen nun Haus für Haus nach Waffen, „Verdächtigen" und „subversiver Literatur" ab, die Betroffenen beklagen sich immer mehr über Zerstörungen, Diebstähle, brutale Behandlung. Die Zahl der Verhafteten in der Region nimmt zu; der Innenminister spricht von ca. 500! Verdächtig sind alle Bewohner (nach dem Kommunique der Militärs Nr. 05S7SN), die irgendeine Waffe haben, die Lebensmittel haben, worüber sie keinen Nachweis besitzen etc. Im Januar 1983 gibt es in Peru schon über 1.000 Verhaftete im Zusammenhang mit der „Anti-Terrorismus-Aktion."
Das Militär bekam die politisch-militärische Kontrolle der Region übertragen. Die Truppen haben Befehl, auf „Verdächtige" sofort zu schießen, ohne auf mögliche Opfer von Nichtbeteiligten zu achten. („el diario", 26.12.82)
So geschehen u.a. am 27.12.82 in dem kleinen Dorf Huancaraylla (8 Std. von Ayacucho entfernt), als die Sondertruppe, die „sinchis" ins Dorf eindrangen und auf „Verdächtige", sprich Dorfbevölkerung sofort das Feuer eröffneten. Sieben ältere Männer wurden erschossen. („el diario", 13.1.1983)
Die einer besonderen Ausbildung unterzogenen „sinchis" zeigen in Ayacucho, wie sie ihrem Namen als „starke Kämpfer" nachkommen wollen. Während sie im Laufschritt durch die leeren Straßen eilen, schreien sie, was sie mit den „senderistas" machen werden: „wir massakrieren sie", „wir trinken ihr Blut" (was in der andinen Tradition bedeutet, das Herz herauszuschneiden und es zu essen). Sie haben z.B. die Hunde, die sie auf der Straße erwischt haben, dort mit dem Messer getötet und zerschnitten. Die Abscheu, die sie dabei bei der Bevölkerung hervorrufen, gehört mit zur „psychologischen Kriegsführung". So mehren sich in peruanischen Zeitungen die Bilder, worin Menschen abgebildet sind, die von den „sinchis" gefoltert, zerstückelt und getötet wurden. Diese „Mittelamerikanisierung" der Repressionskräfte war für viele Peruaner bisher nicht vorstellbar.
In einem Ort trieben die „sinchis" die Bevölkerung zusammen und forderten die Bewohner auf, zu sagen, wo die „senderistas" sich versteckt hielten. Als die Bewohner nicht antworteten, holte der Offizier einen alten Mann aus den versammelten Menschen heraus, band ihm Dynamitstangen auf den Körper und mit dem Ruf „Schaut her, Scheiß-Indios, so geht es allen, die mit Sendero arbeiten," zündete er das Dynamit an.

Alternativen der Linken

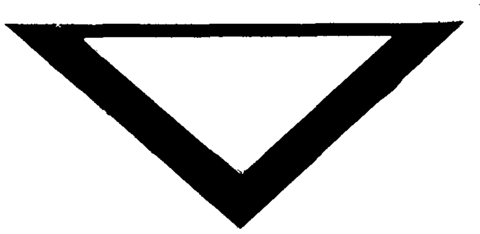
Sendero hat also den „Guerilla-Krieg", den sie wollten. Die Bevölkerung wird kaum aktiv daran teilnehmen, auch wenn sie, wie berichtet, in einigen Dörfern von der Bevölkerung aktiv und stark unterstützt wird. Im Zuge der Zuspitzung entstehen paramilitärische Gruppen, die ihre eigenen politischen Interessen verfolgen. Die Alternativen der peruanischen Linken sind nicht klar greifbar, uns scheint, daß aber ein positiver Prozeß in Gang gekommen ist.

Einmal ist das Engagement in der Basisarbeit seitens der Linken vertieft worden, und dabei stellen sich Teile der Linken den konkreten Problemen (Produktion- und Alternativen, Demokratisierung der Parteien und des Landes, Verteidigungskomitees, kommunale Arbeit etc.). Von Gruppen wie Sendero kann das vordergründig als „reformistisch" abgetan werden. Das ergibt nun noch nicht automatisch eine bessere politische Linie – aber es gibt noch weitere Anzeichen für ein neues politisches Bewußtsein: da ist das Bestreben konkret geworden, aus den wichtigen Parteien Vanguardia Revolucionaria (VR) – VR-PC, MIR (UDP) sowie die Kommunistischen Revolutionären Partei (PCR) eine Massenpartei zu machen – orientiert an den Gedanken des Gründers der Sozialistischen Partei Perus Jose Carlos Mariatequi. Aus der „Vereinigten Linken" (IU) (einem breiten Bündnis, worin auch die „moskau-orientierte" KP mitmacht – und so auf Konsens angewiesen ist) könnte eine Organisation werden, in der die vielen frustrierten ehemaligen Parteimitglieder und andere fortschrittliche Leute individuell mitmachen könnten.
Es ist bei einigen Gruppen das Bestreben da, aus der Linken wieder eine stärkere kämpferische Organisation zu machen, die eine konkrete Antwort auf die augenblicklichen Probleme gibt. Eine Rückbesinnung auf die großen Landbesetzungen, die Nationalstreiks, die regionalen Bewegungen wie die „Zusammenschlüsse zur Verteidigung der Interessen des Volkes" wird gefordert, ohne jetzt zu sagen, daß sowas wieder „automatisch" laufen könnte. Es muß aber eine konkrete Antwort auf die unmenschliche Situation, in der die Menschen Perus leben müssen, gesucht werden. Dabei müssen die Basisorganisationen unbedingt einbezogen werden. Es geht wohl vorrangig um eine Politik im Kampf für eine antiimperialistische und demokratische Regierung – in Richtung auf den Sozialismus – die fähig ist, die Veränderung zu schaffen, die das Land braucht.

Solidaritätsarbeit

Kann die Solidaritätsbewegung mit „Sendero Luminoso" zusammenarbeiten? Wir meinen nein, denn die Politik dieser Gruppe hat nichts mit den Gruppen und Bewegungen in Peru zu tun, die für ein menschenwürdiges Leben und gegen Unterdrückung und Ausbeutung kämpfen. Ihr Anspruch und ihre Praxis stehen zu den entsprechenden Bemühungen der peruanischen Gewerkschaften und Basisorganisationen in scharfem Gegensatz.
Dennoch werden wir auf keinen Fall unsere solidarische Unterstützung den politischen Gefangenen versagen dürfen, die über das „Comite de Familiares de los Presos Politicos" mitgeteilt werden, mit der Begründung, daß dies ein „Sendero"-Komitee sei.

Peru-Gruppe München



Hinweis: Die **»Lateinamerika-Nachrichten«** bringen in der **Februar-Ausgabe 1983** die Zusammenfassung einer Reportage über »Sendero Luminoso, die in »Que Hacer«, No. 19, Oktober 1982, Lima/Peru veröffentlicht wurde und die teilweise zu anderen Ergebnissen und Einschätzungen kommt als der obige Artikel.
Bezug: Lateinamerika-Nachrichten c/o FDCL, Im Mehringhof, Gneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61

Eldorado am Ok Tedi?

Kupferbergbau in Papua Neuguinea

Noch bevor Papua Neuguinea (PNG) 1975 die Unabhängigkeit erhielt, war im Parlament der „tausend Stämme" ein Achtpunkte-Entwicklungsprogramm vorgelegt worden, das starke Züge des tansanischen Entwicklungsphilosophen Julius Nyerere trug, und auf das auch heute noch gern Bezug genommen wird. Die Forderungen:

1. Verstärkte Beteiligung von Einheimischen an der Wirtschaft
2. Gleichmäßigere Verteilung der wirtschaftlichen Erträge
3. Dezentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten
4. Unterstützung von Kleinbetrieben in Handel und Gewerbe
5. Einheimische Produktion statt importierte Güter
6. Haushaltsfinanzierung durch Einnahmen aus dem Inland
7. Verstärkte Einbeziehung von Frauen bei gesellschaftlichen Aktivitäten
8. Staatliche Kontrolle und Einflußnahme in bestimmten Wirtschaftsbereichen.

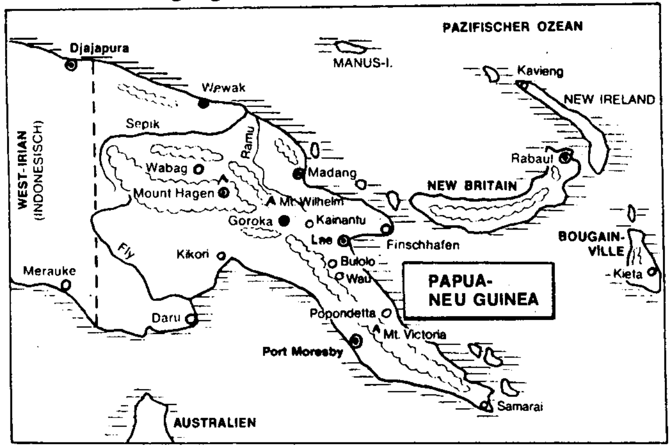
Diese nationalen Ziele wurden 1976 in der „Nationalen Entwicklungsstrategie" verankert, wo es u.a. heißt: „Die nationale Entwicklungsstrategie wird einen größeren Teil der nationalen Ressourcen den ländlichen Gebieten zuführen müssen. Die Maßnahmen der Regierung sind darauf abzustellen, daß Ungleichheiten reduziert werden, indem Einkommensmöglichkeiten in ländlichen Gebieten geschaffen werden. Die Strategie wird auch auf eine Verbesserung der Subsistenzproduktion abzielen." (1)
1978 schreibt der Sozialwissenschaftler BERRY in einer ersten Stellungnahme zur Verwirklichung der nationalen Entwicklungsstrategie: „Die Fortschritte, die seit Übernahme der Selbstregierung in Bezug auf das Acht-Punkte-Programm erzielt worden sind, müssen als äußerst begrenzt bezeichnet werden. Ausschlaggebend dafür sind einerseits die Konflikte zwischen den einzelnen Zielen selbst, und andererseits ist die Regierungspolitik nicht auf die Zielerreichung abgestellt worden." (2)
Dieser Sachverhalt wurde auch offiziell bestätigt, als der Direktor des Zentralen Planungsamtes in Port Moresby bekannt gab, daß das Ziel der Fiskalen self-reliance (also die Finanzierung des Staatshaushaltes durch Einnahmen aus dem Inland) nun das self-reliance-Ziel schlechthin sei.
Inzwischen gehört PNG zu jenen Ländern der „Dritten Welt", die eine außergewöhnlich hohe Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen. Für Ende letzten Jahres wurde eine Auslandstotalverschuldung von 600 Mio Kina (1 Kina = DM 3,30) prognostiziert, und die Zinszahlungen des Staates verdoppelten sich innerhalb von zwei Jahren auf 58 Mio Kina. Das Handelsbilanzdefizit betrug in der 1. Hälfte von 1982 137 Mio Kina, im Vergleich zu 90 Mio Kina ein Jahr zuvor.
Was das nationale Haushaltsdefizit betrifft, so rechnete die Regierung von PNG für 1982 mit einem Betrag von 74 Mio Kina. Diese Summe wäre um einiges höher, würde Australien nicht einen Beitrag zum Haushalt in Höhe von 241 Mio A$ geleistet haben, der etwa 26 % der gesamten Einnahmen des Staates ausmacht. Für 1985-86 hat Australien die Kürzung der Zuschüsse angekündigt. In Regierungs- und Finanzkreisen von Port Moresby ist es aus diesem Grunde unruhig geworden.

Wie ist es zu dieser Entwicklung gekommen? Als Australien in den 60er Jahren aufgrund des Drucks der Vereinten Nationen die Vorbereitungen zur Unabhängigkeit von Papua und Neuguinea zu treffen begann, wurden die Wege für jene Einheimischen geebnet, die Schlüsselpositionen in Politik und Wirtschaft übernehmen sollten. Daneben wurden bestimmte institutionelle Maßnahmen ergriffen (z.B. der Aufbau eines Bankennetzes, Infrastrukturmaßnahmen, Klärung der Landbesitzverhältnisse), um dem ausländischen Kapital den Zugang zu den begehrten Rohstoffen zu ebnen.
Australische Plantagenbesitzer, die in dieser Zeit ihre Ländereien an den Staat bzw. an einheimische Privatpersonen verkauften, ließen sich, wenn sie nicht in ihre Heimat zurückkehrten, im aufblühenden Vermarktungs- und Handelssektor nieder. Der Bergbausektor mit seinen Gold- und Kupfervorkommen wurde wegen des gewaltigen Kapitalbedarfs den internationalen Konzernen zur Erschließung überlassen. Aber auch bei der Produktion von Handelsgewächsen waren ausländische Investoren willkommen, beispielsweise wurden mit britischem und EG-Kapital und PNG-Beteiligung Ölpalm-Plantagen errichtet, die für Deviseneinnahmen sorgen sollen.
Die Beteiligung des Staates an den Bergbau- und Landwirtschaftsprojekten hat die Aufnahme von Krediten am internationalen Kapitalmarkt und bei multilateralen Organisationen wie IWF, Weltbank, Asiatische Entwicklungsbank u.a. erforderlich gemacht. Auch für die entsprechenden Investitionen im Infrastrukturbereich mußte der Staat von PNG Kredite aufnehmen. Da die Einnahmen aus dem Agrar- und Bergbausektor wegen des Preisverfalls auf den internationalen Rohstoffmärkten hinter den Erwartungen der Regierung zurückblieben, hat die Verschuldung des Staates ein bedrohliches Ausmaß erreicht.
Dazu beigetragen hat auch die wirtschaftliche Polarisierung zwischen Subsistenzwirtschaft und kapitalintensiven Wirtschaftsbereichen. Eine eigenständige Industrie gibt es nicht, der kleinindustrielle Sektor ist kaum nennenswert: 1978 wurden hier lediglich 23.000 Personen beschäftigt. Da außerdem der Zugang der Einheimischen zum kapitalintensiven Agrar- und Handelssektor beschränkt ist, kann eine Vernetzung von traditionellem und modernem Wirtschaftssektor nur schwerlich erfolgen. Die Regierung von Papua Neuguinea entfernt sich so immer weiter von ihrem 8-Punkte-Entwicklungsprogramm und setzt auf den von Australien vorgezeichneten Entwicklungsweg eines Rohstofflieferanten. Grundlage dafür sind die Kupfermine auf der Insel Bougainville und die riesigen Kupfervorkommen im Kiunga-Distrikt, deren Ausbeutung jetzt mit der Einrichtung einer der größten Kupferminen der Welt in Angriff genommen wird.

Kupferinsel Bougainville

Auf der knapp 600 Meilen von der Hauptinsel Neuguinea entfernt liegenden, zur Salomonengruppe gehörenden Insel Bougainville, einst deutsches Kolonialgebiet, später von Australien verwaltet, nahm die Panguna-Kupfermine 1972 die Produktion auf. Papua Neuguinea stieg damit zu den wichtigsten kupferproduzierenden Ländern der Welt auf. Bis zu 10.000 Arbeiter konnten in der Konstruktionsphase auf der im Tagebau betriebenen Mine beschäftigt werden. Heute gibt es nur noch 3.000, vor allem qualifizierte Ar-

beitskräfte, denn die Mine ist in hohem Maße mechanisiert worden und wird außerdem von der Bevölkerung nach wie vor als Fremdkörper angesehen.
Wiederholt mußte die Produktion der Panguna Mine eingestellt, streikende Arbeiter und kritische Politiker mußten „beruhigt" werden. Auseinandersetzungen zwischen der Provinz- und der nationalen Regierung sind an der Tagesordnung, insbesondere wenn es um die „Kupfervereinbarung von Bougainville" geht, die alle sieben Jahre neu ausgehandelt werden soll. Die Provinzregierung fordert eine stärkere Beteiligung an der Mine und den Einnahmen.



Die Bougainville Kupfermine wird von dem zweitgrößten Kupferkonzern der Welt, dem britischen Multi Rio Tinto Zinc (RTZ), betrieben, der auch noch die Palabora Mine in Südafrika und die Lornex Mine in Kanada kontrolliert. Hauptabnehmer der Kupferkonzentrate von Bougainville sind Japan, die BRD und Spanien. Mit diesen Ländern wurden Lieferverträge abgeschlossen, die eine 15jährige Laufzeit haben. RTZ erwirtschaftete von Beginn an Profite: 1972 etwa 28 Mio A$, 1973 waren es 158 Mio A$, die der Konzern kassierte. Die anfänglich außergewöhnlich hohen Gewinne hatte der RTZ-Konzern, der auch in Australien investierte, dem ehemaligen Kolonialverwalter Australien zu verdanken, der RTZ sehr günstige Konditionen für den Abbau der Erze einräumte. 1973 soll RTZ 65 % seiner Gesamtgewinne allein aus PNG bezogen haben, 1974 etwa 42 %. (3) Zwar wird in Bougainville vor allem geringgradiges Kupfererz gefördert, dennoch hat die Erfahrung mit der Panguna Mine gezeigt, daß u.U. auch damit riesige Gewinne erwirtschaftet werden können. 1978, das allgemein als ein schlechtes Ertragsjahr für den Kupferbergbau galt, erbrachte Bougainville Einnahmen von 313 Mio A$, während die Produktionskosten etwa A$ 160 Mio betrugen.
Für Länder wie PNG war der Preisverfall auf den Kupfermärkten dennoch Anlaß genug, den Blick nach „Norden" zu richten. Dazu trugen im wesentlichen die sinkende Nachfrage nach Kupfer und das gleichbleibend hohe Zinsniveau bei, das sich u.a. auf die Lagerhaltung auswirkte.
Im September 1981 fiel der Londoner Kupferpreis auf den Tiefstand von US$ 0,78, im Juni 1982 sogar auf US$ 0,53. Die meisten Rohstoffe erreichten 1982 wieder das Preisniveau von 1952. (4) Innerhalb eines Jahres sanken die Einnahmen der Panguna Mine um nahezu 50 Mio Kina, und im Frühjahr 1982 mußte die Kupfergesellschaft die ersten Verluste anmelden, die auf Preisniveau und Förderkosten zurückgeführt wurden. Die laufenden Produktionskosten mußten durch neue Kredite gedeckt werden.

Für PNG hat dieser Trend zur Folge, daß statt der erwarteten 600 Mio Kina aus dem Kupfergeschäft höchstens 80 Mio Kina an Einnahmen (in vier Jahren) verbucht werden können. Die Mindereinnahmen sollen nun durch die Gold- und Kupfermine von Ok Tedi wettgemacht werden.

Das Projekt von Ok Tedi – Die Vorgeschichte

Bereits seit 1968, als Geologen im Auftrage des multinationalen US-Giganten Kennecott in den Star Mountains Untersuchungen durchführten, ist bekannt, daß es in dieser äußerst entlegenen Region erhebliche Gold- und Kupfervorkommen gibt. Wegen des kolonialen Abhängigkeitsstatus' des Landes erhofften sich die Kennecott-Manager großzügige Zugeständnisse von der australischen Verwaltung, mußten jedoch schon bald zur Kenntnis nehmen, daß die Regierungsverantwortung nach und nach den Einheimischen übertragen wurde.
Als die Verhandlungen mit der designierten Regierung Somare anliefen, stellte sich heraus, daß Kennecott seinen Partner, was das Verhandlungsgeschick betraf, völlig unterschätzt hatte. Als 1973 die Regierung Allende in Chile gestürzt wurde, verschärfte sich die Stimmung im Lande gegen Kennecott. Studenten und Universitätslehrer gingen auf die Straße, und im Parlament von Port Moresby wurde eine Petition eingebracht, die sich gegen jegliche amerikanische Beteiligung in Papua Neuguinea richtete.
In den USA selbst hatte der Konzern mit den verschärften Umweltgesetzen und Auflagen der US-Regierung zu kämpfen, Geschäftsverluste im Kohlebergbau trieben den Giganten in die Finanzkrise. Als im März 1975 der Rücktritt Kennecotts vom Ok Tedi Vorhaben bekannt wurde, mußten 16 Mio A$, die der Konzern in Explorations-Studien gesteckt hatte, abgeschrieben werden (in den USA steuerlich begünstigt). Eine Einigung mit der Regierung Somare war an folgenden Punkten nicht zu erreichen gewesen:
1. Höhe der Besteuerung
2. wie hoch sollte ein „angemessener" Gewinn für Kennecott sein?
3. wie wären eventuell auftretende Konflikte zwischen der Regierung und Kennecott zu lösen?

Nach dem Rückzug von Kennecott richtete die Regierung im Mai 1975 die Ok Tedi Co Pty Ltd ein, die von nun an das nationale Interesse an diesem Projekt wahrnehmen sollte. Die Regierung von PNG war fest entschlossen, die Ok Tedi Vorkommen um jeden Preis abzubauen. Diese Haltung wurde später von der Weltbank voll unterstützt, die den Export von mineralischen Rohstoffen zu einem Eckpfeiler der Entwicklungsgeschichte von PNG machen wollte. Neue Teilhaber an diesem Projekt waren schnell gefunden worden.

Ok Tedi: Die Teilhaber

Die vier Teilhaber des Projektes stammen aus vier verschiedenen Teilen der Welt. Die Broken Hill Proprietor Ltd., die 30 % des Stammkapitals hält, kommt aus Australien. Bei der Amoco Minerals (30 % Anteil) handelt es sich um die australische Tochter des US-Öl-Giganten Standard Oil of Indiana, die bundesdeutsche Kupferexplorations-Gesellschaft hält, genau wie die Regierung von PNG, 20 % des Stammkapitals.
Das westdeutsche Konsortium besteht aus Metallgesellschaft (7,5 %), Degussa (7,5 %) und der Deutschen Entwicklungsgesellschaft (5 %). „Ok Tedi ist seit Jahren das erste mineralische Rohstoffprojekt der DEG. Es wird wesentlich zur Rohstoffsicherung der Bundesrepublik beitragen. Das ist um so wichtiger, als die deutsche Industrie der drittgrößte Kupferverbraucher der Welt ist...." (5) Über die Gewinnaussichten berichtete die Süddeutsche Zeitung am 23.6.81: „Der Ende Februar (1981) zwischen der Regierung von Papua Neuguinea und dem Ok-Tedi-Konsortium unterzeichnete Vertrag bietet den Gesellschaften die Möglichkeit, das investierte Kapital schnell zurückzugewinnen.

In den letzten 5 Jahren wurden von den Unternehmen 40 Mill. A$ in das Projekt gesteckt, 14 Millionen davon für die Wirtschaftlichkeitsstudie. Günstige Steuervereinbarungen zielen außerdem darauf ab, den Ok-Tedi Mining Aktionären schon in den Anfangsjahren eine Gewinnbeteiligung zu bieten."

Für die Entwicklungsexperten aus den USA, Australien und Europa, sowie für die Weltbankmanager steht bereits heute fest, daß die Ok Tedi Mine dazu beitragen wird, PNG von ausländischer Hilfe und australischen Zuschüssen unabhängiger zu machen. Projekte dieser Art, so heißt es, die keines großen Einsatzes an derzeit nicht verfügbaren, qualifizierten und billigen Arbeitskräften bedürfen, bringen wenigstens ein geringes Ausmaß an Entwicklung und Beschäftigung in eine Region, die ansonsten unentwickelt bleiben würde. Diese Ansicht teilt offenbar auch die Regierung von PNG, wobei sie sich durchaus darüber im klaren ist, daß von dem Minenprojekt als solchem unmittelbar kaum positive Entwicklungsimpulse ausgehen dürften. Die Regierenden in Port Moresby hegen jedoch die Hoffnung, mit ihrem Anteil an den erwarteten Gewinnen die Durchführung integrierter ländlicher Entwicklungsprogramme finanzieren zu können. (6)

Die Finanzierung des Projektes

1,6 Mrd US$ sollen im Kiunga District investiert werden. Für die 1. Stufe des Vorhabens sind die dazu notwendigen Kapitalanleihen mit US$ 592 Mio beziffert worden, das entspricht etwa 70 % der Gesamtkosten dieses Abschnittes. Die restlichen 30 % sind von den Teilhabern eingebracht worden. Mit Krediten und Anleihen sind folgende Unternehmen dabei:

– die Export Finance and Insurance Corp. (EFIC), Australien
– das Export Credits Guarantee Department (England)
– die Export Development Corporation (Kanada)
– die Bank of America (USA)
– die Ex-Im Bank (USA)
– die Österreichische Kontrollbank AG
– die Kreditanstalt für Wiederaufbau (BRD), sowie

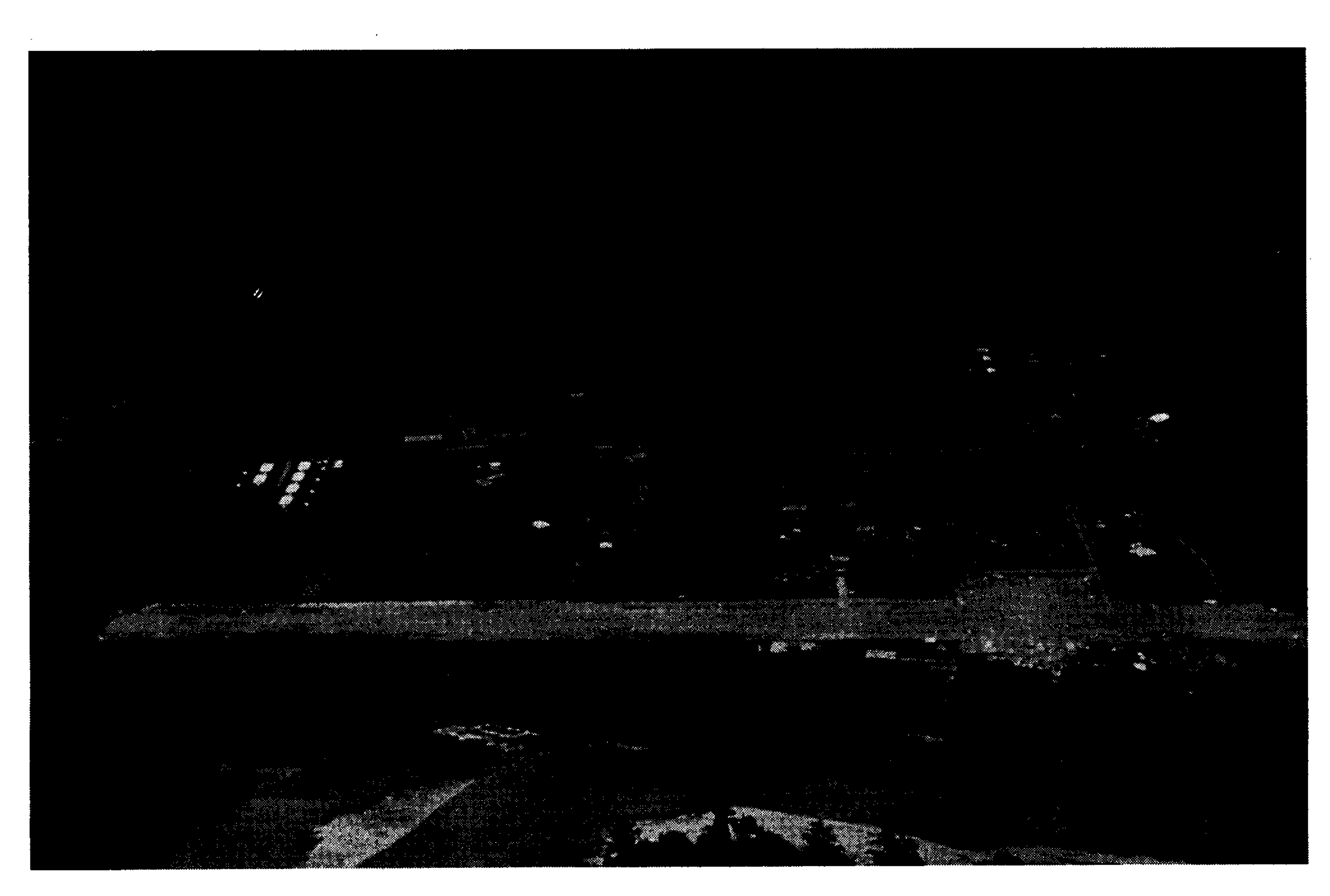
verschiedene japanische Banken und ein Finanzsyndikat aus der britischen Kronkolonie Hongkong.

Die australische EFIC gab vor einem Jahr die Bereitstellung von 212 Mio A$ für das Ok Tedi Projekt bekannt und verwies in diesem Zusammenhang auf die damit verbundenen Aufträge für die Wirtschaft des 5. Kontinents. Der Dollarmarkt von Hongkong hat sich für PNG zu einer wichtigen Geldbeschaffungsquelle entwickelt. Bis zum Jahre 1981 wurden hier drei Anleihen über insgesamt US$ 135 Mio aufgenommen. Im Juni 1981 stellten Hongkonger Banken einen weiteren 100 Mio Dollar-Kredit mit einer Laufzeit von 10 Jahren bereit, der zumindest teilweise für die Ok-Tedi-Finanzierung der Regierung von PNG von Bedeutung sein wird.

Trotz der unsicheren Grenze zu Indonesien und einer möglichen Gefährdung der Kupfertransporte auf dem Fly Fluß, der streckenweise die Grenze bildet, zögern die internationalen Kreditgeber nicht mit der Vergabe von weiteren Krediten.

Die Erzvorkommen im Kiunga-Distrikt

Der Kiunga Distrikt gehört zu den am wenigsten entwickelten und am dünnsten besiedelten Gebieten des Landes. Hier an der Grenze zum international umstrittenen, von



Ningerum am Ok Tedi-Fluß

Indonesien verwalteten West Irian, in der nordöstlichsten Ecke der Western Province, liegen die Gold- und Kupfervorkommen des Ok Tedi Projektes. In dem äußerst regenreichen Landstrich, nur 18 km von der Grenze entfernt, erhebt sich inmitten der Star Mountains der goldene Berg Mount Fubilan (2.095 m). Zu den Bewohnern des Distriktes, die in der Regel vom Sammeln wilden Sagos, von Taro, Bananen und Brotfrüchten leben, zählen die etwa 800 Angehörigen des Min-Volkes, das im Süden lebende, etwa 3000 Personen zählende Volk der Ningerum und die zwischen Kiunga und Ningerum lebenden 9.000 Mitglieder des Awin-Stammes. Südlich des Fly Flusses leben etwa 3.000 Yongom.

Schon seit langem ist bekannt, was in diesem Distrikt noch an Bodenschätzen zu holen ist: 351 Mio Tonnen Erz mit einem durchschnittlichen Gehalt von 0,7 % Kupfer, weitere 25 Mio Tonnen mit 1,17 % Kupfergehalt, eine Goldhaube (34 Mio Tonnen Golderz zu 2,86 g/t) sowie Silber und Molybdänvorkommen. Nach den Plänen der derzeitigen Teilhaber soll das Erz in vier Phasen abgebaut werden:

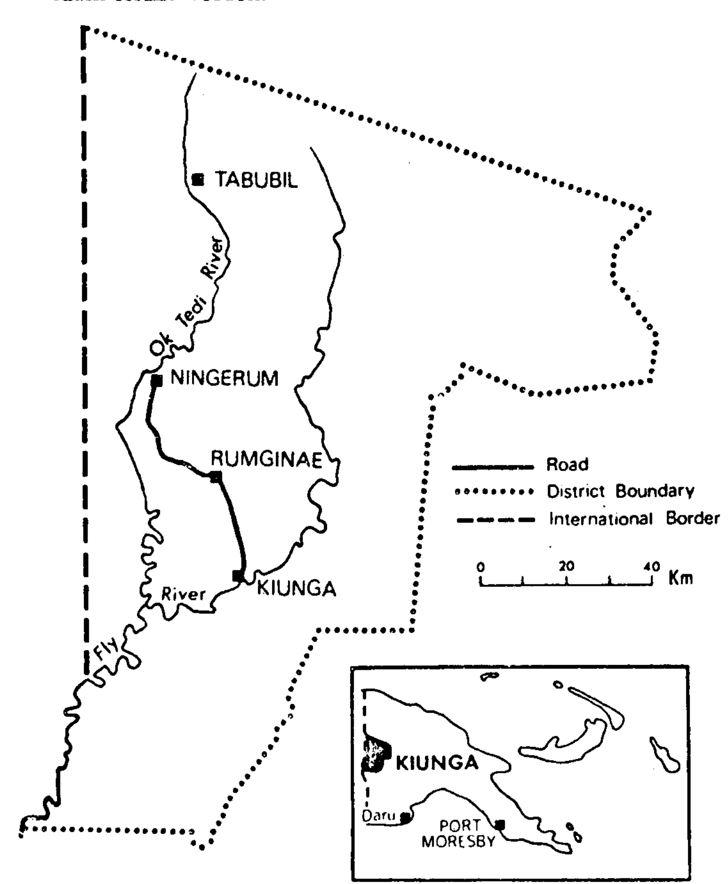
Vorphase: Konstruktion von Straßen, Vorbereitungsarbeiten für Kapitalgüterausstattung und Tagebergbau.
1. Phase: über zwei Jahre: Abbau der Goldkappe
2. Phase: ab dem 3. Jahr: Goldmine mit 15.000 t/p. T. Kupferabbau und Aufbereitung von 22.000 t/p. T.
Goldförderung wahrscheinlich bis zum 5. Jahr.
3. Phase: ab dem 6. Jahr bis zum Lebensende der Mine: Abbau von 45.000 t/p. T. Kupfererze.

Das Kupferkonzentrat soll in 40-Tonnen-Trucks von Tabubil am Ok Tedi nach Kiunga am Fly River transportiert werden. In Kiunga erfolgt die Verladung auf Lastkähne mit 3.000 t Ladegewicht, die das Erz auf dem Fly Fluß und über den Golf von Papua nach Port Moresby befördern sollen. Elektrizität für die Mine werden zwei 23 Megawatt-Generatoren liefern. Arbeiter- und Angestelltenquartiere sind in der Umgebung von Tabubil, in Yass und Kiunga zu errichten bzw. bereits errichtet worden. Außerdem wird es industrielle Anlagen, einen Flughafen, Telekommunikationseinrichtungen und Wasserversorgungsanlagen geben. Eine neue Hafenanlage entsteht in Port Moresby, damit Schiffe aus Übersee abgefertigt werden können.

Die Baustelle am Ok Tedi

Als das Ok-Tedi-Projekt bekannt wurde, hoffte die lokale Bevölkerung, daß nun der Reichtum auch bei ihr einkehren würde. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß vor allem „Zugereiste" und schon erfahrene Arbeiter für die Arbeit an der Baustelle infrage kommen. Etwa 3.500 Menschen, davon über die Hälfte Ausländer (Filippinos, Südkoreaner, Neuseeländer, Australier und US-Amerikaner) sind derzeit an der Ok-Tedi-Baustelle beschäftigt. Wenn die Kupferproduktion anläuft (Phase II), können nur noch 600 Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden.

Seit dem 24. August letzten Jahres hat es fast vier Monate lang Schwierigkeiten mit der Versorgung der Baustelle gegeben, als der Fly Fluß plötzlich zu wenig Wasser führte und die Versorgungsbarkassen nicht mehr passieren konnten. Herkules-Transport-Flugzeuge mußten Lebensmittel und Benzin einfliegen, während schwere Baumaterialien im Hafen von Port Moresby auf den Abtransport warteten. Die für Juli 1984 geplante Produktionsaufnahme der Phase I scheint gefährdet zu sein, da eine Trockenperiode – die letzte kam vor 10 Jahren – die Planer überrascht hat. Normalerweise führt der Fly genügend Wasser, denn der durchschnittliche Niederschlag in der Region beträgt 10.000 mm pro Jahr (bei 320 Regentagen). Sollten ähnliche Trockenperioden während der Produktionsphase auftreten, wäre die Verschiffung der Erze gefährdet, Lieferverträge könnten kaum erfüllt werden.



Papua-Neuguinea, Kinunga-Distrikt

Als Mitte 1981 500.000 Kina an ehemalige Landeigentümer im Distrikt zur Auszahlung kommen sollten und Verzögerungen eintraten, legten die Arbeiter und Angestellten aus Solidarität mit der lokalen Bevölkerung spontan die Arbeit rund um die Mine nieder. Auch im Januau 1983 ist es zu Streikaktionen im Kiunga Distrikt gekommen. Etwa 1.000 Papua Neuguineaner, die einen Stundenlohn von etwa DM 4,50 bekamen, verlangten einen 300 %igen Aufschlag (der Lebensstandard im modernen Sektor des Landes entspricht australischen Verhältnissen!), und der Sprecher der Ok-Tedi-Arbeitergewerkschaft forderte zudem die Verbesserung der Lebensbedingungen für die Arbeiter in der Barackensiedlung Tabubil. Die sozialen Spannungen an der Baustelle verschärften sich, als Südkoreaner und Filippinos gegen die Arbeitsniederlegungen protestierten. Die Regierung Somare, die gerade die Einfrierung der Löhne und Gehälter durchsetzen wollte, sah sich in Schwierigkeiten, nicht nur wegen der Lohnforderungen, sondern auch wegen der zeitlichen Verzögerung für den Produktionsbeginn.

Auswirkungen der Kupfermine auf die Umwelt

Erst vor kurzer Zeit ist die Umweltstudie, die von der Regierung in Auftrag gegeben wurde, abgeschlossen worden. Auch das Ok-Tedi-Konsortium hat eine Studie erstellen lassen. Diese wurde allerdings in den USA ausgewertet, und auch die Wasserwirtschaftsexperten selbst haben den Kiunga Distrikt angeblich nie zu Gesicht bekommen.
Nach JACKSON (7) werden sich die Umwelteinflüsse, die von der Mine ausgehen werden, auf zwei Ebenen be-

merkbar machen. Zum einen wird sich das soziale Gefüge der hier lebenden Menschen mit ihrer Kultur und ihren ökonomischen und sozialen Organisationsformen innerhalb kurzer Zeit einschneidend verändern. Die lokale Bevölkerung kam zum Teil erst vor 20 Jahren mit der „Zivilisation" in Berührung und hat, was die neue Mine betrifft, die Erwartung allgemeinen Reichtums für die ganze Region.

Zum anderen wird es durch die Mine selbst und durch den Bau von Straßen, Wasser- und Stromversorgungsanlagen sowie durch Erdabtragungen und Gesteinsablagerungen zu erheblichen Eingriffen in das ökologische System der Region kommen.

Folgt man den Ausführungen von JACKSON, dann sind der Ok Tedi und der Fly Fluß besonders stark gefährdet. Der Fly be- und entwässert ein Gebiet von 75.000 qkm und führt bis zu 200.000 Mio Tonnen Wasser pro Jahr. Über 100 Mio Tonnen Erde und Schlamm werden durch das System des Fly-Flusses bis in den Golf von Papua durch das System des Fly Flusses bis in den Golf von Papua transportiert. Über dieses ökologische System weiß man bis heute sehr wenig. Deshalb sind die Konsequenzen, die aus der Ok-Tedi-Mine erwachsen werden, nicht vorhersehbar. Festzustehen scheint, daß durch die Mine riesige Mengen metallischer Schadstoffe an die Umwelt abgegeben werden. Auch hier ist die Kette von Ursache und Wirkung noch nicht überschaubar. Das biologische Natursystem und die Nervensysteme der Tiere können jedoch nachhaltig beeinflußt werden, was eine besondere Verseuchungsgefahr für alles organische Leben in der Region mit sich bringen würde.

Auf den Philippinen hat die Nationale Umweltbehörde festgestellt, daß im Zusammenhang mit verschiedenen Kupferminen etwa 14 Flußsysteme in Luzon, Visayas, Palawan und Marinduque total verschmutzt worden sind, da Erzabfallprodukte an die Flüsse abgegeben wurden. Ähnliche Erfahrungen hat man auch mit Bougainville machen müssen, wo Vegetation und Fischbestand unter der Abgabe von Gesteinsrückständen an die Flüsse Jaba und Kaweron gelitten haben.

Noch 1978 hieß es in PNG, daß alle Gesteinsrückstände aus der Ok Tedi Mine, um Kosten zu sparen, in den Ok Tedi und seine Zuflüsse abgegeben werden sollten. Doch schließlich konnten Experten den Bau eines Stausees, der die Gesteinsbrocken aufnehmen soll, durchsetzen. Wegen der ständigen Regenfälle sind Risiken trotzdem nicht auszuschließen. Es muß befürchtet werden, daß die Dämme aufweichen oder unterspült werden und das Dammsystem zusammenklappt.

Ohne auf die Gefährdung der menschlichen Existenz im Kiunga Distrikt näher einzugehen, hebt JACKSON besonders die Gefahren für die einzigartige Tierwelt am Mount Fubilan hervor. Das Risiko einer chemischen Umweltverschmutzung sieht der Wissenschaftler vor allem im Ok Mani Tal, am Oberlauf des Ok Tedi und am Ok Ma (Ok bedeutet Fluß).

Was bringt die Ok-Tedi-Mine für die Wirtschaft von Papua Neuguinea?

Die heute abschätzbaren Auswirkungen der Ok-Tedi-Mine auf die Wirtschaft PNG's lassen das Projekt in keinem guten Licht erscheinen.

In der gegenwärtigen Aufbauphase der Mine muß PNG Kredite am internationalen Kapitalmarkt aufnehmen, um seinen Anteil an der Finanzierung des Projekts erbringen zu können. Dies hat ein Ansteigen der ohnehin schon hohen Auslandsverschuldung zur Folge. Da die Baumaßnahmen hauptsächlich von ausländischen Multis und weitgehend unter Verwendung importierter Kapitalgüter durchgeführt werden, wird das Handelsbilanzdefizit sich weiter vergrößern. So berichtete die BANK OF PAPUA NEUGUINEA im September 1982: Wenn es keine Importe für die Ok-Tedi-Mine gegeben hätte, wäre das Handelsbilanzdefizit „stabilisiert" worden.

Nach Aufnahme der Produktion trägt die Mine dazu bei, die einseitige Wirtschaftsstruktur PNG's zu verfestigen. Der Anteil des Kupfers am Gesamtexport (von 22 % im Jahre 1980 auf 25 % im Jahre 1981 gestiegen) wird sich ebenso erhöhen wie der Anteil der Exporte am Bruttosozialprodukt (der schon jetzt über 50 % liegt). Die Höhe der Staatseinnahmen und damit die Möglichkeit zur Durchführung ländlicher Entwicklungsprojekte wird noch stärker von der Ausfuhr eines einzigen Produktes (Kupfer) abhängen. Hinzu kommt, daß PNG – solange das Anbieterkartell auf dem Weltkupfermarkt nicht funktioniert – noch nicht einmal wesentlichen Einfluß auf den Preis dieses Produktes nehmen kann. Ob es bei weltweit fallenden Rohstoffpreisen (insbesondere auch für Kupfer) gelingt, das Schwanken bzw. Sinken der Exporterlöse durch die Anpassung (Erhöhung) der exportierten Menge auszugleichen, scheint äußerst fraglich. (So verringerte sich der Gesamtwert der Exporte PNG's 1981 um 14 % gegenüber dem Vorjahr. Mengenmäßig nahmen die Exporte jedoch im gleichen Zeitraum um 9 % zu.)

Sowohl in der Bau- als auch in der Produktionsphase werden im Verhältnis zum Kapitaleinsatz nur relativ wenige Einheimische eine Beschäftigung in der Mine findem. Da die benötigten Kapitalgüter importiert werden und das ab-

gebaute Kupferkonzentrat ausschließlich im Ausland weiterverarbeitet wird, wird es auch kaum Entwicklungsimpulse für vor- und nachgelagerte Industrien geben.
Die Folgekosten, die bei der Beseitigung der zu erwartenden Schäden entstehen (z.B. für die Versorgung des Stausees), werden den Staatshaushalt von PNG noch lange nach Beendigung der Bergwerkstätigkeit belasten, zumal anzunehmen ist, daß die Regierung in dieser Hinsicht von ihren Partnern nicht solch starke „Unterstützung" bekommt wie bei der Ausbeutung der Rohstoffvorkommen.

Schluß

Auch in Zambia, Zaire, Peru und Chile ist das Experiment, die Kupferindustrie als Grundlage für die nationale Entwicklung heranzuziehen, fehlgeschlagen. In erster Linie mag das mit der ungenügenden Kontrolle der einzelnen Regierungen über den Bergbausektor zusammenhängen und außerdem mit der unzureichenden Einbindung der Kupferindustrie in den Rest der nationalen Ökonomie.
Für ein Land wie PNG, das nicht über genügend Finanzmittel verfügt und deshalb auch nicht in der Lage ist, seine Rohstoffe in eigener Regie abzubauen, sind multinationale Konzerne und internationale Bankkredite die einzige Möglichkeit, um Kupfer- und Goldvorkommen vermarkten zu können. Es ist bekannt, daß es in Krisensituationen auf den Rohstoffmärkten immer die Multis sind, die den geringsten Schaden davontragen. Kleinere Länder wie PNG, deren Haushalte oft niedriger angesetzt sind als die der multinationalen Konzerne, sind deshalb stärker gefährdet, weil sie oft nur ein einziges wichtiges Produkt anzubieten haben.
In der gegenwärtigen Situation bietet sich für PNG nur eine vernünftige Alternative, um die Abhängigkeiten zu reduzieren: Ausstieg aus den Großprojekten (wie Ok Tedi), Entwicklung des landwirtschaftlichen (Nahrungsmittel-) Sektors, sowie von vor- und nachgelagerten kleinindustriellen Betrieben. Durch eine verstärkte Hinwendung zu den südwestpazifischen Nachbarn, könnten regionale Strategien und Lösungsansätze entwickelt und gefunden werden, wie das bereits im Südpazifik Forum (SPF) demonstriert worden ist. Vielleicht wird sich die kulturelle Verbundenheit als eine neue Triebkraft herausstellen, die den Weg in die Entwicklung der gesamten südwestpazifischen Region weist.

Günter Rath



Anmerkungen

1) National Development Strategy, Papua New Guinea Government White Paper, Waigani 1976
2) Berry, R.: Recent Economic Performance in Papua New Guinea in Relation to the Eight Aims, University of Papua New Guinea, Waigani 1978
3) Mikesell, R.E.: Foreign Investment in Copper Mining – Case Studies of Mines in Peru and Papua New Guinea, London 1975
4) Süddeutsche Zeitung 30.12.82: Rohstoffe so billig wie vor 30 Jahren
5) Das Parlament, Nr. 34 vom 28.8.1982 (Neuguinea: Kupfermine als Devisenquelle)
6) The National Public Expenditure Plan 1979-1982, Waigani 1978
7) Jackson, R.: Ok Tedi – The Pot of Gold, University of Papua New Guinea, Boroke 1982

Außerdem: Ok Tedi Copper Project, Papua New Guinea, Information Brochure, Ok Tedi Consortium, July 1980



Meine Hoffnung gilt dem Computer als gesamtgesellschaftliches Diagnoseinstrument! Das ist eine Prävention neuen Stils.

„Malfunction"
Volkszählung – was könnte das wohl sein?

„man muß einen lebenswerten Staat schaffen. Ein Staat der Bürger – ein transparenter Staat und den können sie nur technisch transparent machen"
Horst Herold

Die Volkszählung schafft die Möglichkeit, eine Unzahl von Daten zentral zusammenzufassen und zu verarbeiten.
Der Film will aber über die Volkszählung hinaus aufzeigen, daß schon lange Kontroll- und Überwachungstechnologien angewandt werden: Personalinformationssysteme in den Betrieben, neue fälschungssichere Personalausweise, Fahnungsmethoden des BKA, elektronische Abhöranlagen für Amateure und Profis. Videoüberwachung . . .
Länge: 32 Min, Video Farbe, März 1983
Produktion: Medienwerkstatt Freiburg, Konradstraße 20, 7800 Freiburg, Tel.: 0761/709757

„Mein Name ist Hase . . ."
Organisiert als Volkszwangsbefragung und verkauft als ein weiterer Schritt in eine bessere Welt. Jetzt den Aufschwung sichern!
Wir wollen vor allem die Gefahren darstellen, die uns aus dem normalen Gebrauch der Zwangsdaten drohen. Heute plant der „Staat" alle für unser Leben wichtigen Bereiche, tendentiell nach dem Motto: Weniger ist besser, Zuwachs gibt es vor allem bei der Rüstung, der Polizei und der Förderung sogenannter neuer Techniken (Roboter, AKW etc.)
Selbst prüfen, die Vermittlung der speziellen datenschutzrechtlichen Probleme müssen die Initiativen selbst leisten. In unseren eigenen Hinweisen zu den juristischen Folgen eines Boykotts sind wir nicht weiter darauf eingegangen. Unser Band braucht die aktive Umgebung der Initiativen!
Länge: 35 Min, Video s/w, März 1983.
Produktion: Video Stuttgart, Alexanderstraße 104, 7000 Stuttgart, Telefon: 0711/244103

Es empfiehlt sich, die beiden Videos als „Paket" bei einer der beiden oben aufgeführten Adressen auszuleihen, da sie sich durch die unterschiedlichen Themenschwerpunkte ergänzen.

Kulturbüro in Werkstatt 3

Das 'Kulturbüro in der Werkstatt 3' entstand aus einer Initiative des BUKO-Koordinierungsausschusses (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) und der Werkstatt 3 (3. Welt Haus in Hamburg). Ziel ist es, eine überregionale nichtkommerzielle Koordinierungsstelle im Bereich Kultur zu schaffen, die die entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit in der Bundesrepublik unterstützen könnte.

Dieser Idee liegt die Überlegung zu Grunde, daß die entwicklungspolitische Auseinandersetzung bei uns häufig zu 'kopflastig' ist und der kulturelle Bereich weitgehend vernachlässigt wird. Dies mag sowohl an organisatorischen Schwierigkeiten liegen als auch an unserem Rezeptionsverhältnis von Kultur und Kunst, denn in unserer Gesellschaft kommen Musik, Theater, Literatur usw. für die Mehrheit der Bevölkerung kaum noch als aktive Ausdrucksformen von Arbeits Lebens- und Lernprozessen in Betracht. Unser Verhältnis zur Kultur kann aber nur bedingt auf die Länder der 3. Welt übertragen werden, und deshalb erscheint uns die Einbeziehung des kulturellen Bereichs in die Auseinandersetzung mit der 3. Welt sehr wichtig.

Darüberhinaus gelingt es damit vielleicht auch, weitere Bevölkerungskreise in der Bundesrepublik anzusprechen und für die Probleme der Entwicklungsländer zu sensibilisieren und zu aktivieren.

Das 'Kulturbüro in der Werkstatt 3' soll nun dazu beitragen, daß der kulturelle Bereich in wesentlich stärkerem Maße als bisher in unsere entwicklungspolitische Öffentlichkeits- und Solidaritätsarbeit Eingang findet.

Konkret soll die Arbeit des Kulturbüros folgendermaßen aussehen:

- Es wird gerade ein Informationspool angelegt von Künstlern, von an kulturellen Veranstaltungen interessierten Gruppen und Initiativen, sowie von 'erfahrenen' Veranstaltern, die andere Gruppen inhaltlich und organisatorisch unterstützen können. Dieser Informationsspiegel soll (fast!) allen Interessierten offenstehen und dazu beitragen, das bestehende Informations- und Kontaktdefizit zwischen diesen drei Gruppen abzubauen.
- Zusammen mit der ehemaligen Projektgruppe 'Szene und Spiel in der entwicklungsbezogenen Bildungsarbeit' der DEAE in Karlsruhe wollen wir die bereits bestehende Kartei von Spielen, Theaterstücken, Musik (Platten, Kassetten), Ausstellungen usw. ergänzen und allen Interessenten zugänglich machen.
- Es sollen Kontakte zu Künstlern und Kulturzentren in der 3. Welt aufgebaut und gepflegt werden, so daß durch entsprechende Koordinierung und Organisation auch unabhängig von den kommerziellen Agenturen Tourneen durchgeführt werden können.
- Es sollen Seminare und Informationsveranstaltungen zum Einsatz kultureller Darbietungen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden.
- Zusammen mit der Zeitschrift IKA wird eine regelmäßige Veröffentlichungsreihe geplant, in der Künstler aus der 3. Welt, die hier in der Bundesrepublik leben, vorgestellt werden. Nach Möglichkeit sollen auch in anderen entwicklungspolitischen Zeitschriften in stärkerem Maße als bisher Hinweise und Informationen zu kulturellen Veranstaltungen veröffentlicht werden.
- Um die Gefahr eines überregionalen 'Wasserkopfes' zu vermeiden, soll mittelfristig zusammen mit den Gruppen, die bereits in Teilbereichen Koordinierungsfunktionen übernommen haben, ein Netzwerk aufgebaut werden, und damit die Arbeit einer zentralen Koordinierungsstelle überflüssig gemacht werden.

Die Tätigkeit einer überregionalen Koordinierungsstelle kann aber nur sinnvoll sein, wenn ihre Existenz und Arbeit auf der Zustimmung eines breiten Spektrums von Interessenten basiert. Deshalb bitten wir Euch, uns weitere Vorstellungen und Ideen darüber mitzuteilen, was eine Koordinierungsstelle im Bereich Kultur der 3. Welt leisten sollte.

Außerdem suchen wir nach wie vor weitere KONTAKTE ZU KÜNSTLERN SOWIE ZU INTERESSIERTEN AKTIONSGRUPPEN, KIRCHENGEMEINDEN usw., die an der Arbeit des Kulturbüros interessiert sind und in den Informationspool aufgenommen werden wollen. Dazu haben wir einen kurzen Fragebogen erstellt, den viele von Euch wahrscheinlich schon bekommen haben (ansonsten könnt Ihr ihn bei uns anfordern), und wir bitten Euch, diesen ausgefüllt an uns zurückzusenden.

KONTAKTADRESSE:
KULTURBÜRO IN DER WERKSTATT 3
INGRID SPILLER
NERNSTWEG 32–34
2000 HAMBURG 50
Tel.: 040 / 39 21 91

REPRESSION IN DER BRD

Solidarität mit Alexander Schubart!

Aufruf an die Gegner der Startbahn West, an die Ökologiebewegung und an alle Demokraten: Wir lassen uns nicht einschüchtern und wir halten zusammen!

Das Urteil in erster Instanz ist gefällt. Der Staatsschutzsenat am Frankfurter Oberlandesgericht hat Alexander Schubart zwei Jahre Freiheitsstrafe mit Bewährung zugesprochen.
Weil Alexander Schubart zu einer Demonstration am Frankfurter Flughafen aufgerufen hatte, unterstellte ihm das Gericht Nötigung eines Verfassungsorgans (der hessischen Landesregierung) und Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall. Alexander Schubart hatte in seinem Aufruf vor der Großkundgebung mit etwa 150.000 Teilnehmern am 14.11.1981 in Wiesbaden mehrfach zu einer gewaltfreien Demonstration am Frankfurter Flughafen aufgerufen. Schon zuvor hatte Alexander Schubart bei vielen Versammlungen immer erneut betont, daß die Auseinandersetzung um den Startbahnbau seitens der Startbahngegner strikt gewaltfrei zu führen sei. Das Gericht stellte diesen Sachverhalt auf den Kopf und stempelte Alexander Schubart zum bewußten Nötiger und zum Gewalttäter, mit dem Hinweis darauf, daß die Demonstration am Flughafen am 15.11.1981 nicht gewaltfrei verlaufen ist. Ohne Rücksicht auf dessen ethische Gesinnung verschafften sich die Richter von Alexander Schubart den Eindruck eines ganz gerissenen Agitators, der, indem er zur Gewaltfreiheit aufrief, zur Gewalt ermuntern wollte.
Die Schärfe des Urteils läßt die begründete Annahme zu, daß hier ein Racheakt statuiert wurde, weil sich Alexander Schubart herausragend in der Bürgerbewegung gegen den Bau der neuen Startbahn am Rhein-Main-Flughafen exponierte und weil er auch vor Gericht seine Meinung aufrechterhielt, daß der Startbahnbau ein Umweltverbrechen ist, gegen das aktiver, gewaltfreier Widerstand ein legitimes, durch die Grundrechte und die hessische Verfassung gedecktes Mittel darstellt.
Zugleich jedoch ist das Urteil gegen Alexander Schubart auch ein Urteil gegen die Demonstrationsfreiheit und gegen die gesamte Anti-Startbahn-Bürgerbewegung sowie gegen alle potentiellen und aktuellen Demonstrationen (sei es gegen Atomkraftwerke, andere umweltzerstörerische Großprojekte oder die geplante Stationierung neuer Atomraketen). Das Gericht hob deshalb auch die beabsichtigte abschreckende Wirkung des Urteils besonders hervor.
Somit könnte dieses Urteil weit über die Folgen für Alexander Schubart hinaus schlimme Wirkungen haben. Demonstration könnte von nun an potentielle Teilnahme an einer Nötigung heißen. Und wer nötigt, macht sich strafbar. Hier wird rechtlicher Willkür Tür und Tor geöffnet.
Die sozialen Kosten dieses Urteils sind noch schwer zu ermessen. Sie sind in jedem Fall beträchtlich in ihren Auswirkungen auf Rechtsfrieden und Rechtsbewußtsein. Eine schreckliche Justiz reicht einer zynischen Exekutive helfend die Hand.
Aber wir dürfen uns gerade jetzt nicht einschüchtern und auch nicht in die Irre leiten lassen. Auch nicht von einer „mächtigen" Politik und einer willfährigen Justiz, die sich bedenkenlos über massenweisen demokratischen Bürgerprotest hinwegsetzen, die billig Rache üben, wenn mal nicht nach ihrer Pfeige getanzt wird, die nicht mehr fähig sind, aus Sackgassen, in die sie einmal hineingerannt sind, wieder herauszufinden und denen Kritik, Sorgen und Nöte der Bürger fremd geworden sind.
Die Demonstrationsfreiheit wird nun seit einigen Jahren in sich verstärkender Weise nahezu ringsum angegriffen, in Frage gestellt und massiv einzuschränken versucht. Darauf gibt es für uns nur eine Antwort: Das Grundrecht auf Demonstration und Meinungsfreiheit und der Grundgesetzsatz „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus" lassen sich nur schützen, indem diese Rechte dauernd wahrgenommen werden. Nur, indem wir Bürgerinnen und Bürger unsere Grundrechte aktiv in Anspruch nehmen, wird den Einschränkungen widerstanden werden können. Wer nun demonstriert, leistet auch so etwas wie eine Selbstanzeige zugunsten von Alexander Schubart. Wir lassen uns unsere Grund- und Menschenrechte nicht rauben. Wir müssen aktiv und gewaltfrei dazu beitragen, daß sich die beabsichtigten einschüchternden Wirkungen des Schubart-Urteils praktisch aufheben. Nicht ängstlich zuhause bleiben, heißt die Devise, sondern immer zur Stelle sein, wenn es gilt, demonstrierend, protestierend, aufklärend und einwirkend der Zerstörung des Rechtsstaats und unserer Lebensbedingungen entgegenzutreten.
Zugleich will Alexander Schubart und wollen wir den Rechtsweg voll ausschöpfen. Revision wurde von Alexander Schubart sofort eingelegt (was übrigens bedeutet, daß dieses Urteil noch nicht rechtskräftig ist).
Allerdings kommt jetzt eine Kostenlawine auf Alexander Schubart zu, und so, wie wir bisher gemeinsam gegen den Startbahnbau gestanden sind, sollten wir selbstverständlich auch gemeinsam für die finanziellen Forderungen stehen, die formalrechtlich Alexander Schubart zu tragen hat. Bis jetzt belaufen sich die Prozeßkosten auf etwa DM 80.000,–. Die enorme Höhe ist darauf zurückzuführen, daß die Bundesanwaltschaft einen vom Gericht gebilligten Mammutprozeß aufgezogen hat, mit vielen für die „Wahrheitsfindung" völlig unnötigen Zeugenvereinnahmungen. Die Prozeßkosten für die Revision schätzen wir auf DM 30.000,–. Die Revision wird also – da nicht nochmals alles neu ermittelt wird – nicht so teuer wie die erste Instanz.

Eine ausführliche Dokumentation zum Prozeß in erster Instanz einschließlich Urteilsbegründung erscheint in wenigen Wochen im Buntbuch-Verlag; Preis zirka 15 bis 20 DM. Vorausbestellung: Buntbuch-Verlag, Bartelstr. 30, 2000 Hamburg 6.

Das Revisionsgericht in Karlsruhe kann Alexander Schubart freisprechen, das Urteil bestätigen oder es wegen Rechtsmängeln an das Frankfurter Oberlandesgericht zurückverweisen (dann an einen anderen Senat). Eventuell verbleibt bei einer Verurteilung die Möglichkeit einer Klage von Alexander Schubart beim Bundesverfassungsgericht. Sollte Alexander Schubart letztlich rechtskräftig verurteilt werden, dann fol-

Den Aufruf Solidarität mit Alexander Schubart, dem das Gericht in seiner mündlichen Urteilsbegründung ein „verfehltes Verfassungsverständnis" vorgeworfen hat, haben inzwischen etwa 16.000 Bürgerinnen und Bürger unterschrieben. Der Aufruf wurde in mehreren Zeitungen als Großanzeige gebracht.

gen die Zivilprozesse. Allein die Flughafen AG hat bereits Schadenersatzansprüche über rund 44.000 DM geltend gemacht und weitere Beträge können folgen. Eine endgültige Verurteilung Alexander Schubarts würde also neben seiner beruflichen auch seine privat-materielle Existenz auf Lebzeiten ruinieren.
Wir rufen alle auf: Lassen wir nicht nach in unserer Solidarität mit Alexander Schubart. Es darf ihnen nicht gelingen, einen der unseren, einen, der sich so unermüdlich für unsere gemeinsame Sache engagiert hat, exemplarisch für uns alle kaputtzumachen. Spendet soviel wie möglich, auch wenn ihr schon gespendet habt.
Mit dem Maßstab der Grund- und Menschenrechte gemessen, hebt sich das Urteil gegen Alexander Schubart selber auf. Aber wir müssen aktiv mithelfen, daß es auch wirklich geschieht.
Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.
An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal

Spendenkonto:
Kennwort:
Solidarität mit Alexander Schubart
Postscheckkonto
Klaus Vack
(Sonderkonto)
Nr. 3681 57 - 606
Postscheckamt Frankfurt a. Main

Tagungshinweise

Kolumbien-Seminar, 29.4. – 1.5.83, Frankfurt, Information und Anmeldung: Kolumbien-Gruppe Frankfurt, c/o Lioba Rossbach, Karmelitergasse 8, 6000 Frankfurt 1, 0611/294938

* * *

Lehrerfortbildungsseminar: „3. Welt im Unterricht – Zum Beispiel Tee", 29.4. – 1.5.83, Schloß Friedewald über Betzdorf/Sieg, Information und Anmeldung: Freie Lernwerkstatt e.V., Beatrice Ingermann, Brunnenstr. 1, 5531 Niederstadtfeld, Tel. 06596/551

* * *

„Soziale Bewegungen in Lateinamerika" (Cl. Müller-Plantenberg, Fernando Mires), 15. – 17. April 81, Essen, Information und Anmeldung: Forum für internationale Friedensdienste, Stoppenbergerstr. 13-15, 4300 Essen 1

* * *

BUKO-Vorbereitungsseminare:
„Rohstoffsicherung und neue Weltwirtschaftsordnung: Wirtschaftliche Interessen der BRD in der Dritten Welt", 8. – 10. April 83, Bielefeld, Anmeldung und Information: Dritte Welt-Haus, August Bebelstr. 62, 4800 Bielefeld 1

* * *

„Auswirkungen von Direktinvestitionen in Entwicklungsländern", 15. – 17. April in Essen, Information und Anmeldung: Dritte Welt-Laden, Stoppenbergerstr. 13-15, 4300 Essen 1

* * *

„Warum sind sie arm?", Dritte Welt im Unterricht der Grundschule, 6. – 8. Mai 1983, Ev. Akademie Bad Boll, Büro Ulm, Sterngasse 14, 7900 Ulm

* * *

„Integrierte ländliche Entwicklung", 8. – 10.4.83 in 4452 Tecklenburg

* * *

„Industrialisierte Agrarproduktion in Entwicklungsländern", 15.4. – 17.4.83 in 5800 Hagen

„Pharmaindustrie und Dritte Welt", 22. – 24.4.83 in Bielefeld

* * *

Information und Anmeldung jeweils: AKE-Bildungswerk, Postfach 1109, 4973 Vlotho, Tel. 05733/6800

* * *

„Möglichkeiten und Probleme intensiver Bodennutzung in den Tropen und Subtropen", Tropentag '83, 5./6. Mai 83, Botanisches Institut, Senckenbergstr. 17-21, 6300 Gießen

* * *

„Entwicklung-Ökologie-Frieden", 29.4. – 1.5.83, Ev. Landjugendakademie Altenkirchen, Information und Anmeldung: Arbeitsgemeinschaft der Ev. Jugend, Porschestr. 3, 7000 Stuttgart 40

* * *

„Genossenschaften-Selbsthilfeprojekte bei uns und in der Dritten Welt", 22. – 24.4.83, Information und Anmeldung: DIALOG, Hönerfeld 1, 4800 Bielefeld 16, Tel. 0521/761419

* * *

Symposium **„Umweltgerechte Entwicklungspolitik"**, 2./3. Mai 83, Bonn, Information und Anmeldung: Deutscher Naturschutzring, Kalkuhlstr. 24, 5300 Bonn 3, Tel. 0228/441505

Broschüre über Repression und Freiheitskampf in Guatemala

Anläßlich des Besuches zweier Mitglieder einer guatemaltekischen Volksorganisation wurde diese Broschüre von Guatemalasolidaritätsinitiativen zusammengestellt. Es wird zum einen die Entwicklung seit der Machtübernahme von Rios Montt im März '82 dargestellt, zum anderen über Geschichte, Arbeitsweise und Besonderheiten der guatemaltekischen Widerstandsorganisationen informiert.
Durch die grundsätzliche Behandlung der politischen Situation in Guatemala eignet sich diese leicht lesbare Broschüre insbesondere zum Einsatz als Basisinformation, z.B. für Büchertische etc.
Broschüre CUC/FP – 31, Hrsg.: Solidaritätsbewegung mit dem Volk von Guatemala, Bonn/Köln 1982, 36 S. Din A4, 2,– DM (bei Abnahme von 10 Stück 50% Rabatt). Bestellung bei:
Guatemala Komitee Bonn, Frongasse 6, 5300 Bonn 1



Marcel Bühler, Geschäfte mit der Armut – Pharma-Konzerne in der Dritten Welt, medico international, Frankfurt a.M. 200 Seiten, 19 DM

Die westdeutschen Ärzte, so sie Leser der „Ärzte-Zeitung" sind, wurden am 17. Januar ausführlich über das Erscheinen von Marcel Bühlers Buch, *Geschäfte mit der Armut,* informiert: eine Meldung auf der ersten Seite, ein Bericht und ein Kommentar, in dem die Arbeit über *Pharma-Konzerne in der Dritten Welt* für die Ärzte gleich ins rechte Licht gerückt wurde: „*...das letzte Woche in Bonn vorgestellte 'Enthüllungswerk' des Schweizer Soziologen Marcel Bühler..: Nicht sachgerechte Analyse und das Bemühen um Wahrheitsfindung haben hier Pate gestanden, sondern der ideologische Versuch, das ganze System als ausbeuterisch, menschenfeindlich und damit nur per Revolution änderbar zu disqualifizieren."* (Nebenbei: M. Bühler ist Volkswirt) Interessanter an dieser Ausgabe der „Ärzte-Zeitung" erscheint mir, daß hier eine d i r e k t e Stellungnahme der pharmazeutischen Industrie zu dem Buch zu lesen ist – üblicherweise „straft" die Pharmaindustrie ihre Kritiker mit Ignorierung –: *„Die Behauptungen, so Verbandssprecher Helmut Kathe...., seien längst widerlegt und würden auch durch ständige Wiederholung nicht richtiger."*
Schon im November vergangenen Jahres war der „Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V." mit einer Presseerklärung (Handelsblatt, FAZ 10.11.) als Reaktion auf den 6. Bundeskongreß der entwicklungspolitischen Aktionsgruppen (BUKO) an die Öffentlichkeit getreten; seither beziehen Dritte-Welt-Gruppen in der BRD auch regelmäßig Informationsschriften des Pharma-Verbands (siehe Kasten).
Die Dritte-Welt-Gruppen hatten schon länger auf das Erscheinen dieses Buches gewartet: als wir in der Redaktion der „blätter des iz3w" im Herbst 1981 zusammen mit medico und dem BUKO die Arbeitsmaterialien zur BUKO-Pharma-Kampagne (blätter des iz3w, Nr. 97, Nov. 1981) erstellten, hatte Marcel Bühler das Manuskript für sein Buch bereits in der Tasche. Nur, es hatte sich noch niemand gefunden, der es drucken wollte; diese Aufgabe hat medico übernommen. Die breite Publizität, die das Buch inzwischen gefunden hat (FR, Kölner Stadt-Anzeiger u.a., 14.01.83; Der Spiegel, 17.01.83), deuten darauf hin, daß dieses wichtige Thema nun endlich den Durchbruch in die öffentliche Diskussion gefunden hat.
Ausgangspunkt der Untersuchung ist ein Beispiel, an dem gleich mehrere Aspekte der komplexen Problematik deutlich werden; Elotin-Vita. Elotin-Vita wird in dem indonesischen Arzneimittelverzeichnis für Ärzte mit einer Anzeige beworben, auf der ein Super-Hamburger abgebildet ist: *„Appetitstimulierende Multivitamine: Denken Sie daran, wenn Nahrungsverweigerung und Appetitlosigkeit zum Problem werden, dann kann Elotin-Vita die Lösung sein".* In Indonesien sind nach den Schätzungen der WHO 30 Prozent der Bevölkerung chronisch unterernährt. An dem Beispiel wird illustriert, welche soziale Schichten (die wohlhabenden in den Städten) mit welchen sozio-kulturellen Implikationen (Mc Donald's Hamburger) und für welche Produkte (Appetitzügler, -stimulantien, Therapie von „Zivilisationskrankheiten") den Haupt-M a r k t für die Pharmaunternehmen in der Dritten Welt darstellen. Mehr noch: Das von einer Tochterfirma des amerikanischen Pfizer-Konzerns in Indonesien verkaufte Elotin-Vita darf in den USA nicht mit der Indikation „Appetitanregung" empfohlen werden, da Nebenwirkungen wie Erbrechen, Schwindel, ja Appetitlosigkeit beobachtet wurden. Dort dient es zur Behandlung bestimmter Allergien. Dies erfährt der indonesische Arzt in seinem Arzneimittelverzeichnis ebensowenig, wie, daß Elotin-Vita nicht bei Säuglingen angewendet werden soll.



Die Kritikpunkte an den Geschäftspraktiken der Pharma-Multis, die Marcel Bühler ausführlich belegt und dokumentiert, seien im folgenden kurz genannt:

- Die Pharmaproduzenten vertreiben in den Entwicklungsländern immer noch Medikamente, die in den Herstellerländern wegen gefährlicher Nebenwirkungen vom Markt genommen werden mußten;
- sie unterlassen oftmals in Arzneimittelverzeichnissen und auf Beipackzetteln die im eigenen Land vorgeschriebenen Hinweise über Nebenwirkungen, Gefahren und die richtige Anwendung der Arzneispezialitäten;
- sie dehnen die Anwendungsbereiche („Indikation") von Präparaten in unzulässiger Art und Weise aus; Beispiel: *Anabolika*, die das Muskelwachstum anregen, werden von der westdeutschen Schering AG und dem Schweizer Ciba-Geigy-Konzern in der Dritten Welt als Mittel gegen „Untergewicht" oder „schwere Eiweißunterernährung"

angeboten. Anabolika können schwere Gesundheitsschäden verursachen; so haben sie bei Mädchen eine maskulinisierende Wirkung. Hochpotente *Antibiotika*, die erhebliche Nebenwirkungen haben und aufgrund der drohenden Resistenzentwicklung der Krankheitserreger bei uns für besonders schwere Fälle in der „Hinterhand" gehalten werden sollen, werden in der Dritten Welt als Allheilmittel für jede Infektion angepriesen: *„How many antibiotics do you need? One."* (Hoechst-Werbung für Claforan in Hongkong); *„Hostacycline. The broad spectrum antibiotic for routine therapy"* (Hoechst-Werbung für Tetrazyklin.)

Ausgehend von einer gründlichen Untersuchung der gesundheitlichen Situation in der Dritten Welt, stellt Marcel Bühler die Frage nach der Rolle, die Arzneimittel bei der Bekämpfung von Massenkrankheiten wie Amöbenruhr, Bilharziose, Malaria oder Schlafkrankheit spielen können. Insgesamt räumt er dabei präventiven, hygienischen Maßnahmen den Vorrang ein, denen gerade durch die aufwendige westliche Medizin die nötigen finanziellen Mittel entzogen werden. Dabei könnten a u c h Medikamente eine wichtige Rolle bei der Bekämpfung dieser Krankheiten spielen; nur ist es so, daß es bisher überhaupt nur sehr wenige wirksame und einfach zu handhabende Mittel gegen diese Krankheiten gibt. Das leitet über zu einem zweiten Schwerpunkt von Marcel Bühlers Untersuchung: die Struktur internationaler Arzneimittelproduktion und des Arzneimittelverkaufs, oder anders ausgedrückt: die totale Abhängigkeit der Dritten Welt von den Pharmakonzernen. Die Pharmakonzerne, die heute schon 30 Prozent ihrer Exporte in der Dritten Welt „tätigen", wenden nur einen Bruchteil ihrer Forschungsausgaben für Substanzen zur Bekämpfung der Massenkrankheiten der Dritten Welt auf. In diesem Abschnitt erfährt der Leser eine Menge über die Struktur internationaler Arbeitsteilung und die Art und Weise, wie überhöhte Gewinne zustande kommen oder konzernintern von Tochtergesellschaften an Mutterhäuser transferiert werden.

Der letzte Teil thematisiert die entwicklungspolitische Dimension des Problems, den Widerstand der Dritten Welt gegen die Pharma-Multis. Im Zusammenhang mit ihrem Kampf um eine Neue Weltwirtschaftsordnung verabschiedeten die Blockfreien schon 1976 eine Strategie, die eine grundsätzliche Neuordnung der Arzneimittelversorgung zu Inhalt hatte: nutzenorientierter Einsatz von Arzneimitteln, Verbilligung der Arzneimittelbeschaffung, Aufbau nationaler Pharma-Produktion und Neuordnung der Gesundheitsversorgung insgesamt. Dieses fand seine Konkretisierung in einer Modelliste der WHO 1977, in der ganze 220 Wirksubstanzen für die medikamentöse Versorgung als ausreichend angesehen wurden (zum Vergleich: in Mexiko sind 80.000 Markenpräparate im Handel; in der BRD etwa 20.000-30.000). Diese u n e n t b e h r l i c h e n A r z n e i m i t t e l („essential drugs") sollten außerdem als markenfreie Wirksubstanzen (möglichst in der Dritten Welt) hergestellt und vermarktet werden. Nachdem WHO, UNICEF und sogar die Weltbank in der gesundheitlichen Misere der Menschen in der Dritten Welt einen wichtigen Grund für die Ineffektivität von Entwicklungshilfe erkannt hatten, wurde ein neues Modell der Gesundheitsversorgung entwickelt: e l e m e n t a r e G e s u n d h e i t s v e r s o r g u n g, „primary health care". „Barfußärzte" wie in China und präventive Maßnahmen stehen im Mittelpunkt dieses Konzepts. Im Mai 1981 beschloß die WHO eine weltweite Gesundheitskampgane unter dem Motto: „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000".

Informationsmaterial zu Pharma-Konzernen und Dritte Welt

Marcel Bühler, Geschäfte mit der Armut, Pharma-Konzerne in der Dritten Welt, Medico International, Ffm., 200 S., 19,– DM
Bestelladresse:
CON-Vertrieb, Westerdeich 38, 2800 Bremen 1

MEDICO INTERNATIONAL unterstützt Projekte zum Aufbau einer elementaren Gesundheitsversorgung in der Dritten Welt in Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen, Befreiungsbewegungen und Regierungen.
Gesamtverzeichnis und weitere Informationen über

MEDICO INTERNATIONAL, Hanauer Landstr. 147-149, 6000 Frankfurt/Main; Telefon (0611) 49 03 50

* * *

Arbeitsmaterialien zur BUKO Pharma-Kampagne

Gesundheit und Arzneimittel in der Dritten Welt, 48 S., 4,– DM

Dokumentation zum internationalen Blutplasma-Handel
39 S., 4,– DM

Not to be taken (englisch)
Kommentar unseres internationalen Netzwerks Health Action International (H.A.I.) zum freiwilligen Verhaltenskodex der Pharmaindustrie
24 S., englisch, 6,– DM
vollständigen Katalog anfordern / Bestellungen bei:

BUKO-Geschäftsstelle Pharma-Kampagne
Dritte-Welt-Haus, August-Bebel-Straße 62
4800 Bielefeld

Der BUNDESKONGRESS DER ENTWICKLUNGSPOLITISCHEN AKTIONSGRUPPEN – BUKO – ist ein loser Zusammenschluß von etwa 150 Dritte-Welt-Gruppen in der BRD. Wer bei der BUKO Pharma-Kampagne mitarbeiten will, kann über die Geschäftsstelle die Adresse der lokalen Dritte-Welt-Gruppe erfahren.

* * *

Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V. sendet folgende Broschüren zu:

Arzneimittel und Dritte Welt, Bestandsaufnahmen und Perspektiven 31 S.

Gesundheit und Entwicklungshilfe, Chancen, Grenzen, Risiken 46 S.

Bundesverband der pharmazeutischen Industrie e.V.
Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Karlstr. 21
6000 Frankfurt/Main

Ehrgeiziges Ziel des Programms: jeder Bewohner dieses Planeten soll bis zum Jahr 2000 Zugang zu medizinischer Versorgung haben.

Marcel Bühler untersucht nun ausführlich die Reaktion der Pharma-Multis auf die Vorstöße der Dritten Welt und die Rolle, die sie selbst bei der Verwirklichung der ehrgeizigen Ziele der WHO spielen wollen. Das Abrücken von Markenpräparaten ist dabei vor allem der Punkt, der die Pharmakonzerne am empfindlichsten getroffen hat, sind es doch gerade die geschützten Markenmedikamente, die ständig überhöhte Gewinne ermöglichen. So war die erste Reaktion des Welt-Pharmaverbandes (IFPMA) auch eindeutig: die *„Essential Drug List"* der WHO sei ein *„Eingriff in den Wettbewerb"*, der die *„Quellen der pharmazeutischen Innovation austrocknen"* lasse. Inzwischen jedoch ist die Pharma-Industrie zu einem „Kompromiß" bereit: billige Arzneimittel für die Armen bei Respektierung ihres lukrativen Privatmarktes der städtischen Eliten. Damit ist die Auseinandersetzung um diese Frage freilich noch nicht beendet: zur Zeit sieht sich die WHO unter massivem Druck der Pharma-Multis, den Begriff „essential drugs" überhaupt fallen zu lassen. Marcel Bühlers Buch fordert dazu auf, gerade diesen Bereich der Auseinandersetzung in der WHO im Auge zu behalten.
Marcel Bühler gelingt es in seinem Buch die Probleme der Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt in ihrer medizinischen, pharmazeutischen, soziologischen, ökonomischen und politischen Dimension darzustellen und diese Ebenen in Beziehung zueinander zu setzen. Doch: Keine Angst! Medizinische Begriffe werden, wo sie unvermeidlich sind, ausführlich erklärt und auf eine politökonomische Terminologie hat der Autor nahezu vollständig verzichtet: zwischen dem Latein der Mediziner und Pharmakologen und dem Chinesisch der Sozialwissenschaftler hat er eine Sprache gefunden, die jeder versteht: deutsch. So ist das Buch gut lesbar und empfehlenswert auch und gerade für die, die sich zum ersten Mal mit dem Thema beschäftigen wollen.

Und noch eins: Wer in diesem Buch skandalöse Geschichten erwartet, den bestochenen Beamten der philippinischen Arzneimittelbehörde, die Ärzte, die sich durch den Verkauf von Ärztemustern ein zusätzliches Einkommen verschaffen, oder die philippinischen Mädchen, die nur mit einer Banderole bekleidet, auf der der Name eines *Ciba-Geigy*-Präparates steht, die Ärzte zum Verschreiben animieren sollen – wer dies alles erwartet, der wird enttäuscht. Alle genannten Beispiele stammen übrigens aus einer Sendung des Schweizer Fernsehens („Pillen für die Philippinen"). Im Gegensatz zu vorherigen Publikationen über Pharma-Multis, etwa Kurt Langbeins (u.a.) „Gesunden Geschäften", verzichtet Marcel Bühler auf die Darstellung solcher „Skandalösitäten". Was er beschreibt ist die alltägliche, *„normale"* Geschäftsabwicklung mit der Dritten Welt: Arzneimittelverzeichnisse, Inserate, Transferpreise, Forschungsausgaben. So ist zu befürchten, daß dieses Buch nicht so schnell an Aktualität verlieren wird: denn dieser *„normale"* Geschäftsablauf ist der eigentliche Skandal.

ch.k.

Wolfgang Ochel: Die Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft

Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium entwicklungstheoretischer und -politischer Begriffe.
Bund-Verlag 1982, 332 Seiten, Preis: 68,– DM

Aufbauend auf einer knappen Beschreibung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der 3. Welt und der Darstellung verschiedener Indikatorensysteme, die den Entwicklungsstand eines Landes besser als das Bruttosozialprodukt widerspiegeln können (z.B. anhand von Indikatoren wie Lebenserwartung, Säuglingssterblichkeit, Anteil der Bevölkerung mit Trinkwasserversorgung, Anteil der Erwachsenen mit Lese- und Schreibkenntnissen), geht dieses Buch der Frage nach, inwieweit das Einbeziehen der Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft zur Überwindung der Unterentwicklung beiträgt – oder eine ihrer Ursachen ist. Dazu werden in einem theoretischen, dogmengeschichtlichen Abschnitt die traditionellen Entwicklungstheorien (Unzureichende Faktorausstattung, Stufentheorien, Sozialpsychologische Theorien....) der Dependenztheorie und den modernen marxistischen Imperialismustheorien gegenübergestellt. Die einzelnen Theorieansätze werden zunächst knapp und zumeist leicht verständlich dargestellt. Die daran anschließende Kritik läßt jedoch den Standpunkt des Autors allzuoft nicht erkennen.

In einem empirisch ausgerichteten Abschnitt werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern belegt. Die Rolle der Multinationalen Konzerne kommt dabei jedoch ebenso zu kurz, wie die Zuchtmeisterfunktion des Internationalen Währungsfonds (IWF).
Nach einer Darstellung der Grundzüge der Entwicklungspolitik wirft der Autor die Frage auf, welchen Beitrag die Entwicklungshilfe zur Entwicklung der Dritten Welt leistet und kommt nach einer Auflistung der generellen Wirkungen und einiger Randbedingungen zu dem Schluß, „daß Entwicklungshilfe nicht pauschal befürwortet oder abgelehnt werden kann" (S. 246). Da der Autor weder Projekt- noch Länderbeispiele zur Beurteilung der realen Auswirkungen der Entwicklungspolitik heranzieht, bleibt die obige Frage für den Leser unbeantwortet.
Im letzten Abschnitt wird auf die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung eingegangen und festgestellt, daß die Neue Weltwirtschaftsordnung mit ihren weltmarktintegrierenden Maßnahmen nur für eine begrenzte Zahl kleiner Entwicklungsländer eine geeignete Entwicklungsstrategie darstellt.
Gegenüber den herkömmlichen Ökonomielehrbüchern zu diesem Thema ist dieses problemorientierte Fachbuch eine echte Bereicherung für Ökonomen und Nichtökonomen, die sich in weltwirtschaftliche Zusammenhänge einarbeiten wollen. Es ist verständlich geschrieben und verzichtet auf komplizierte mathematisch formulierte Modelle. Das Buch eignet sich auch als Nachschlagewerk für Dritte-Welt-Interessierte, die über einen entwicklungspolitischen Begriff oder eine Theorie mehr wissen und ihn nicht nur als Schlagwort benutzen wollen.

ds

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

Solidarität Nr. 74/75, 9. Jhg., Januar 1983
Hauptthema: 1983 – Jahr der Kommunikation: Stellungnahmen von Medienschaffenden – Technologietransfer im Medienbereich – für wen? – Schweizer Radio International – Medienkolonialismus – Kommentar zur Unesco-Konferenz in Paris • Außerdem: Chile: Nahrung aus dem Müll – Afghanistan: Drei Jahre sowjetische Truppen und zur Situation des Widerstands – Weihnachtsnachlese aus Zimbabwe – Staatsterror in Zaire – Dossier Schweiz-Trikont – Inhaltsverzeichnis 1982
Herausgeber SKAAL, 40 Seiten, 3,50 sfr.
Redaktion Solidarität, Postfach 2009, CH-4001 Basel

Befreiung Nr. 26, Dezember 1982
Leben von unten statt Frieden von oben • Besuch in Deutschland 1950 – Die Nachwirkungen des Nazi-Regimes • Die Stalin-Note vom 10. März 1952 – 30 Jahre danach • Die Skepsis der Ungarn gegenüber der neuen Friedensbewegungen in Ost und West – Die Entstehung der neuen Friedensbewegung in Ungarn – Eine Rede von E.P. Thompsen in Budapest • Das neue Kriegsvölkerrecht und die Atomwaffen in der Bundesrepublik
Einzelheft 8,– DM, Abonnement für 4 Hefte 25,– DM
Hrsg.: R.G. Wagner; Redaktion: c/o Karin Hossfeld, Fritschestr. 25, 1000 Berlin 10

---

istmo 3, Februar 1983
Dreifachnummer, ca. 140 Seiten, 9,– DM
Schwerpunkt: Ideologie und Praxis der „neuen deutschen" Entwicklungspolitik der Konservativen • Außerdem: Die NATO: Kriegsbündnis zur Durchsetzung der Weltherrschaft des Kapitals – Wirtschaftsinteressen der BRD in Zentralamerika? – Zur Rolle Westeuropas in Zentralamerika und der Karibik
Hrsg.: Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika (ssz), Coerdestr. 42 (im Hof), 4400 Münster

---

ila-Info Nr. 63, Januar 1983
Schwerpunktthema: Frauen in Lateinamerika: Zum Leben zuwenig – zum Sterben zuviel, Campesinas im Hochland von Peru – Wirtschaftskrise und Hunger: Der Alltag der Frauen in Guayana – Was ist jetzt Machismo? – Ganz Guatemala ist eine Rigoberta Menchu • Außerdem: Die Arbeit des Salesianer-Ordens im Rio-Negro-Gebiet – „Ich lebte in der Hölle", ein Bolivianer überlebt argentinisches Konzentrationslager – Argentinien: Lassen die Militärs wählen? – Die Geiseln der uruguayischen Diktatur – Flüchtlingsalltag in Kolumbien: Täglich stirbt ein Kind an Typhus – Zur Mittelamerikareise des Papstes – Diskussionsbeitrag zur Bundestagswahl
Einzelpreis 2,50 DM; Abonnement 25,– DM/10 Hefte
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

Paraguay-Rundbrief Nr. 40, Februar 1983
Schwerpunktthema: Stroessner – Siebente Amtsperiode? • Weitere Themen: Waffenhilfe für Diktator Stroessner – Gejagte Jäger (Hinweise auf eine Ausstellung) – Über die Situation der Behinderten in Paraguay – Ökologisches Ungleichgewicht in Paraguay – Dissertationen über Paraguay
Einzelpreis 2,50 DM; Abonnement (6 Hefte jährlich) 15,– DM
Hrsg.: Paraguay-Arbeitsgemeinschaft e.V., Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt

---

Mittelamerika-Magazin Nr. 25, Februar 1983
Flüchtlinge in Guatemala – Flüchtlinge in Mexiko – Oma Xib und die Revolution in Guatemala – US-Militärhilfe an Guatemala wieder aufgenommen • Nicaragua: Es geht auch ohne die Standard Fruit; Arbeitererfinder: Schrott zu neuem Leben erwecken; Nur die Armen stellen die Toten • El Salvador: Die Männer der Macht • Volksorganisationen in Honduras • Erklärung des 6. Bundeskongresses der Guatemala-Solidaritätsbewegung – Forum der Solidarität mit Zentralamerika
Einzelheft 2,50 DM; Abonnement 15,– DM/6 Hefte Bezug: Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1

AIB – Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 3/1983
Vor dem Dehli-Gipfel der Nichtpaktgebundenen • Nicaragua: Reportage von Nico Biver; Der Fall der Miskitos – El Salvador: FMLN auf dem Vormarsch; Bei der salvadorianischen Guerilla im kontrollierten Gebiet – Koordinierungsgruppe für Flüchtlinge in Zentralamerika – 2 Mio. Mittelamerikaner auf der Flucht – Israel: Waffenhilfe der USA in Mittelamerika – Argentinien: Der Marsch für die Demokratie • China: Neue Trends in der chinesischen Außenpolitik – Die Afrika-Tournee des Zhao Ziyang – Südkorea: Das Diktaturregime wird beschleunigt aufgerüstet – Mocambique: Innerer Wandel unter äußerem Druck • Kultur: „Yol" – der rebellische Weg des Yilmaz Güney • Wahlprüfsteine 1983 zur Entwicklungspolitik • Rückblick: Karl Marx und die Dritte Welt
48 Seiten, Einzelheft 2,50 DM; Jahresabo 25,– DM Bezug: AIB Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1

---

informationsdienst südliches afrika Nr. 1/2 1983
Schwerpunktthema: Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika • Weitere Themen: Angriffsziel Lesotho: Bericht über das Massaker – Hermeskredite: Aufrüster der Apartheid – Europaparlament zu Südafrika – Staatssekretär Grüner zu Südafrika – Hafen- und Automobilarbeiterstreik • Wende in der Namibia-Politik? • Zimbabwe: Ausländische Investitionen • Aktion: Tourismusbörse in Berlin
Einzelausgabe 5,– DM; Jahresabonnement 40,– DM Hrsg.: Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (issa) Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Veranstaltungshinweis

Konzert mit **„Schwoißfuaß" und Dia-Vortrag über Nicaragua** zugunsten der Projekte **„Werkzeuge für Nicaragua"** und **„Waffen für El Salvador"** am 6. Mai 1983 um 20 Uhr in der Gigelbergturnhalle in **Biberach/Riß** Veranstalter: Mittelamerika-Gruppe Biberach

Suche für Diplomarbeit Material zu Familienplanung bzw. Bevölkerungspolitik in der BRD und in Lateinamerika (speziell Nicaragua). Literaturhinweise, Examensarbeiten, Artikel, und Erfahrungsberichte gegen Kostenerstattung
Tina Diez, Fidicinstr. 38, 1000 Berlin 61
Telefon 030 / 69 33 529

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Gabi MEIER

Hinterkirchstr. 7

78 Freiburg